

Dominik Feldmann

# Der Bayerische Gewerkschafts-Bund

Wiederaufbau und Politik der Gewerkschaften in Bayern  
während der Besatzungszeit 1945 - 1949





# Editorial

In der Reihe **Augsburger Historische Studien** werden herausragende Abschlussarbeiten der historischen Lehrstühle an der Universität Augsburg veröffentlicht.

Die zeitliche Spanne der Publikationen reicht von der Alten über die Mittelalterliche und die Geschichte der Frühen Neuzeit bis zur Neueren und Neuesten Geschichte. Lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchungen zur Bayerischen und Schwäbischen Landesgeschichte sind ebenso vertreten wie Arbeiten mit nationalen und transnationalen Leitfragen. Die Reihe führt kulturhistorische, politikgeschichtliche und sozialhistorische Ansätze zusammen und ist offen für unterschiedliche methodische Zugänge wie Oral History, Visual History, Mikrohistorie oder Diskursanalyse.

Die Reihe **Augsburger Historische Studien** versteht sich als lebendiges Forum, das es dem hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs ermöglicht, seine Forschungen der Öffentlichkeit vorzustellen.

Dominik Feldmann

# **Der Bayerische Gewerkschafts-Bund**

**Wiederaufbau und Politik der Gewerkschaften in  
Bayern während der Besatzungszeit 1945 - 1949**

## Bibliographische Informationen

Feldmann, Dominik: Der Bayerische Gewerkschafts-Bund. Wiederaufbau und Politik der Gewerkschaften in Bayern während der Besatzungszeit 1945 – 1949 [online]. – Augsburg, Univ., 2016.

ISBN 978-3-945544-04-4  
Augsburg 2016

Diese Arbeit wurde im Jahr 2010 als Magisterarbeit im Studiengang Neuere und Neueste Geschichte an der Philologisch-Historischen Fakultät der Universität Augsburg eingereicht. Die Betreuung der Arbeit erfolgte durch Prof. Dr. Stefan Grüner (Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte) und Prof. Dr. Andreas Wirsching (Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte)

Titelbild: Demonstration des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes am 1. Mai 1948 in München (Archiv der sozialen Demokratie, 6/FOTB015349)

# Inhalt

Teil I. Einleitung	7
Teil II. Die gewerkschaftliche Situation in der Weimarer Republik	14
Teil III. Grundlagen des Gewerkschaftsaufbaus der Jahre 1945/1946	26
1. Gesetzliche Rahmenbedingungen der Militärregierung	26
1.1. Der „grassroots“-Konflikt des Jahres 1945	28
1.2. Die Gesetzgebung während des „grassroots“-Konflikts	31
1.3. Nach dem „grassroots“-Konflikt: free trade unionism ab 1946	35
2. Erste Ansätze von Gewerkschaftsgründungen in Bayern 1945 bis Frühjahr 1946	35
2.1. Gewerkschaftsgründungen in Bayern	37
2.2. Die Sonderfälle Nürnberg und München	39
3. Das Selbstverständnis der neuen Gewerkschaften	43
Teil IV. Gründung, Organisation und Entwicklung des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes	49
1. Vom ersten außerordentlichen Kongress 1946 zur Gründung des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes 1947	49
2. Organisatorische Grundsätze des BGB	55
2.1. Der Aufbau des BGB	55
2.2. Die Bundestage	58
2.3. Das Personal	59
2.4. Die gemeinsame Kassenführung	61
2.5. Gewerkschaften und Betriebsräte	64
2.6. Frauen und Jugend im BGB	68

3. Innere Probleme der Jahre 1948/1949	72
3.1. Die Währungsreform	72
3.2. Der Wönner-Reuter-Konflikt	74
4. Auf dem Weg zum Deutschen Gewerkschafts-Bund 1948/1949	77
4.1. Erste Vereinigungsbestrebungen der Landesgewerkschaften und der Konflikt um die DAG	77
4.2. Die Auflösung des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes und der Übergang zum DGB	88
4.3. Der BGB auf dem Gründungskongress des DGB	91

## Teil V. Die Politik des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes 93

1. Wirtschaftspolitik	99
1.2. Tarif- und Lohnpolitik	102
1.3. Rechtsschutz und Arbeitsgerichte	107
1.4. Demontagen	110
1.5. Währungsreform und Lastenausgleich	114
1.6. European Recovery Program („Marshall-Plan“)	117
2. Sozialpolitik	118
2.1. Sozialversicherung	119
2.2. Ernährungs- und Versorgungspolitik	121
2.3. Wohnungsbau und Flüchtlingspolitik	131
2.4. Entnazifizierung	136
2.5. BGB als Vertretung der Frauen	140
3. Innergewerkschaftliche Politik	143
3.1. Die Rückgabe des DAF-Vermögens	144
3.2. Gewerkschaftliche Informations- und Aktionspolitik	148
3.3. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit	151
4. Der BGB und andere Organisationen/ Institutionen	152
4.1. Parteien und Staat	152
4.2. Militärregierung ab Mitte 1946	160
4.3. Unternehmer	161

## Teil VI. Abschlussbetrachtung 164

Quellen- und Literaturverzeichnis	170
-----------------------------------	-----

# Teil I. Einleitung

„Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.“<sup>1</sup>

Dies besagt Artikel 9, Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, durch den die Koalitionsfreiheit festlegt und somit die Gründung von Gewerkschaften auf ihrem Gebiet ermöglicht wird. Erlassen wurde das Grundgesetz am 23. Mai 1949 und erlaubte zum ersten Mal seit fast genau 16 Jahren diese Koalitionsfreiheit innerhalb eines deutschen Staates. Denn am 2. Mai 1933 hatte nach der Machtübernahme Adolfs Hitlers und der Gleichschaltung der Gewerkschaften zur Deutschen Arbeiter Front (DAF) die Koalitionsfreiheit geendet, obwohl sie bereits vorher in der Verfassung der Weimarer Republik festgeschrieben worden war. Damit hörte auch jegliche Möglichkeit auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren oder gewerkschaftliche Politik zu betreiben.

Auf den Monat genau zwölf Jahre nach Ende der Koalitionsfreiheit und der Gleichschaltung der Gewerkschaften war der Zweite Weltkrieg beendet, das Hitler-Regime gestürzt und Deutschland ein besetztes Land. Bis zur Erlassung des Grundgesetzes gab es zwar ein von den Alliierten besetztes deutsches Gebiet, aber keinen formalen deutschen

---

<sup>1</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe. Stand: Juli 1998, Artikel 9, Absatz 3.



Staat. Die Alliierten nahmen vorübergehend diese Stellung ein. Das große Ziel der Alliierten war es, Deutschland im Zeichen der Demokratie wieder aufzubauen und zu einem demokratischen Staat zu machen.

Zu einem modernen demokratischen Staat gehören aber von je her auch die Koalitionsfreiheit und das Recht der Gewerkschaftsbildung. Deswegen kündigte General Eisenhower, als Oberster Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte, noch vor Endes des Krieges am 15.12.1944 an, dass sich „die deutschen Arbeiter [...], sobald die Umstände es gestatten, zu demokratischen Gewerkschaften zusammenschließen dürfen [...]“.“<sup>2</sup>

Der Aufbau der Gewerkschaften sollte innerhalb der einzelnen Besatzungszonen erfolgen und, wie die amerikanische Militärregierung vorgab, in ihrer Zone jeweils innerhalb eines Landes. So sollte es auch in Bayern geschehen.

Nach Startschwierigkeiten, besonders aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der Militärregierung über die Art und Weise des Aufbaus von Gewerkschaften und ebenso wegen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaftern und der Militärregierung über das Aufbauprinzip von betrieblicher Ebene zum Dachverband und Gründungen von Landesgewerkschaften, konnten sich die Landesgewerkschaften schließlich im März 1947 in München zum Bayerischen Gewerkschaftsbund (BGB) zusammenschließen. In den neu gegründeten BGB setzte die amerikanische Militärregierung Hoffnungen auf Unterstützung bei

---

<sup>2</sup> 15.12.1944: Bekanntmachung des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte, General Eisenhower, über Arbeiterfragen und Gewerkschaft (Dok. 11), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert (Bd. 6). Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945 – 1949, hrsg. u. bear. Von Siegfried Mielke, Köln 1987, S. 128-129.

Wiederaufbau und Demokratisierung. So sagte Clarence M. Bolds, Chef der Arbeitsabteilung im Amt der Militärregierung für Bayern, auf dem BGB-Gründungskongress: „Kurz, wir haben die brennende Hoffnung und den Glauben, dass die freien, demokratischen Gewerkschaften, die sie jetzt aufbauen, gleichzeitig helfen werden, ein demokratisches Rückgrat für ein künftiges Deutschland zu formen.“<sup>3</sup> Doch wie reagierte der BGB auf diese Hoffnung der Militärregierung? Und wie verhielt er sich überhaupt in einer Zeit, in der Deutschland ein besetztes Land war?

Die Forschung hat sich bisher wenig und nur unzureichend mit dem Bayerischen Gewerkschafts-Bund und dem gewerkschaftlichen Wiederaufbau der Jahre 1945 bis 1949 in Bayern gewidmet. Besonders mit Blick auf Politik, politische Ziele sowie mögliche Erfolge und Misserfolge der Gewerkschaften existieren große Forschungslücken. Sofern Studien vorhanden sind, beschäftigen sich diese größtenteils mit den Gesetzen der Militärregierung und den Gegebenheiten beim Aufbau der Gewerkschaften in Bayern. Die Politik des BGB wird dagegen, wenn überhaupt, nur am Rande wahrgenommen.<sup>4</sup> So analysiert Michael Fichter in seinen Studien die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Aufbau der Gewerkschaften in Bayern und das Verhältnis der Gewerkschaftsmitglieder zur Militärregierung.

---

<sup>3</sup> Protokoll des Ersten ordentlichen Kongresses der Landesgewerkschaften Bayerns, zugleich Erster ordentlicher Bundestag des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes vom 27.-29.03.1947, München, S. 10.

<sup>4</sup> Aufgrund des schlechten Forschungsstandes konnten sich bisher keine großen Forschungskontroversen und –diskussionen entwickeln, zumal die einzelnen Studien aufeinander aufbauen. Die meisten Studien beschäftigen sich mit dem Gewerkschaftsaufbau in der britischen oder sowjetischen Zone. Auch allgemeine Darstellungen über die Gewerkschaften zwischen 1945-1949 existieren, in diesen wird Bayern allerdings nur am Rande erwähnt.

Dabei stellt er zum einen die schwierigen Gegebenheiten durch den internen Konflikt der Militärregierung für die Gewerkschaftsmitglieder in den Mittelpunkt und zum anderen die Probleme zwischen Gewerkschaftern und Militärregierung um den gewerkschaftlichen Aufbau von „unten“ oder von „oben“.<sup>5</sup> Darauf aufbauend untersucht Claudia Lanig-Heese den organisatorischen Aufbau des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes als Einheitsgewerkschaft mit der Besonderheit der gemeinsamen Kassenführung, die spezifisch für den BGB gewesen ist. Die gewerkschaftliche Politik wird hier nur punktuell berücksichtigt.<sup>6</sup> Ebenfalls mit dem Aufbau des BGB, ähnlich wie Claudia Lanig-Heese, allerdings aus politikwissenschaftlicher Sicht, beschäftigt sich Ulrich Cieplik.<sup>7</sup>

Der Ernährungskrise der Jahre 1947/1948 widmet sich Paul Erker, der hier besonders den Konflikt zwischen Basis und Gewerkschaftsführung in den Mittelpunkt stellt und herausfindet, dass sich die Führungspersönlichkeiten des BGB nach Absprache mit der Militärregierung gegen Streiks aussprachen und stattdessen eine Kooperation mit dem Bayerischer Bauern-Verband (BBV) versuchten.<sup>8</sup>

---

<sup>5</sup> Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982.

<sup>6</sup> Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern 1945 bis 1949 (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung), Marburg 1991, zugl. Würzburg, Univ. Diss., 1990.

<sup>7</sup> Cieplik, Ulrich: Organisation und Funktion. Probleme gewerkschaftlicher Politik in Bayern 1945 bis 1949, Konstanz, Univ., Diss., 1973.

<sup>8</sup> Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943 – 1953, Stuttgart 2005, auch: Ders.: Solidarität und Selbsthilfe. Die Arbeiterschaft in der Ernährungskrise, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Neuanfang in Bayern, München 1988, S. 82-102.

Auch Michael Schröder<sup>9</sup> stellt insbesondere den Aufbau und die innere Struktur des BGB in den Vordergrund. Zwar beschäftigt er sich auch immer wieder mit sozialpolitischen Themen, wie der Ernährungskrise, Demontagen oder Entnazifizierung, schildert hier aber hauptsächlich die äußeren Bedingungen. Viele wichtige Aspekte der Politik des BGB bleiben dadurch insgesamt außen vor.

Eine weitere und ausführliche Analyse der gewerkschaftlichen Politik und Wirkung des BGB ist bisher in der Forschung ausgeblieben. Dies mag auch daran liegen, dass die Quellenlage zu diesem Thema schwierig ist, besonders was interne Dokumente des BGB betrifft. So existieren nur noch wenige Briefe oder Mitteilungen von Mitgliedern des Vorstandes des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes im Archiv des Deutschen Gewerkschafts-Bundes in Bonn. Ebenfalls sind dort noch einige wenige Protokolle verschiedener Sitzungen der Gremien des BGB vorhanden. Darüber hinaus sind im Archiv des DGB und der IG Metall die Nachlässe der Vorstandsmitglieder Georg Reuter und Alois Wöhrle mit Briefen und Reden von diesen hinterlassen. Diese sind zwar erschlossen und zugänglich, aber besonders bei Georg Reuter handelt es sich bei dem Nachlass um eine lose und unsortierte Blattsammlung in mehreren Kartons mit Dokumenten von Mitte der 1940er bis Mitte der 1960er Jahre, welche größtenteils unbeschriftet sind oder keinem genauen Datum zugeordnet werden können. Darüber hinaus existieren im Archiv der Münchener Arbeiterbewegung noch Teile des internen Informationsdienstes des BGB. Der Bestand ist allerdings unvollständig. Die Rundschreiben desselben aus dem Jahr 1949 fehlen komplett. Auch sind in diesem Archiv noch einige Unterlagen der

---

<sup>9</sup> Schröder, Michael: „In der vereinten Kraft muß unsere Stärke liegen!“ Zur Geschichte des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, Köln 1985.

Vermögens-Treuhandgesellschaft des BGB vorhanden. Diese konnten zwar eingesehen werden, sind aber noch nicht erschlossen. So kann insgesamt gesagt werden, dass die archivische Überlieferungssituation, Erschließung und Verzeichnung sehr schlecht ist.

Gut erhalten sind dagegen die vom Bayerischen Gewerkschafts-Bund veröffentlichten Materialien. Darunter fallen die Geschäftsberichte des BGB von 1947 bis 1949, die Protokolle der jährlichen Bundestage von 1947 bis 1949, sowie die vom BGB veröffentlichten Zeitungen „Die Gewerkschafts-Zeitung“ von August 1946 bis Dezember 1949 und „Die Quelle für Gewerkschaftsfunktionäre“ für die Jahrgänge 1948 und 1949. Diese vorgestellten Quellen konnten für die Arbeit eingesehen werden und bilden den Hauptbestandteil der verwendeten Quellen.

Aufbauend auf diesen und der bisherigen Forschungsliteratur soll sich diese Arbeit zum einen mit dem Aufbau und der Organisation des BGB beschäftigen: Wie waren die Vorgaben der Militärregierung zum Aufbau der Gewerkschaften? Gab es Konflikte zwischen ihnen? Wie sah der Aufbau des BGB aus? Was war das Selbstverständnis der neuen Gewerkschaften? Wie verhielt sich der BGB auf dem Weg zur Gründung eines überzonalen deutschen Gewerkschaftsbundes? Und gab es interne Konflikte im BGB?

Zum anderen soll die gewerkschaftliche Politik analysiert werden: Wie sah die Wirtschafts- und Sozialpolitik des BGB aus? Inwiefern war es überhaupt möglich, Politik unter den Vorgaben der Militärregierung zu betreiben, beispielsweise im klassischen gewerkschaftlichen Feld der Tarif- und Lohnpolitik? Welche Mittel wurden eingesetzt, um Forderungen Nachdruck zu verleihen? Wie ging der BGB mit den Problemen der Zeit, beispielsweise der Ernährungskrise, um? Wie sah das Verhältnis zu anderen Organisationen und Institutionen, wie den Parteien, der Militärregierung oder dem bayerischen Staat aus? Und

gibt es bei diesen Punkten Parallelen oder Prägungen der Gewerkschafter, die noch aus den Erfahrungen während der Weimarer Republik herrührten?

Um diese Fragen beantworten zu können, soll zuerst durch einen kurzen Überblick über die Situation der Gewerkschaften während der Weimarer Republik eine Grundlage gelegt werden, da einige Positionen des BGB daran anschließen oder besser verständlich werden. Beispiele hierfür sind strukturelle und organisatorische Themen wie die Rolle von Betriebsräten oder der Begriff der Einheitsgewerkschaft. Anschließend werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Militärregierung zum Aufbau von Gewerkschaften und der militärregierungsinterne „grassroots“-Konflikt besprochen, um daran anknüpfend auf erste Gewerkschaftsgründungen in Bayern eingehen zu können. In einem nächsten Schritt werden Gründung, Aufbau und Funktion des BGB analysiert werden. Ein besonderes Augenmerk wird hier auf der Organisationsstruktur mit der gemeinsamen Kassenführung liegen.

Zum Abschluss des ersten Teils der Arbeit wird auf die Entwicklung des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes mit seinen inneren Konflikten und Problemen in den Jahren 1948 und 1949 und auf die Rolle des BGB bei der Gründung des Deutschen Gewerkschafts-Bundes eingegangen.

Von dort ausgehend steht im zweiten Teil die gewerkschaftliche Politik im Mittelpunkt. Diese teilt sich in vier Punkte auf: Als erstes die Wirtschaftspolitik mit ihren Ideen und Vorstellungen einer zukünftigen Wirtschaftsordnung, der Haltung der Gewerkschaft zu Tarif- und Lohnpolitik, der Währungsreform, dem Lastenausgleich und den Demontagen von Betrieben in Bayern durch die Besatzungsmächte. Der zweite Punkt wird die Sozialpolitik sein. Hierbei finden besonders

die Aspekte der Sozialversicherung, der Ernährungs-, Wohnungs- und Flüchtlingspolitik und die Rolle der Gewerkschaft als mögliche Interessensvertretung der Frau ihren Platz. In einem dritten Punkt wird dann auf die innergewerkschaftliche Politik mit der Rückgabe des DAF-Vermögens, der Aktionspolitik und der Bildungsarbeit eingegangen werden. Im letzten Punkt dieses Abschnitts steht dann das Verhältnis des BGB zu anderen Organisationen und Institutionen (Militärregierung, Parteien, Unternehmer) im Zentrum der Analyse. Zum Abschluss der Arbeit fasst ein Resümee die Ergebnisse nochmals kurz zusammen.

Der Untersuchungszeitraum der Arbeit erstreckt sich auf die Jahre 1945 bis 1949. Dieser Zeitraum ergibt sich daraus, dass mit Kriegsende im Mai 1945 die Besatzungszeit in Deutschland begann und erstmals nach der NS-Zeit wieder Gewerkschaften gegründet werden konnten. Das Ende des Untersuchungszeitraums, das Jahr 1949, folgt daraus, dass 1949 wieder ein deutscher Staat gegründet wurde und sich der BGB zum 1. Januar 1950 auflöste und als Landesbezirk Bayern in den Deutschen Gewerkschafts-Bund eintrat.

## Teil II. Die gewerkschaftliche Situation in der Weimarer Republik

Als am 2. Mai 1933 – also ausgerechnet genau einen Tag nach dem für die Gewerkschaften so symbolträchtigen „Tag der Arbeit“ – die Gewerkschaften der Weimarer Republik durch den Nationalsozialismus

zerschlagen wurden,<sup>10</sup> ging für diese eine lehrreiche Zeit zu Ende, die so prägend war, dass viele Ansichten und Entscheidungen der Gewerkschaften nach 1945 nur auf der Grundlage der hauptsächlich negativen Erfahrungen zwischen 1918 und 1933 zu verstehen und nachzuvollziehen sind.

Zunächst einmal allerdings stellte sich die Situation für die Gewerkschaften in der Weimarer Republik positiv dar, denn der Staatsumsturz von 1918 eröffnete ihnen ganz neue Möglichkeiten, die ihnen im Kaiserreich verwehrt geblieben waren. Die eingeführte parlamentarische Demokratie sicherte den Gewerkschaften nun die Vereinigungsfreiheit zu und gab ihnen mehr Mitspracherecht<sup>11</sup> und auch die Möglichkeit wichtige Ämter in Parlament oder Regierung einzunehmen.<sup>12</sup> Ebenso wurden die Gewerkschaften nach den revolutionären Ereignissen von 1918 durch die Arbeitgeber zum ersten Mal als die offiziellen Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Diese Anerkennung wurde mit Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung auch gesetzlich festgelegt.<sup>13</sup> Aufgrund dieser allgemeinen Bedeutung

---

<sup>10</sup> Vgl. Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie. Von der Richtungs- zur Einheitsgewerkschaft, von Weimar zur Nachkriegszeit. Untersuchungen zur gewerkschaftlichen Programmatik für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, Bonn, Univ., Diss., 1975, S. 39.

<sup>11</sup> Vgl. Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften: Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 173.

<sup>12</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Rollenverständnis und Funktionswandel der deutschen Gewerkschaften, in: Sigrid Koch-Baumgarten/Peter Rütters (Hrsg.): Pluralismus und Demokratie. Interessensverbände – Länderparlamentarismus – Föderalismus – Widerstand (Siegfried Mielke zum 65. Geburtstag), Frankfurt/Main 2006, S. 81-82.

<sup>13</sup> Vgl. Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der



und festgeschriebenen Rolle der Gewerkschaften im politischen Leben wurde erstmals eine Institution, die „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“, von Gewerkschaften und Arbeitnehmern zusammen eingerichtet. Diese beruhte auf dem Grundsatz der Parität zwischen den diesen beiden Parteien und besaß Einfluss auf Wirtschaft, Handel und Politik. Allerdings darf der Einfluss dieser Arbeitsgemeinschaft nicht überbewertet werden, da sie kein Mitbestimmungsrecht in wichtigen Fragen, wie der Produktionspolitik, besaß.<sup>14</sup>

Eine weitere Etablierung der gewerkschaftlichen Mitarbeit entstand durch das von der Nationalversammlung erlassene Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920. Es regelte die Einführung und die Aufgaben von Betriebsräten in Betrieben mit mindestens 20 Arbeitnehmern und sollte durch die Einführung der Betriebsräte zur „Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke“<sup>15</sup> dienen. Wichtige festgeschriebene Aufgaben der Betriebsräte waren beispielsweise die Möglichkeit, die Betriebsleitung zu beraten, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebs sicherzustellen und zu verbessern, bei Streitigkeiten innerhalb des Betriebs zu vermitteln oder gegebenenfalls einen Schlichtungsausschuss anzurufen, Dienstvorschriften gemäß der Tarifverträge umzusetzen und zu vereinbaren, Beschwerden der

---

Weimarer Republik bis 1946/1947 (Schriften der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg, Bd. 23), Hamburg 1972, S. 30/31.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 31.

<sup>15</sup> Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 (Auszug) (Dok.10), in: Von den Arbeiterausschüssen zum Betriebsverfassungsgesetz. Geschichte der betrieblichen Interessensvertretung (Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 6), hrsg. v. Werner Milert/Rudolf Tschirbs, Köln 1991, S. 122.

Arbeitnehmer anzunehmen, für die Bekämpfung von Unfallrisiken zu sorgen und zu verhindern, dass weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer den Betrieb schädigende Maßnahmen ergreifen. Dabei stand es dem Betriebsrat jedoch nicht zu, in die Leitung des Unternehmens einzugreifen. Darüber hinaus musste er dem Arbeitgeber einen vierteljährlichen Bericht über die Lage des Unternehmens erstatten.<sup>16</sup> Während der Weimarer Republik entwickelten sich die Betriebsräte immer mehr zu einer Art Vertrauensmann der Gewerkschaften im jeweiligen Unternehmen,<sup>17</sup> obwohl ursprünglich eine Zweiteilung von gewerkschaftlichem Vertrauensmann und Betriebsrat vorgesehen war.<sup>18</sup> So kam es auch zu einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts, dass ausdrücklich verlangte, dass die Betriebsräte sowohl die Interessen der Arbeitnehmer als auch die des Unternehmens in gleichem Maße zu vertreten haben.<sup>19</sup>

Auch wenn das Betriebsrätegesetz von 1920 vorsah, dass Betriebsräte in allen Unternehmen mit mindestens 20 Arbeitnehmern eingerichtet werden sollten, so war dies in der Praxis anders und fand nicht statt. Die flächendeckende Einführung von Betriebsräten konnte in Europa hauptsächlich nur in Großbetrieben durchgesetzt werden.<sup>20</sup>

Einen weiteren Erfolg erzielten die Gewerkschaften im Bereich des Tarifvertragswesens, welches sich bereits seit dem ausgehenden Kaiserreich entwickelt hatte und in der Weimarer Republik weiter

---

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 122-124.

<sup>17</sup> Vgl. Koopmann, Klaus: Vertrauensleute. Arbeitervertretung im Betrieb, Hamburg 1981, S. 16.

<sup>18</sup> Vgl. Milert, Werner/Tschirbs, Rudolf: Von den Arbeiterausschüssen zum Betriebsverfassungsgesetz: Geschichte der betrieblichen Interessensvertretung (Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 6), Köln 1991, S. 47.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 52.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 50.

etabliert wurde.<sup>21</sup> Insgesamt entstand dabei ein breit angelegtes gesetzliches Tarifvertragssystem, welches erstmals auch mit seinen Kollektivvereinbarungen Gültigkeit in den Großbetrieben besaß.<sup>22</sup>

Ihren Höhepunkt erreichten die Gewerkschaften in der Weimarer Sozialgesetzgebung mit dem Erlass des „Gesetzes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ (AVAG) am 01.10.1927. Dieses regelte die Trägerschaft und Bezahlung, die Versicherungsleistungen und zeitlichen Leistungsbeschränkungen im Hinblick auf Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit. Ein Erfolg, den christliche und freie Gewerkschaften in Zusammenarbeit erreichten.<sup>23</sup>

Allerdings war diese Zusammenarbeit zweier Gewerkschaftsrichtungen eine Ausnahme. Denn die großen Probleme der Gewerkschaften waren zu dieser Zeit ihre Unterschiedlichkeit und die kaum überbrückbaren Differenzen zueinander, sowie das allseitige Verharren in der jeweiligen politischen Richtung. Für die Jahre 1918-1933 lassen sich dabei drei große Richtungsgewerkschaften herausstellen: Die liberalen Hirsch-Dunckerschen-Gewerkvereine, die Christlich-nationalen und die Freien Gewerkschaften.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sahen sich durch ihre liberale Ausrichtung als eine Art Gegenründung zu den sozialistischen Freien Gewerkschaften. Dabei unterhielten die Gewerkvereine enge Verbindungen zu den liberalen Parteien, besonders zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP).<sup>24</sup> Politisch setzten sie auf das

---

<sup>21</sup> Vgl. Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 169-170.

<sup>22</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, S. 84-85.

<sup>23</sup> Vgl. Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 173.

<sup>24</sup> Vgl. Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie, S. 34-35.

Tarifvertragswesen, die Rationalisierung von Betrieben und eine größtmögliche Selbstverwaltung der Wirtschaft, bei der der Staat nur Richtlinien vorgeben sollte. Allerdings waren die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine die mit Abstand kleinste der drei großen Richtungen in der Weimarer Republik - nur 2,4 % der gewerkschaftlich orientierten Arbeiter waren hier vertreten<sup>25</sup> - und nahmen daher eine eher untergeordnete Rolle ein.<sup>26</sup>

Anders sah es bei den Christlichen Gewerkschaften aus, die eine weitaus größere Rolle spielten und 11,8 % aller Gewerkschafter stellten.<sup>27</sup> Diese nahmen besonders in den Jahren der Revolution 1918/1919 eine anti-revolutionäre und gegen den Klassenkampf gerichtete Haltung ein und bildeten so eine Art Auffangbecken für nicht-revolutionäre Gewerkschafter.<sup>28</sup> Wichtige Begriffe waren für sie unter anderem Deutschtum, Christentum und Vaterland. So sprachen sie sich gegen den Versailler Vertrag aus, waren für einen Anschluss Österreichs an Deutschland, gegen die Rationalität der Aufklärung und gegen das Weimarer Mehrparteiensystem.<sup>29</sup> Ihr Ziel war eine starke Gliederung der Gesellschaft mit einer berufsständischen Ordnung, bei der jeder, sei er nun Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, seine Aufgabe zu erledigen habe.<sup>30</sup> Dabei kooperierten die christlichen Gewerkschaften mit dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ (DHV), einer rechtsradikalen und antisemitischen Organisation. Diese

---

<sup>25</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Die Deutschen Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1987, S. 136.

<sup>26</sup> Vgl. Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie, S. 34-39.

<sup>27</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Die Deutschen Gewerkschaften, S. 136.

<sup>28</sup> Vgl. Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 155-156.

<sup>29</sup> Vgl. Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie, S. 22-26.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 33.

Zusammenarbeit entstand durch die Gründung des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ 1919,<sup>31</sup> in dem auch, zumindest für sehr kurze Zeit, die Hirsch-Dunckerschen-Gewerkvereine Mitglied waren.<sup>32</sup>

Bei diesem Versuch einen gemeinschaftlichen Bund zu organisieren, beteiligte sich die größte Gewerkschaftsfraktion, die „Freien Gewerkschaften“, die 85,8 % aller Gewerkschafter stellten,<sup>33</sup> nicht. Sie gründeten nach dem 1. Weltkrieg zunächst die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ in Berlin, die die freien, das heißt die nicht konfessionellen, Gewerkschaften zusammenfasste.<sup>34</sup> Hieraus entwickelte sich schließlich mit seiner Gründung im Jahr 1919 der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“. <sup>35</sup> Der ADGB sollte eine politisch neutrale Organisation sein. Damit sagten sich die Freien Gewerkschaften vom 1906 geschlossenen Mannheimer Abkommen los, dass sie ursprünglich an die SPD gebunden hatte. Dieser Bruch lag an den immer größer werdenden Differenzen innerhalb des ADGB zwischen „Linksradiakalen“ und „Gemäßigten“. <sup>36</sup> In diesem Konflikt versuchten die Kommunisten, immer mehr an Einfluss innerhalb der Gewerkschaft zu gewinnen.<sup>37</sup> Im Laufe der 20er Jahre verschärften sich die Auseinandersetzungen, nachdem deutlich wurde, dass die sozialistischen Zielsetzungen, die die Freien Gewerkschaften während der Revolution 1918/1919 hatten, gescheitert waren und sich der Kapitalismus etabliert und stabilisiert hatte.<sup>38</sup> Während sich die

---

<sup>31</sup> Vgl. Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles?, S. 28-29.

<sup>32</sup> Vgl. Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie, S. 21.

<sup>33</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Die Deutschen Gewerkschaften, S. 136.

<sup>34</sup> Vgl. Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles?, S. 26.

<sup>35</sup> Vgl. ebd., S. 26.

<sup>36</sup> Vgl. Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 147-148.

<sup>37</sup> Vgl. Klein, Jürgen, Vereint sind sie alles?, S. 26-27.

<sup>38</sup> Vgl. Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie, S. 2-4.

„Gemäßigten“ für die Wirtschaftsdemokratie einsetzen und Diskussionen führten, inwiefern diese nicht nur im Sozialismus, sondern auch im Kapitalismus möglich sei beziehungsweise ob so der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeleitet werden könne,<sup>39</sup> wurden die Gräben immer größer, bis die KPD offen für eine Spaltung des ADGB eintrat. Dies mündete schließlich auf dem 10. Parteitag der KPD im Jahr 1925 in der Gründung einer eigenen Gewerkschaft, der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO), auch „Rote Gewerkschafts-Organisation“ genannt.<sup>40</sup> Nach dieser Trennung richteten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften neu aus und führten Diskussionen über ein pluralistisches Gesellschaftskonzept und sozialdemokratische Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.<sup>41</sup> Begleitend zu dieser Neuausrichtung wurden weiterhin Debatten über das Konzept der Wirtschaftsdemokratie geführt. In den Debatten wurden unter anderem die Demokratisierung des Bildungswesens, der Ausbau kollektiver Interessensvertretungen der Arbeitnehmer und die Unterordnung monopolistischer Unternehmerinteressen unter das Allgemeinwohl, welches durch staatliche Kontrolle und gewerkschaftliche Macht in paritätischen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geregelt werden sollte, als wichtige Kernpunkte der Wirtschaftsdemokratie formuliert.<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> Vgl. ebd., S. 8-12. Auch: Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland (Theorie und Praxis der Gewerkschaften), 7. Aufl., Frankfurt/M. 1977, S. 65-66.

<sup>40</sup> Vgl. Klein, Jürgen, Vereint sind sie alles?, S. 27.

<sup>41</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, S. 85.

<sup>42</sup> Vgl. Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung, S. 65-66.

Neben dem Problem der Richtungsgewerkschaften hemmten zwei weitere Faktoren das Selbstbewusstsein der Gewerkschaften. Zum einen organisierten sich die Angestellten nicht in den einzelnen Gewerkschaften, sondern ließen sich durch ihre eigenen Verbände vertreten, die wiederum auch in den sozialdemokratischen „Allgemeinen freien Angestellten-Bund“ (AfA-Bund), den nationalkonservativen „Gesamtbund Deutscher Angestellten-gewerkschaften“ (Gedag) und den liberalen „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ (GDA) aufgespalten waren.<sup>43</sup> Zwar kooperierten die Angestelltenbünde mit den Gewerkschaften, der Gedag mit dem christlichen DGB und auch der AfA-Bund trat seit 1920 zusammen mit dem ADGB als „Freie Gewerkschaften“ auf, und verfolgten dabei auch gleiche Ziele.<sup>44</sup> Dennoch sahen sich die Angestellten als eigene Gruppe gegenüber den Arbeitern und deren Gewerkschaften, die, so die Angestelltenverbände, einer „Nivellierungssucht der Arbeiterschaft“<sup>45</sup> nachgehen würden und bei dieser wollten sie nicht mitmachen. Vielmehr sahen sich die Angestellten als eigene Gruppe. Der AfA-Bund war der Auffassung, die Angestellten seien zwar keine Arbeiter, aber zumindest Teil des Proletariats. Der DHV und der GDA gingen ebenfalls davon aus, nicht den Arbeitern zugehörig, aber auch nicht Teil des Proletariats zu sein. Sie wähten die Angestellten eher als

---

<sup>43</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), München 1989, S. 107.

<sup>44</sup> Vgl. Potthoff, Heinrich: Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 82), Düsseldorf 1987, S. 26-28. Auch: Pege, Wolfgang: Gewerkschaften und Angestellte (Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Bd. 72), Köln 1981, S. 27.

<sup>45</sup> Pege, Wolfgang, Gewerkschaften und Angestellte, S. 23.

eigene neue Klasse zwischen den traditionellen Klassen des Proletariats und der Bourgeoisie.<sup>46</sup> Daraus lässt sich schließen, dass sich die Angestellten insgesamt in der gesellschaftlichen Struktur als höhergestellt als die Arbeiter verstanden.

Des Weiteren gab es Bestrebungen, die Angestelltengewerkschaften und -verbände - insgesamt existierten 91 während der Weimarer Republik<sup>47</sup> - zu einen. Diese Tendenzen waren besonders im GDA vorhanden.<sup>48</sup> Aber auch Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender des AfA-Bundes, war ein Vertreter der Idee eines gesamtdeutschen Angestelltenverbandes.<sup>49</sup>

Darüber hinaus kam es gegen Ende der Weimarer Republik zu Konflikten, besonders zwischen ADGB und AfA-Bund, welcher eine strengere Linie und Maßnahmen gegen antidemokratische Vorgänge zu Beginn der 30er Jahre forderte, als es der ADGB tat. Diese Auseinandersetzung führte letztlich zur Trennung der Gemeinschaft von ADGB und AfA-Bund.<sup>50</sup>

Zusätzlich zu den Streitigkeiten erlitten die Gewerkschaften in den 20er Jahren einen erheblichen Mitgliederschwund aufgrund mangelnder Konzepte und der Frustration der Gewerkschaftsbasis darüber, dass Streiks oftmals in Schlichtungen endeten, mit deren

---

<sup>46</sup> Vgl. Palberg-Landwehr, Joachim: Die Freien Angestellten-gewerkschaften zwischen Arbeiterbewegung und 'bürgerlicher' Konkurrenz. Eine historisch-soziologische Studie über den Afa-Bund 1921-1933, Paderborn, Univ., Diss., 1993, S. 138.

<sup>47</sup> Vgl. Dittmar, Rupprecht: Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 50), Düsseldorf 1978, S. 15.

<sup>48</sup> Vgl. Pege, Wolfgang: Gewerkschaften und Angestellte, S. 29.

<sup>49</sup> Vgl. Halberstadt, Gerhard: Die Angestellten und ihre Gewerkschaft. Stationen einer bewegten Geschichte, Freiburg i. Br. 1991, S. 150.

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 87-91.



Ergebnissen die Arbeiter nicht zufrieden waren.<sup>51</sup> Dabei sank die Mitgliederzahl von insgesamt 9,3 Millionen organisierten Arbeitern im Jahr 1922 auf nur noch 5,8 Millionen im Jahr 1929. Stellenweise erlitten die Gewerkschaften Einbußen von bis zu 49,8 % bei ADGB, 44,6 % bei den christlichen und 34,8 % bei den Hirsch-Dunerschen Gewerkschaften.<sup>52</sup>

Dies führte zu einer wachsenden Machtlosigkeit der Gewerkschaften sowohl gegenüber den Unternehmern als auch gegenüber dem Staat.<sup>53</sup> Daher traten 1924 die Freien Gewerkschaften aus der „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“ aus, da sie sich von den Unternehmern übergangen fühlten.<sup>54</sup> Besonders mit Ende der Weimarer Republik versuchten die Unternehmer, die Tarifverträge zu untergraben und die Zugeständnisse an die Gewerkschaften zu verkleinern.<sup>55</sup> Als die Regierung von Papen schließlich am 04.09.1932 mit einer Notverordnung dafür sorgte, dass Tariflöhne in bestimmtem Umfang unterschritten werden dürfen, regten sich bei den Gewerkschaften nur geringe Proteste und lediglich in verbaler Form und eben nicht mehr mittels traditioneller gewerkschaftlicher Methoden wie Streiks.<sup>56</sup>

Um die gewerkschaftliche Position zu verbessern wurde, besonders ab 1930, über die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zur Einheitsgewerkschaft diskutiert. Nach dem Scheitern der Regierung von Papen 1932 gab es ein Treffen der Gewerkschaftsführer aller drei

---

<sup>51</sup> Vgl. ebd., S. 88-89.

<sup>52</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Die deutschen Gewerkschaften, S. 136-144.

<sup>53</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus, S. 88.

<sup>54</sup> Vgl. Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles?, S. 31.

<sup>55</sup> Vgl. Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie, S. 40-42.

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 61/62.

großen Richtungsgewerkschaften, bei dem einstimmig über einen baldigen Zusammenschluss der Gewerkschaften entschieden worden ist. Dieser kam aber aufgrund der politischen Unterschiede und der Parteienabhängigkeit letztlich doch nicht zu Stande.<sup>57</sup> Die Angestelltenverbände nahmen zunächst auch an den Verhandlungen teil, sahen sich schließlich aber doch nicht in einer möglichen Einheitsgewerkschaft, sondern als eigenständige Institution.<sup>58</sup> Selbst als mittlerweile Adolf Hitler Reichskanzler geworden war, versuchten die Gewerkschaften wieder Verhandlungen aufzunehmen und vereinbarten im April 1933 vier Punkte: Die Gewerkschaften sollten die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten, den Staat und das Volk als Voraussetzung zur Sicherung der sittlichen, sozialen, kulturellen, staatlichen und wirtschaftlichen Rechte des Arbeiters fördern, religiöse Grundrechte anerkennen und politisch neutral agieren.<sup>59</sup> Doch zu einer Vereinigung der Richtungsgewerkschaften sollte es nicht mehr kommen. Das nationalsozialistische Regime Hitlers zerschlug am 02.05.1933 den ADGB. Die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gliederten sich am 03.05, nachdem sie noch im März 1933 Gespräche mit Joseph Goebbels über ihre politische Neutralität verhandelt hatten,<sup>60</sup> in die neu gegründete Deutsche Arbeitsfront (DAF) ein.<sup>61</sup>

Abschließend können nun einige Punkte als wichtig für die Erfahrungen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder während der Weimarer Republik genannt werden: Die Institutionalisierung eines gesetzlichen Betriebsräte- und Tarifvertragswesens zu Beginn der

---

<sup>57</sup> Vgl. Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles?, S. 33-36.

<sup>58</sup> Vgl. ebd., S. 40-41.

<sup>59</sup> Vgl. ebd., S. 42.

<sup>60</sup> Vgl. ebd., S. 39.

<sup>61</sup> Vgl. Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie, S. 39.

Republik, erste Diskussionen über Wirtschaftsdemokratie und gewerkschaftliches Selbstverständnis in einem kapitalistischen und demokratischen System, der schwindende Einfluss der Richtungsgewerkschaften am Ende der Weimarer Republik verbunden mit der Machtlosigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus und die ersten Ansätze einer möglichen Einigung zur Überwindung der Richtungsgewerkschaften.

### Teil III. Grundlagen des Gewerkschaftsaufbaus der Jahre 1945/1946

#### 1. Gesetzliche Rahmenbedingungen der Militärregierung

Als am 08. Mai 1945 die endgültige Niederlage des Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg feststand, wurde Deutschland zu einem von den Alliierten besetzten Gebiet. Deutschland wurde dabei in vier verschiedene Zonen, eine amerikanische, eine britische, eine französische und eine sowjetische, aufgeteilt. In diesem Aufteilungsprozess wurde Bayern zusammen mit Großhessen und Württemberg-Baden zur amerikanischen Zone und bildete darin den Militärbezirk Ost der amerikanischen Militärregierung.<sup>62</sup>

---

<sup>62</sup> Vgl. Schröder, Michael: Vom BGB zum DGB – Die Neuorganisation nach 1945, in: Michael Schröder (Hrsg.): „Mit uns zieht die neue

Eines der großen Ziele der Militärregierung war die Demokratisierung Deutschlands in allen Bereichen. Dabei wurde von der amerikanischen Militärregierung auch der Aufbau von Gewerkschaften als zum Demokratisierungsprozess zugehörig und diesen unterstützend angesehen.<sup>63</sup> So äußerte sich General Dwight D. Eisenhower als oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte bereits am 15.12.1944 in einer Bekanntmachung zu Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik positiv gegenüber möglichen Neugründungen von Gewerkschaften, indem er sagte, dass sich „[d]ie deutschen Arbeiter [...], sobald die Umstände es gestatten, zu demokratischen Gewerkschaften zusammenschließen dürfen. [...] Alle Formen gewerkschaftlicher Vereinigungen und Zusammenschlüsse der Arbeiter werden zugelassen, sofern sie nicht politische oder militärische Tendenzen haben oder annehmen.“<sup>64</sup>

Dieser frühen Ankündigung Eisenhowers folgten nach Ende des Krieges Taten. Zuständig für die Arbeits- und Sozialpolitik in der amerikanischen Zone, und somit für Gewerkschaftsfragen, war die Manpower Division, eine Abteilung der United States Group Control Council (USGCC), der Organisation zur Planung und Leitung durch die US-Militärregierung. Eine der frühesten Festsetzungen dieser Manpower Division mit Blick auf die Gewerkschaften war die schon von General Eisenhower angesprochene politische Neutralität, die

---

Zeit“: Kleine Geschichte der bayerischen Gewerkschaftsbewegung, Marburg 1990, S. 95.

<sup>63</sup> Vgl. Cieplik, Ulrich: Organisation und Funktion. Probleme gewerkschaftlicher Politik in Bayern 1945 bis 1949, Konstanz, Univ., Diss., 1973, S. 48-51.

<sup>64</sup> 15.12.1944: Bekanntmachung des Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte, General Eisenhower, über Arbeiterfragen und Gewerkschaft (Dok. 11), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 6), hrsg. u. bear. v. Siegfried Mielke, S. 128-129.

diese innehaben sollten.<sup>65</sup> In diesem Sinne war die Manpower Division zwar dafür zuständig, Richtlinien zum gewerkschaftlichen Aufbau zu erlassen, die direkte Kontrolle der Gewerkschaften unterlag jedoch den örtlichen beziehungsweise regionalen Militärregierungen. Die Umsetzung dieser Aufteilung wies allerdings, besonders zu Beginn der Besatzungszeit, durch die Organisationsstruktur praktische Mängel auf. Die örtlichen Militärregierungen waren noch von den Kommandeuren der Kampftruppen abhängig, so dass alle Anordnungen und Befehle die gesamte militärische Hierarchie durchlaufen mussten. Dies hatte zur Folge, dass die einzelnen örtlichen Militärregierungen unkoordiniert und stellenweise konträr zueinander arbeiteten.<sup>66</sup> Einen raschen gewerkschaftlichen Aufbau machte dies undurchsichtig und schwierig.

Dieses Problem löste sich jedoch nach kurzer Zeit durch die Einführung neuer geregelter Organisationsstrukturen innerhalb der Militärregierung. Etwas anderes erschwerte den gewerkschaftlichen Neuaufbau in Bayern dagegen weitaus bedeutsamer: der „grassroots“-Konflikt.

### 1.1. Der „grassroots“-Konflikt des Jahres 1945

Der „grassroots“-Konflikt war ein Streit innerhalb der Manpower Division, in dem es um die Ausrichtung der amerikanischen Politik ging, und darum, in welcher Form die Gewerkschaften im besetzten

---

<sup>65</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern 1945 bis 1949 (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung), Marburg 1991, zugl. Würzburg, Univ. Diss., 1990, S. 28-29.

<sup>66</sup> Vgl. ebd., S. 31-33.

Deutschland wieder aufzubauen seien.<sup>67</sup> Bei diesem Konflikt, der bis zum Jahreswechsel 1945/1946 andauerte, konkurrierten die Befürworter der „grassroots“-Position mit den Befürwortern der „Porter-Rutz“-Position.

Die „grassroots“-Position ging davon aus, dass die Gewerkschafter der Weimarer Republik nicht schuldlos an ihrer Niederlage gegen den Nationalsozialismus 1933 waren, sondern dass sie versagt und der nationalsozialistischen Bewegung zu wenig Widerstand entgegengesetzt hätten. Daher wären in den aus dem Exil zurückkehrenden alten Gewerkschaftern und Arbeiterführern nicht zwingend demokratisch legitimierte Personen zu sehen. Die Kritik hierin richtete sich vor allem gegen die „rechte“ Sozialdemokratie, die die „grassroots“-Befürworter als stark anti-sowjetisch einschätzten, was nach ihnen die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion hätte beeinträchtigen können.<sup>68</sup> Auch die 12 Jahre unter der nationalsozialistischen Diktatur, so die Befürworter, hätten ihre Spuren am deutschen Volk und bei den deutschen Arbeitnehmern hinterlassen. Dies bedeute, dass ein totaler Bruch mit der Vergangenheit geschehen müsse, um nicht nur einen Wiederaufbau, sondern das Ziel der Demokratisierung zu erreichen.<sup>69</sup> In diesem Sinne sprach sich die „grassroots“-Position für einen gewerkschaftlichen Aufbau von „unten“, also ausgehend vom Betrieb, aus. Denn ein sofortiger zentraler oder nationaler gewerkschaftlicher Aufbau berge die Gefahr, so die Befürworter, dass örtliche Initiativen, beispielsweise Antifa- oder Betriebsausschüsse, zerstört werden könnten und damit

---

<sup>67</sup> Vgl. Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982, S. 128-129.

<sup>68</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 35.

<sup>69</sup> Vgl. ebd., S. 36.

das Ziel der Eigeninitiative gefährdet werden würde und dass das Gebot des Unpolitischen in den Gewerkschaften schwerer zu überprüfen sei.<sup>70</sup> Die größten Befürworter innerhalb der Manpower Division waren Mortimer Wolf, Leiter des Labor Relations Branch, Frank J. McSherry, Direktor der Manpower Division und George Shaw Wheeler, der immer wieder verschiedene Positionen in der Division inne hatte.<sup>71</sup>

Die „Porter-Rutz“-Position, von Mortimer Wolf so bezeichnet, da ihre Vorreiter Paul Porter und Henry Rutz waren,<sup>72</sup> stellte sich der „grassroots“-Position entgegen. Für die Befürworter der „Porter-Rutz“-Position kam es auf zwei wesentliche Dinge an: Den Wiederaufbau der demokratischen Institutionen der Weimarer Republik und der Kampf gegen die Sowjetunion. Nach der „Porter-Rutz“-Position sollten also die demokratischen Institutionen, die durch das nationalsozialistische Regime unterdrückt worden waren, schnellstmöglich wieder aufgebaut werden. Dazu gehörten auch die Gewerkschaften, allerdings, so die Befürworter, nicht die kommunistischen, da diese nicht demokratisch seien. Hierfür befürworteten sie auch ein schnelles Zurückkehren der im Exil lebenden Arbeiterführer der Weimarer Republik. Dieser schnelle Wiederaufbau könnte dann dazu dienen, eine mögliche Vorherrschaft der Sowjetunion zu unterbinden. Denn die „Porter-Rutz“-Befürworter sahen die Gefahr, dass die Sowjetunion die gesamte deutsche Arbeiterschaft für sich einigen könnte, und diesem könne am besten durch alte sozialdemokratische Arbeiterführer entgegengewirkt

---

<sup>70</sup> Vgl. Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 130-133.

<sup>71</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 34.

<sup>72</sup> Vgl. Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 135.

werden.<sup>73</sup> Die stärksten Vertreter dieser Position waren neben Paul Porter und Henry Rutz Alfred Bingham und Leo Werts, der im Juni 1946 als Nachfolger McSherrys als Direktor der Manpower Division ernannte wurde.<sup>74</sup>

## 1.2. Die Gesetzgebung während des „grassroots“-Konflikts

Dieser Positionen-Konflikt des Jahres 1945 schlug sich auch in der Gesetzgebung der Militärregierung nieder. Beide Parteien versuchten, Einfluss zu gewinnen und ihre Ansichten für Verordnungen und Gesetze durchzusetzen. Das erste Aufeinandertreffen der beiden Positionen fand auf einer Konferenz der Manpower Division am 14.06.45 in Hoechst statt. Die Konferenz beschloss, dass nur geringe Ansätze von gewerkschaftlicher Organisation auf betrieblicher Ebene gestattet seien, um eine erste Organisationsmöglichkeit für die Arbeiter zu schaffen. Vor diesem Beschluss entstandene außerbetriebliche Organisationen und Organisationskomitees konnten bestehen bleiben. Auch wenn dies auf den ersten Blick als ein Durchsetzen der „grassroots“-Position erscheint, war dem nicht so.

---

<sup>73</sup> Vgl. ebd., S. 136-138. Diese Angst der amerikanischen Militärregierung lässt sich auch darauf zurückführen, dass der Aufbau von Gewerkschaften in der SBZ viel zügiger verlief und somit die Arbeiterschaft evtl. mit der SBZ sympathisieren könnten. Denn bereits im Juni 1945 wurde in der SBZ auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) der Freie deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) für die SBZ, und damit die erste Gewerkschaft auf deutschem Boden nach dem 2. Weltkrieg überhaupt, gegründet. Anzeichen für Sympathien oder eines möglichen Anschlusses an den FDGB lassen sich mit Blick auf Bayern jedoch nicht in den Quellen finden. Vgl. Benz, Wolfgang: Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945-1949, Berlin 2009, S. 128-129.

<sup>74</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 37.



Denn die Konferenz beschloss darüber hinaus keine weiteren Richtlinien, beispielsweise wie der Aufbau erfolgen sollte. So machte die Manpower Division auch keine offizielle Aussage zugunsten der „grassroots“-Linie.<sup>75</sup> Auch die Direktive vom 7. Juli 1945, deren Vorlage Mortimer Wolf entwarf, sorgte für keine klare Richtlinie zum Gewerkschaftsaufbau. Wolf setzte sich für die Wahl so genannter „stewards“, im Sinne von gewerkschaftlichen Vertrauensmännern, ein. Dies wäre gleichbedeutend gewesen mit der Erlaubnis, Gewerkschaften im Betrieb zu gründen. Da Wolf allerdings das Wort „Gewerkschaft“ in seinem Vorschlag nicht verwendete, erhob die britische Manpower Division Einspruch gegen dieses Konzept. Möglich wurde dieser britische Einwand für die amerikanische Zone dadurch, dass die unterschiedlichen Militärregierungen unter der Führung der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF) noch formal zusammenarbeiteten und eine einheitliche Linie verfolgen wollten. Die Briten setzten durch, dass in Zukunft Anträge für Gewerkschaftsgründungen an die Headquarters weiter geleitet werden sollten. Mit der Änderung dieser Direktive durch die Briten wurde in der amerikanischen Gewerkschaftspolitik die Trennung zwischen einer Vertretung im Betrieb und den Gewerkschaften verfestigt. Dies entsprach wieder nicht der Linie der „grassroots“-Vertreter.<sup>76</sup> Mit den Direktiven vom 01. und 18. August 1945 bewegte sich die Gesetzgebung immer weiter weg von der „grassroots“-Politik. Erstmals wurde in diesen festgelegt, wie Anträge auf Gewerkschaftsgründungen zu bearbeiten seien. Ebenso wurde festgelegt, dass die Gewerkschaften demokratischen Prinzipien

---

<sup>75</sup> Vgl. ebd., S. 39-40.

<sup>76</sup> Vgl. Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S.146-148.

entsprechen mussten, höchstens auf Kreisebene zugelassen werden und keine Nationalsozialisten aufnehmen durften. Dies bedeutete auch die Möglichkeit der Existenz verschiedener Gewerkschaften nebeneinander und das schon gegründete Gewerkschaften weiter bestehen durften, auch ohne die von den „grassroots“-Befürwortern geforderte betriebliche Ausgangslage.<sup>77</sup> Die „grassroots“-Vertreter gerieten durch diese Beschlüsse immer weiter in die Defensive, weshalb sie versuchten, ihren Einfluss wieder zu stärken und den Konflikt gemäß ihrer eigenen Ansichten zu gestalten.

Der erste Versuch war ein Gesetzentwurf, der vorsah, dass Gewerkschaften aus gewählten „stewards“ hervorgehen mussten und bereits gegründete Gewerkschaften die nachträgliche Zustimmung von regionalen „steward“-Versammlungen bedurften. Dabei wurde auch noch einmal der demokratische Charakter des Weges betont: „The formation of trade unions will be a process of democratic self-expression, with the initiative for the organization of unions from the workers themselves.“<sup>78</sup> Die Manpower Division nahm diese Vorschläge im November 1945 auf, ersetzte aber nicht die Direktiven vom August, sondern ergänzte sie nur. Gleichzeitig wurde mit dieser Ergänzung der Weg für das zukünftige Industriegewerkschaftswesen geebnet. Denn, so heißt es in der Direktive: „Trade unions may be organized along craft or industrial lines.“<sup>79</sup>

Der zweite Versuch der „grassroots“-Politiker, ihre Position zu stärken, ging von Wolf und McSherry aus. Diese ließen den bereits gegründeten

---

<sup>77</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 42.

<sup>78</sup> 07.11.1945: Anordnung der amerikanischen Militärregierung zum Aufbau und zur Struktur von Gewerkschaften (Dok 11.), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 6), hrsg. u. bearbeitet v. Siegfried Mielke, S. 460.

<sup>79</sup> Ebd., S. 460.

Württembergischen Gewerkschaftsbund (WüGB) untersuchen. Bei dieser Untersuchung wurde festgestellt, dass die Vertreter innerhalb des Bundes oftmals nicht gewählt, sondern ernannt worden waren. Ein klarer Widerspruch zur vorgegebenen Richtlinie des demokratischen Gewerkschaftsaufbaus. Diesen Widerspruch versuchten die „grassroots“-Befürworter für ihre Politik auszunutzen. Mit der Direktive vom 10. Dezember 1945, die den Aufbau von Gewerkschaften letztlich endgültig regelte, erreichten sie auch eine Gesetzgebung, die ganz in ihrem Sinne verlief: Die im Betrieb gewählten Vertreter der Arbeitnehmer sollten ein vorläufiges Organisationskomitee bilden. Das Verfahren der Wahlen und die Ziele der Gewerkschaft sollten der Militärregierung vorgelegt werden und, wenn die Wahlen abgeschlossen waren, sollten die Vertreter eine Satzung ausarbeiten und diese ebenfalls der Militärregierung übergeben. Diese würde dann eine Entscheidung über die Genehmigung fällen. Nach der Anerkennung des Bayerischen Arbeitsministeriums bildete diese Direktive die rechtliche Grundlage für das Verfahren, wie Gewerkschaften in Bayern aufgebaut werden sollten.<sup>80</sup> Nachdem sich jedoch das amerikanische Außenministerium und die amerikanische Gewerkschaft American Federation of Labor (AFL) in den Konflikt einschalteten und ein Ende der Verzögerungen beim Aufbau der Gewerkschaften forderten und sich gleichzeitig die Dezember-Konferenz der Manpower Division mit dem WüGB einigen konnten, war die „grassroots“-Politik am Ende. Als Konsequenz daraus trat auch Mortimer Wolf am 01. Januar 1946 von seinen Ämtern zurück.<sup>81</sup>

---

<sup>80</sup> Vgl. Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 162.

<sup>81</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern., S. 45-46.

### 1.3. Nach dem „grassroots“-Konflikt: free trade unionism ab 1946

Mit dem Ende des „grassroots“-Konflikts und dem Ausscheiden der grassroot- Befürworter aus der Manpower Division änderte sich die Politik der Militärregierung gegenüber den Gewerkschaften. Mit Beginn des Jahres 1946 fing sie an, den Wiederaufbau der Gewerkschaften zu fördern und nicht mehr, wie zu Zeiten des Konflikts, durch unklare Verhältnisse zu verlangsamen. Dabei rückte die „free trade unionism“-Politik in den Vordergrund. In dieser sollten die Gewerkschaften hauptsächlich überbetriebliche Interessen der Arbeitnehmer durch Einbindung der betrieblichen Vertreter wahren. Dies bedeutete für die Manpower Division, dass sich die Gewerkschaften hauptsächlich um sogenannte „bread and butter“-Fragen kümmern sollten, also um Kollektivverhandlungen über Löhne, Arbeitsbedingungen und innerbetriebliche Sozialregelungen. Einflussnahme auf den Staat und seine Struktur- und Wirtschaftspolitik sollten keine zentralen Punkte der Gewerkschaftspolitik sein.<sup>82</sup>

### 2. Erste Ansätze von Gewerkschaftsgründungen in Bayern 1945 bis Frühjahr 1946

In die Zeit des „grassroots“-Konflikts fallen auch die ersten Bemühungen, in Bayern wieder Gewerkschaften zu gründen und aufzubauen. Theo Pirker spricht hier von einem „Willen zur

---

<sup>82</sup> Vgl. ebd., S. 48-49.

Organisation der Deutschen“<sup>83</sup> als Antrieb für die raschen Bemühungen zum gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser „Wille zur Organisation“ lässt sich für ganz Bayern feststellen, auch wenn die Schwerpunkte der betrieblichen Organisation in den beiden großen bayerischen Industriezentren Nürnberg und München lagen.<sup>84</sup> Insgesamt zählte die Militärregierung bis zum Januar 1946 102 Gewerkschaften.<sup>85</sup> Oftmals, besonders in kleineren Orten und Städten, waren die neuen Gewerkschaften sogenannte „Eintopf“-Gewerkschaften. Diese fassten alle örtlichen Gewerkschaftsmitglieder in sich zusammen und gliederten sich erst innerhalb der Gewerkschaft nach Berufen oder Industriezweigen und nicht, wie es beim Industriegewerkschaftsprinzip der Fall ist, nach Industrien, um dann einen gemeinsamen Dachverband zu gründen. Daher lagen die Kompetenzen der „Eintopf“-Gewerkschaften auch in der jeweiligen Zentrale. Diese Form der Organisation entstand aus zwei Gründen: Zum einen wären in vielen Orten Gewerkschaften nach dem Industriegewerkschaftsprinzip zu mitgliederschwach gewesen, um einen Machtfaktor darzustellen.<sup>86</sup> Zum anderen lässt sich hieran der Wunsch vieler ehemaliger Gewerkschafter erkennen, die in der Weimarer Republik herrschende gewerkschaftliche Spaltung zu überwinden und alle Gewerkschafter in einer einzigen Gewerkschaft zusammenzufassen.<sup>87</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. Pirker, Theo: Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. Teil 1. 1945-1952. Vom „Ende des Kapitalismus“ zur Zähmung der Gewerkschaften, Berlin 1979, S. 22/23.

<sup>84</sup> Vgl. Cieplik, Ulrich: Organisation und Funktion, S. 65/66.

<sup>85</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 80.

<sup>86</sup> Vgl. ebd., S. 78-79.

<sup>87</sup> Vgl. Schröder, Michael: Vom BGB zum DGB, S. 97.

## 2.1. Gewerkschaftsgründungen in Bayern

Der erste Verband, der sich, wie gefordert, von Obleuten aus dem Betrieb heraus organisierte, war der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Ansbach“, der am 10. September 1945 seine Zulassung durch die Militärregierung erhielt. Auch in Kempten wurde bereits im Verlauf der Monate Juni und Juli 1945 der „Allgemeine Freie Gewerkschaftsbund Kempten, Stadt & Land“ gegründet – die offizielle Genehmigung wurde allerdings erst am 17. November erteilt. Insgesamt verliefen ca. 1/3 der Gewerkschaftsgründungen nach dem Obleute-Prinzip und lagen damit auf der Linie der „grassroots“-Politik, auch wenn dies wohl hauptsächlich der Praxisnähe dieses Prinzips zuzuschreiben ist und nicht aus theoretischen und ideologischen Gesichtspunkten der Gewerkschafter erfolgte.<sup>88</sup>

Die meisten Gewerkschaftsgründungen verliefen allerdings ohne die Wahl von Obleuten. In Ingolstadt beispielsweise setzte das örtliche Arbeitsamt Protektoren ein, die eine lokale Gewerkschaft nach demokratischen Prinzipien gründeten. Auf ähnliche Art und Weise wurden die Gewerkschaften in Würzburg, Nördlingen und Bad Neustadt an der Saale gegründet. An die Stelle der Protektoren des Arbeitsamtes traten hier von der Militärregierung autorisierte Personen oder direkte Mitarbeiter der Militärregierung. In Passau genügten einigen Einzelgewerkschaften sogar nur Listen mit Unterschriften von Arbeitern und der Hinweis darauf, dass zum Zeitpunkt der Gründung die Direktive, die das Obleuteverfahren vorsah, noch nicht veröffentlicht worden war.

---

<sup>88</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 81-84.

Insgesamt lässt sich eine Vielzahl von verschiedenen Gründungsverfahren in Bayern feststellen. Dabei kam es der Militärregierung bei der Genehmigung von Gewerkschaften darauf an, dass die Gewerkschaftsgründer durch ein Wahlverfahren, egal welcher Art, legitimiert waren,<sup>89</sup> um einen demokratisch legitimierten Gewerkschaftsaufbau zu gewährleisten.

Dennoch kam es auch zu Komplikationen und Schwierigkeiten mit der Militärregierung. In Augsburg hatte sich mit der „Allgemeinen Freien Augsburger Gewerkschaft“ ein Einheitsverband von zehn Berufsgewerkschaften gebildet, der auf Geheiß der Militärregierung nachträglich seine Gründung mit Hilfe von gewählten Obleuten wiederholen musste. Auch in anderen Gebieten Bayerns, besonders in Oberbayern, wo die Gewerkschaftsgründungen oftmals nur per Unterschriftenliste von Arbeitnehmern stattfanden, mussten gegründete Gewerkschaften häufig eine nachträgliche Gründung mittels Obleuten vollziehen, um eine endgültige Genehmigung der Militärregierung zu erhalten.<sup>90</sup>

Um bereits während dieses frühen Stadiums des gewerkschaftlichen Aufbaus Mitglieder zu erhalten, war der Kontakt vor Ort, der später unter dem Dach des BGB durch die gemeinsame Kassenführung verstärkt werden sollte, enorm wichtig. So gingen die Gewerkschafter von Betrieb zu Betrieb, um vor Ort mit potentiellen Mitgliedern zu sprechen und die gewerkschaftlichen Ideen und Ziele vorzustellen. Ernst Günzner, der bereits sehr früh nach Ende des Kriegs für die Gewerkschaften in Ebersberg einsetzte, stellte während seines Werbens in den Betrieben fest, dass insbesondere die Meister gewonnen werden mussten. Denn sobald die Meister sagten, dass die

---

<sup>89</sup> Vgl. ebd., S. 85-89.

<sup>90</sup> Vgl. ebd., S. 90-91.

Gewerkschaft wichtig war, wären auch die Gesellen eingetreten. Die größten Erfolge konnten dann erzielt werden, wenn deutlich gemacht werden konnte, dass die Gewerkschaften eine Wirkung erzielen können.<sup>91</sup> Margarete Kempe, ebenfalls als Gewerkschafterin direkt nach Kriegsende in Weißenburg tätig, stellte bei Ihrer Arbeit als dortige Geschäftsführerin fest, dass viele Mitglieder auch ohne ideologischen Hintergrund oder Überzeugung gewerkschaftlicher Ideen gewonnen wurden. Für sie machte es den Eindruck, als seien viele zu Gewerkschaft gekommen, um dabei zu sein und zu sehen, was es bringt. Ganz nach dem Motto: „Wer weiß, wozu es gut ist“.<sup>92</sup>

## 2.2. Die Sonderfälle Nürnberg und München

Innerhalb der frühen Gewerkschaftsgründungen bilden die Gründungen in den beiden Großstädten Nürnberg und München zwei Sonderfälle.

In Nürnberg fand die Gründung einer Gewerkschaft, des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Nürnberg“, unter der Leitung von Lorenz Hagen, der später eine wichtige Rolle im Bayerischen Gewerkschafts-Bund (BGB) spielen sollte, statt. Die Gründung erfolgte nach dem gleichen Verfahren wie auch schon in Ansbach. Allerdings sollte der ADGB Nürnberg anschließend zu einer zentralistischen

---

<sup>91</sup> Vgl. Günzner, Ernst: Hinter den Kulissen des DGB-Gründungskongresses, in: Michael Schröder (Hrsg.) Auf geht's: Rama dama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949, Köln 1984, S. 224-227

<sup>92</sup> Kempe, Margarete: Frauenarbeit in der Gewerkschaft, in: Michael Schröder (Hrsg.) Auf geht's: Rama dama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949, Köln 1984, S. 216.



Einheitsgewerkschaft werden, bei der es zwar Fachgruppen für die einzelnen Berufe gab, die Hauptaufgaben aber einer Zentrale unterlagen, was nicht im Sinne der Amerikaner gewesen ist.<sup>93</sup> Daher wurde Lorenz Hagen zu General Lucius D. Clay, dem stellvertretenden Militärgouverneur (ab 1947 Militärgouverneur) der US-Zone, nach München gebeten. Dieser ordnete an, den ADGB Nürnberg weiterhin dezentral zu gliedern und befahl, dass auch die bisher nicht an der Gewerkschaft beteiligten Kommunisten aufgenommen werden sollten.<sup>94</sup>

Für die Gewerkschaftsgründungen in München ist der Fall noch weitaus komplexer. Bereits kurz nach Kriegsende traf sich in München ein „Komitee der 60“, ein Ausschuss von Funktionären, die in Weimar unterschiedlichen gewerkschaftlichen Richtungen angehörten. Dieses Komitee tagte seit Mitte Mai in der Wohnung Gustav Schiefers. Es beschloss, in Absprache mit den Initiativen in Nürnberg, dass ein „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ zu errichten sei, der sich aus zehn Berufsgruppen zusammensetzen sollte, Richtungsgewerkschaften oder Standesorganisationen sollten dagegen vermieden werden. Durch von Obleuten gewählte Delegierte sollte ein Bundeskongress geplant werden, aus dem ein Bundesausschuss und ein Bundesvorstand hervorgehen sollten. Der Bundesvorstand sollte dann die Aufgabe haben, die Leiter der jeweiligen Organisationsstufen des Bundes zu ernennen. Da dies eine Organisierung der Gewerkschaft von „oben“ und keine demokratische gewesen wäre, erteilte die Militärregierung dem Gründungsantrag im Juni 1945 eine Absage.<sup>95</sup>

---

<sup>93</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 81-82.

<sup>94</sup> Vgl. Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles?, S. 188-189.

<sup>95</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 57-60; Gerstenberg, Günther: Der Wiederaufbau der Münchner Gewerkschaftsbewegung und der Bayerische Gewerkschaftsbund

Infolgedessen gründeten sich in München zunächst einzelne Gewerkschaften, aber der Plan einer allgemeinen Gewerkschaft wurde nicht ad acta gelegt, sondern das Organisationskomitee arbeitete vielmehr unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft freier Münchener Gewerkschaften“ weiter. Daraufhin entzog die Militärregierung den bisher gegründeten Münchener Gewerkschaften die Genehmigung. Diese Maßnahme hinderte die Organisatoren in München aber nicht daran, auch ohne offizielle Genehmigung ihre Politik weiter zu betreiben. Mit Hilfe des „Ausschusses für Wirtschafts- und Finanzpolitik“ erarbeiteten die Gewerkschafter den „Plan G“. Dieser Plan, offiziell erst 1946 gedruckt, aber auf September 1945 datiert, enthielt erste Äußerungen und Ansichten zu Wirtschafts- und Finanzfragen der Gewerkschaften. Ebenfalls verfasste Georg Reuter, der spätere Vorsitzende des BGB, eine Schrift über einen möglichen Aufbau der bayerischen Gewerkschaften mit einem Generalsekretariat im Mittelpunkt.

Erst mit Hilfe der Dezember-Direktive und der Einhaltung der darin vorgegebenen Richtlinien erreichten es die Gewerkschaften in München, sich so auszurichten, dass eine Genehmigung im März 1946 erfolgte. Auch die „Arbeitsgemeinschaft freier Münchener Gewerkschaften“ orientierte sich an der Dezember-Direktive und wurde, nach Wahlen gemäß der Richtlinien, zu einem Zusammenschluss der unterschiedlichen Münchener Industriegewerkschaften.<sup>96</sup>

Die unterschiedlichen Arten der Gewerkschaftsgründungen zeigen eindeutig, dass die Militärregierung während des „grassroots“-Konflikts keine einheitliche Linie besaß. Erst mit der Direktive vom 05.

---

1945 bis 1949, Magisterarbeit Univ. München, unveröffentlicht, 1984, S.9.

<sup>96</sup> Vgl. ebd., S. 92-98.

Dezember wurde der Aufbau von Gewerkschaften letztlich konkret geregelt, was nicht bedeutete, dass die Gründungen unbürokratisch abliefen. Der „Allgemeine Gewerkschaftsbund Lichtenfels“ berichtet beispielsweise, dass sämtliche Formulare in sechsfacher Ausführung an die Militärregierung gesendet werden mussten.<sup>97</sup> Der Aufbau der Gewerkschaften entstand dabei sowohl von „oben“ als auch von „unten“. Theo Pirker geht zwar davon aus, dass es einen Willen der Arbeiterschaft zur Organisation gab und die Gründungen daher aus den Betrieben heraus erfolgten.<sup>98</sup> Siegfried Mielke dagegen spricht von einem Aufbau von „oben“ durch ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre.<sup>99</sup> Für Bayern, so zeigen die aufgeführten Beispiele, lief der Aufbau, von Ort zu Ort unterschiedlich, und somit sowohl von „oben“ als auch von „unten“ ab.

Aufgrund der anfangs fehlenden einheitlichen Linie und der stellenweise unterschiedlichen Vorstellungen zwischen Militärregierung und Gewerkschaftern verwundert es nicht, dass diese die Vorgaben der Militärregierung als hinderlich ansahen.<sup>100</sup> Die Gewerkschaften hatten in der Anfangsphase aber zusätzlich noch mit weiteren Problemen zu kämpfen. Die zerstörten Häuser und die allgemein schlechte Lage von Gebrauchsgütern erschwerten die Aufbauarbeit. Notwendige Anschaffungen für die alltägliche gewerkschaftliche Arbeit konnten daher nicht immer gemacht werden.

---

<sup>97</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000078, Bl. 78.

<sup>98</sup> Vgl. Pirker, Theo: Die blinde Macht, S. 31.

<sup>99</sup> Vgl. Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften: Legenden und Wirklichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft Sonderheft 5 (1979): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, S. 77.

<sup>100</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 101-105.

Elisabeth Dietl<sup>101</sup> berichtet beispielsweise darüber, dass notwendige Vergrößerungen des Teams erst dann umgesetzt werden konnten, wenn irgendwoher eine neue Schreibmaschine für die einzustellende Person organisiert werden konnte.<sup>102</sup>

### 3. Das Selbstverständnis der neuen Gewerkschaften

In dieser frühen Phase des Wiederaufbaus der bayerischen Gewerkschaftsbewegung wurden auch grundlegende Entscheidungen darüber getroffen, wie sich die Gewerkschaften selbst sahen und wahrnahmen, welche Rolle sie nach ihrer eigenen Meinung im wieder aufgebauten Deutschland einnehmen sollten und welche politischen Ansichten sie vertraten. Auch wenn sich einige Ansichten mit der Zeit weiterentwickeln sollten, so blieben die hier gelegten Grundlagen ausschlaggebend für das Selbstverständnis und die politische Richtung der Gewerkschaften in den folgenden Jahren. Das Problem des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses lag darin, dass es kein gemeinsam ausgearbeitetes Konzept gab. Erst mit dem Vorläufigen Ausschuss des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes und letztlich mit dessen Gründung wurden klare politische Linien deutlich, die aber an den frühen Überlegungen der Jahre 1945 und 1946 anknüpften. Das Selbstverständnis kann daher nur aufgrund einzelner Aussagen und

---

<sup>101</sup> Elisabeth Dietl arbeitete schon früh nach dem 2. Weltkrieg für die Gewerkschaftsbewegung und kam daher mit den führenden Männern der Gewerkschaften in Kontakt. Später arbeitete sie hauptsächlich für die Landesgewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten.

<sup>102</sup> Vgl. Dietl, Elisabeth: Beim Schäfflertanz im Gewerkschaftshaus, in: Auf geht's: Rama dama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über den Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949, hrsg. v. Michael Schröder, Köln 1984, S. 82.

Dokumente dieser Jahre und aus Reden vom Ersten ordentlichen Bundestag des BGB im Frühjahr 1947 rekonstruiert werden.

Ein zentraler Gedanke war der Gedanke der Einheitsgewerkschaft, in der alle Gewerkschafter zusammengefasst werden sollten. Dieser Gedanke, der in dieser Zeit ein europaweites Phänomen war,<sup>103</sup> entstand aus der „große[n] Täuschung des Einzelnen, seinen Weg [in der Weimarer Republik] allein gehen zu können“,<sup>104</sup> so Alois Wöhrle, der ab 1947 Vorsitzender der IG Metall Bayern war. Ziel der Einheitsgewerkschaft war es also, aus den in Weimar gemachten Erfahrungen und der Zersplitterung in drei große Gewerkschaftsrichtungen zu lernen und nun eine gemeinsame starke Gewerkschaftsbewegung für alle, egal welchen Berufes und religiöser oder politischer Ansicht, zu bilden, „denn“, so nochmals Alois Wöhrle, „das Drama von 1933-1945 sollte jedem Arbeiter und Angestellten, der da glaubt, seinen Weg allein gehen zu können, ein furchtbares Menetekel sein.“<sup>105</sup>

Aus diesem Verständnis heraus werden die Konflikte um die Gewerkschaftsgründungen in Nürnberg und München noch einmal klarer: Für die Gewerkschafter stand dort der Einheitsgedanke im Vordergrund. Das heißt hier konkret, mit dem ADGB sollte ein gewerkschaftlicher Einheitsbund für alle geschaffen werden. Obwohl dies nicht gelang und von der zentralen Einheitsgewerkschaft auf Druck der Militärregierung zum Industriegewerkschaftsprinzip mit

---

<sup>103</sup> Vgl. Niethammer, Lutz: Rekonstruktion und Desintegration: zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5 (1979), S. 28-29.

<sup>104</sup> IGM 5/IGMA45420203.

<sup>105</sup> IGM 5/IGMA45420202.

dem späteren BGB <sup>106</sup> als Dachverband umgeschwenkt werden musste,<sup>107</sup> blieb mit dieser neuen Organisationsstruktur der Gedanke der Einheitsgewerkschaft erhalten. Dies zeigt deutlich eine Erzählung von Margarete Kempe, die im Büro des BGB arbeitete: „Damals wurde in München der Bayerische Gewerkschafts-Bund gegründet. Wenn dann ein Kollege zu mir ins Büro kam und irgendeine Auskunft brauchte, musste ich ja für unsere Kartei wissen, bei welcher Gewerkschaft er war. [Anmerkung: Gemeint ist hier die jeweilige Industriegewerkschaft] Ich fragte ihn also: Bei welcher Gewerkschaft sind Sie?'- Na ja, bei der Gewerkschaft!'- Ja, das weiß ich schon, aber bei welcher?'- Ja, beim Bayerischen Gewerkschafts-Bund.' Das war für mich eine interessante Beobachtung: der sagte nicht Textil, Metall oder Holz. Der sagte einfach: beim Bayerischen Gewerkschafts-Bund.“<sup>108</sup> Die Gewerkschaftsmitglieder ordneten sich also nicht als Mitglied ihrer jeweiligen nach Berufen und Industrien geordneten Industriegewerkschaft, sondern sahen sich als generelles Mitglied der (Einheits-)Gewerkschaft des BGB.

Eines der obersten Gebote der neuen Gewerkschaften, um die Idee der Einheitsgewerkschaften nicht zu gefährden, war daher gänzliche politische und religiöse Neutralität. Dies betonte Lorenz Hagen, Vorsitzender auf dem Gründungskongress des BGB, nochmals deutlich: „Um jeden Stein des Anstoßes zu beseitigen und um jedes Misstrauen nach parteipolitischer oder religiöser Richtung auszuschalten, sind die Gewerkschaften religiös und parteipolitisch neutral und müssen es

---

<sup>106</sup> Der genaue Ablauf der Konstituierung der Landesgewerkschaften und des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes wird zu einem späteren Zeitpunkt erläutert.

<sup>107</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 176.

<sup>108</sup> Kempe, Margarete: Frauenarbeit in der Gewerkschaft, in: Auf geht's: Rama dama!, hrsg. v. Michael Schröder, S. 212.

auch für alle Zukunft bleiben.“<sup>109</sup> Dies hieß aber nicht, dass sich Gewerkschafter nicht politisch engagieren und Parteien beitreten durften. Es war sogar legitim, für politische Ämter zu kandidieren und diese gegebenenfalls auch auszuüben.<sup>110</sup> Nur die Politik der Gewerkschaft hatte neutral zu sein und durfte keiner Partei im Besonderen nahe stehen.

Ebenfalls bedeutete die politische Neutralität nicht, dass die Gewerkschaften sich nicht zu einem politischen System bekennen durften. Denn nach den Erfahrungen aus der NS-Zeit sprachen sie sich für die Demokratie aus. Die demokratische Gesinnung bildete sogar eine Art weiteren Grundkonsens für die Gewerkschaften.<sup>111</sup> Sowohl in Bayern vorhandene separatistische und monarchische Bewegungen nach 1945<sup>112</sup> als auch Bestrebungen zur Einheit der Arbeiterbewegung durch die SPD<sup>113</sup> fanden daher keine Beachtung von ihnen.

Des Weiteren bedeutete der Grundsatz der politischen Neutralität für die Gewerkschafter nicht, keine Politik als Gewerkschaft machen zu können. Im Programm „Grundsätze, Aufbau und Aufgaben“ vom Dezember 1945 des damals nicht zugelassenen ADGB wurden erste Forderungen geäußert.<sup>114</sup> Diese beliefen sich beispielsweise darauf, festzustellen, dass der ADGB der wichtigste Träger der sozialen und

---

<sup>109</sup> Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 8.

<sup>110</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung. Organ der Bayerischen Gewerkschaften, 2. Jahrgang, Nr. 3/47, vom 10.02.1947.

<sup>111</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 181.

<sup>112</sup> Vgl. Kock, Peter Jakob: Bayern Weg in die Bundesrepublik (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 22), Stuttgart 1983, S. 141-163. Auch: Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, Nr. 9/49, Erste Mai-Hälfte 1949.

<sup>113</sup> Vgl. Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 129-134.

<sup>114</sup> Eine ausführliche Analyse der wirtschaftlichen Positionen der Gewerkschaften erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

wirtschaftlichen Neugestaltung sei und diese seine Aufgabe sei.<sup>115</sup> Auch der bereits erwähnte „Plan G“ enthielt konkrete Forderungen über Wirtschaftslenkung, Verteilung von Kriegslasten und Rückführung des Vermögens der DAF an die Gewerkschaften.<sup>116</sup> Mit diesen Forderungen gingen die Gewerkschafter deutlich weiter als die ihnen vom Konzept des „free trade unionism“ zugewiesenen Arbeitsbereiche. Dieses Vorgehen zeugt von einem großen Selbstvertrauen der Gewerkschafter und der Ansicht, sie wären eine der führenden Kräfte beim Wiederaufbau Deutschlands. Zurückzuführen ist dieses große Selbstvertrauen zum einen auf den Willen, diesmal die Fehler, die sie in der Weimarer Republik gemacht hatten, nicht zu wiederholen, und zum anderen auf die Wertschätzung, die die Militärregierung den Gewerkschaften entgegenbrachte.

Davon zeugen auch die Reden, die Abgeordnete der Militärregierung auf dem ersten Bundestag hielten: „Wir in der Militärregierung setzen große Hoffnungen auf Sie. In freien demokratischen Gewerkschaften sehen wir eine Form der Demokratie in Tätigkeit. Wir erwarten, dass Ihre Reihen in genügender Menge solche demokratischen Führer liefern werden, die wert sind, den Grundsätzen der Demokratie zu dienen und damit dem Staat und dem Volk. Kurz, wir haben die brennende Hoffnung und den Glauben, dass die freien, demokratischen Gewerkschaften, die sie jetzt aufbauen, gleichzeitig helfen werden, ein demokratisches Rückgrat für ein künftiges Deutschland zu formen“,<sup>117</sup> so Clarence M. Bolds, der Chef der Arbeitsabteilung der Militärregierung für Bayern. Auch General Walter J. Muller

---

<sup>115</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000172, Bl. 415-416,

<sup>116</sup> Vgl. Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz, u.a.: Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976, S. 693-695.

<sup>117</sup> Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 10.



bescheinigte den Gewerkschaften eine wichtige Aufgabe, denn Demokratie sei nur durch Praxis zu lernen und die Gewerkschaften seien Praktiker und hätten deshalb Anteil an der Aufgabe, die Demokratie zur Wirkung zu bringen.<sup>118</sup> In eine ähnliche Richtung äußerte sich auch der Präsident des Bayerischen Landtages, Dr. Michael Horlacher. Er sagte, es müssten Grundlagen geschaffen werden, damit sich die zwölf NS-Jahre nicht wiederholen könnten und die Gewerkschaften seien ein Teil dieser Grundlagen.<sup>119</sup>

Trotz allem sahen es die Gewerkschaft zunächst als ihre Hauptaufgabe an, den Menschen in der Not der Nachkriegsjahre zu helfen und den Wiederaufbau voranzutreiben: „Wir wollen durch eine starke Gewerkschaft mit dazu beitragen die Wunden, die der grausame Krieg der Welt und auch unserer Heimat geschlagen hat, zu heilen. Deshalb mit frohem, unbeugsamen Mut und frischer Kraft an die Arbeit! Wie wollen und müssen es schaffen, trotz allem und all’ dem“, wie es Lorenz Hagen auf dem ersten Bundestag sagte.<sup>120</sup> Oder wie Elisabeth Dietl es ausdrückte: „Wir waren beseelt von der Idee des Helfens und der Möglichkeit des Helfenkönnens.“<sup>121</sup>

---

<sup>118</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>119</sup> Vgl. ebd., S. 15.

<sup>120</sup> Ebd., S. 8.

<sup>121</sup> Dietl, Elisabeth: Beim Schäfflertanz im Gewerkschaftshaus, S. 86.

## Teil IV. Gründung, Organisation und Entwicklung des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes

### 1. Vom ersten außerordentlichen Kongress 1946 zur Gründung des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes 1947

Nachdem bis zum Frühjahr 1946 fast überall in den bayerischen Städten und Orten Gewerkschaften gegründet worden waren, war für die Gewerkschafter klar, dass nun der schon einmal angestrebte gewerkschaftliche Dachverband gegründet werden musste. Die Arbeitsgemeinschaft Freier Münchener Gewerkschaften stellte den hierfür nötigen Antrag am 11. April 1946 bei der bayerischen Militärregierung.<sup>122</sup> OMGBY genehmigte den Kongress. So fand der Erste außerordentliche Kongreß der bayerischen Gewerkschaften vom 13.-16. Juni 1946 in der „Großküche“ in der Rosenheimer Straße in München statt. Dass der Kongress überhaupt stattfinden konnte, war eine besondere Leistung, denn auch die Gewerkschaften hatten mit der allgemein schlechten Versorgungslage zu kämpfen. Die Probleme lagen hauptsächlich in den Bereichen der Unterbringung und der Lebensmittel. Die Teilnehmer wurden im Einladungsschreiben sogar dazu aufgefordert, ihre entsprechenden Lebensmittelkarten für die Hauptmahlzeiten während des Kongresses mitzubringen. Trotz der Probleme kamen über 500 Delegierte zum Kongress und auch Gäste von Parteien, der Stadt München, der bayerischen Staatsregierung und

---

<sup>122</sup> Vgl. Schröder, Michael: Vom BGB zum DGB, S. 101.

der Militärregierung, beispielsweise Joe Keenan als Vertreter des Alliierten Kontrollrats und Colonel Bolds als Chef der Manpower Division Bayern, der mit einem lobenden Grußwort den Kongress eröffnete.<sup>123</sup>

Nach dieser feierlichen Eröffnung und der Wahl von Lorenz Hagen und Gustav Schiefer zu den Präsidenten des Kongresses, schlug Gustav Schiefer vor, über eine Satzung für einen zukünftigen gewerkschaftlichen Dachverband zu diskutieren. Hierfür hatte bereits eine Statuten-Kommission<sup>124</sup> erste Beratungs-gespräche abgehalten. Sie kam zu dem Entschluss, den Georg Reuter als Sprecher der Kommission den Delegierten mitteilte. Es wäre zunächst sinnvoll, am gewerkschaftlichen Aufbau dahingehend weiterzuarbeiten, dass 13 Industriegewerkschaften und Gewerkschaften auf Landesebene gegründet würden und erst anschließend ein Dachverband entstünde. Der Kongress nahm diesen Vorschlag an und teilte sich daraufhin in 13 einzelgewerkschaftliche Landeskongressen auf, die je einen Organisationsausschuss wählten, der den Aufbau der jeweiligen Landesgewerkschaft übernehmen sollte.<sup>125</sup>

Diese Beschlüsse waren wegweisend für die weitere Entwicklung der bayerischen Gewerkschaften. Dem Aufbau von Einzelgewerkschaften wurde nun der Vorzug vor einem zentralen Dachverband gewährt, der erst nach Gründung der Landesgewerkschaften errichtet werden sollte.<sup>126</sup> Den starken zentralistischen Tendenzen, wie sie im Jahr 1945 in München und Nürnberg mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu finden waren, wurde eine Absage erteilt.

---

<sup>123</sup> Vgl. Lanig-Heese: Gewerkschaften in Bayern, S. 109-110.

<sup>124</sup> Über Entstehung, Mitglieder und Arbeit der Kommission ist nichts Weiteres bekannt.

<sup>125</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, 110-111.

<sup>126</sup> Vgl. ebd., S. 111.

Warum diese Entscheidung fiel, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Auf jeden Fall wurde mit dieser Vorgehensweise ein möglicher Konflikt mit der Militärregierung verhindert, da der Aufbau mit den beiden Punkten eines demokratischen Aufbaus von „unten“ und entlang von Industriegewerkschaften nun mehr den Direktiven vom November und Dezember 1945 entsprach.

Die letzte wichtige Entscheidung des Ersten außerordentlichen Kongresses fiel, als der Kongress am 16. Juni wieder zusammentrat. Um einen gewerkschaftlichen Dachverband für Bayern zu gründen, sollte ein „Vorläufiger Ausschuss der Bayerischen Gewerkschaften“ gewählt werden. Dessen Aufgabe sollte darin bestehen, Vorarbeiten für die Gründung des Dachverbandes zu erledigen. Gewählt wurden in diesen Vorläufigen Ausschuss Lorenz Hagen, Gustav Schiefer und Georg Reuter als hauptamtlich tätiger geschäftsführender Vorstand. Ehrenamtliche Beisitzer wurden Josef Schilling, Leonhard Burger und Käthi Sand.<sup>127</sup>

Auch wenn sich der Vorläufige Ausschuss mit weiteren Aufgaben beschäftigte, wie zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit und Herausgabe der Bayerischen Gewerkschafts-Zeitung, Frauen- und Jugendarbeit, wirtschaftlichen Aspekten wie Lebensmittel- und Gebrauchsgüterpreisen, und Knüpfen von überzonalen Kontakten zu anderen Gewerkschaften, <sup>128</sup> stand für ihn die Unterstützung der Organisationsausschüsse zum Aufbau der Landesgewerkschaften im Mittelpunkt. <sup>129</sup> Das Hauptproblem bei der Gründung der Landesgewerkschaften bestand darin, dass noch sehr viele „Eintopf“-Gewerkschaften bestanden und diese in ihre Einzelgewerkschaften, je

---

<sup>127</sup> Vgl. ebd., S. 111-112.

<sup>128</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 30-47.

<sup>129</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000172, Bl. 174.

nach Industriezweig, aufgelöst werden mussten.<sup>130</sup> Dabei wurde dem Motto „Ein Betrieb – Eine Gewerkschaft“ gefolgt. Dies hieß, dass die Mitarbeiter eines Betriebes immer einer Gewerkschaft zugeordnet wurden. Konkret hatte das zur Folge, dass beispielsweise in einem metallverarbeitenden Betrieb alle Mitarbeiter, auch beispielsweise Angestellte für die Buchhaltung oder Arbeiter anderer Branchen, die zum Betrieb gehörten, der IG Metall zugeordnet wurden, da die Mehrheit der Mitarbeiter Metallarbeiter waren.

Bei der Auflösung der „Eintopf“-Gewerkschaften kam es stellenweise zu Schwierigkeiten. So berichtete unter anderem die IG Druck und Papier über Probleme im Ablauf des Aufbaus. Viele in den „Eintopf“-Gewerkschaften organisierte Mitglieder sahen nicht ein, weshalb diese erste organisatorische Form plötzlich aufgelöst werden sollte, da doch auch die „Eintopf“-Gewerkschaft eine Einheitsgewerkschaft sei. Dennoch gab es für sie keine andere Wahl. In Orten, in denen es noch keine Einzelgewerkschaften gab, mussten zunächst Mitgliederversammlungen mit Gründungsbeschluss und der Wahl des Ortsvorstandes abgehalten werden. Gleichzeitig sollten die Mitgliederversammlungen dem Zusammenschluss ihrer Gewerkschaft auf Landesebene zustimmen. Die Wahl der Vorstände erfolgte ebenfalls in den Mitgliederversammlungen in Urabstimmung.<sup>131</sup>

Nachdem die Probleme in den Ortsausschüssen behoben waren, verlief die Konstituierung der Landesausschüsse weitgehend reibungslos. Der Vorläufige Ausschuss berichtete auf dem Ersten Bundestag, dass nur bei der „Gewerkschaft der Geistig und Kulturell Schaffenden“ die Wahlen nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden seien und ein

---

<sup>130</sup> Vgl. ebd., Bl. 174.

<sup>131</sup> Vgl. Geschäftsbericht des Bayerischen-Gewerkschaftsbundes 1947, hrsg. v. Vorstand des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 1948, S. 159.

neuer Organisationsausschuss zur Wiederholung der Wahlen eingesetzt worden sei. Die Wahlvorgänge der anderen Landesgewerkschaften waren dagegen mit einer Wahlbeteiligung zwischen 60 % und 70 % und einer Zustimmung von über 90 % erfolgreich.<sup>132</sup>

Insgesamt wurden in Bayern diese 13 Landesgewerkschaften mit dem folgenden Vorsitzenden im Sommer und Herbst 1946 in Bayern gegründet:

1. Baugewerksbund (später: IG Bau, Steine, Erden): Franz Wolf.
2. IG Bergbau und Hütten: Andreas Piehler.
3. IG Chemie und Leder (später: IG Chemie, Leder und Keramik): Theodor Lederer.
4. IG Druck und Papier: Karl Röhrle.
5. IG Holz: Josef Gomolka.
6. IG Metall: Alois Wöhrle.
7. IG Nahrungs- und Genussmittel (später: IG Nahrung – Genuss – Gaststätten): Georg Fiedlerl.
8. IG Textil, Bekleidung und Reinigung: Max Söldner.
9. Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft: Hans Hörner.
10. Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Transport und privater Verkehr: Georg Gschrei.
11. Gewerkschaft Öffentlicher Verkehr, Bahn und Post<sup>133</sup>: Leonhard Horlacher.

---

<sup>132</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 26-27.

<sup>133</sup> Die Gewerkschaft Öffentlicher Verkehr, Bahn und Post spaltete sich später in je eine Gewerkschaft für Bahnangestellte und eine für Postangestellte, so dass die Zahl auf insgesamt 14 Landesgewerkschaften anwuchs.

12. Gewerkschaft Privatangestellte (später: Bayerischer  
Angestellten-Verband): Ambros Meyer

13. Gewerkschaft Geistig und Kulturell Schaffender: Oskar  
Embacher.<sup>134</sup>

Nach Gründung der Landesgewerkschaften konnte der letzte Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen Gewerkschaftsbund für Bayern erfolgen. Dafür berief der Vorläufige Ausschuss den Ersten ordentlichen Kongress der Landesgewerkschaften Bayern vom 27.-29. März 1947 in München ein.<sup>135</sup> Neben den von den Landesgewerkschaften auf ihren Verbandstagen gewählten 355 Delegierten, den Mitgliedern des Vorläufigen Ausschusses und den Vorsitzenden der Landesgewerkschaften<sup>136</sup> nahmen viele geladene Gäste teil, darunter Clarence M. Bolds, Chef der Arbeitsabteilung der Militärregierung für Bayern, Walter J. Muller, Direktor des Amtes der Militärregierung für Bayern, der bayerische Landtagspräsident Dr. Michael Horlacher und der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard.<sup>137</sup> General Lucius D. Clay, Militärgouverneur der US-Zone, konnte zwar nicht anwesend sein, da er auf einer Konferenz in Moskau war, schickte aber ein Telegramm mit den besten Wünschen zum Kongress.<sup>138</sup> Sowohl das Telegramm als auch die umfangreichen Gästelisten und das Erscheinen von hohen Politikern zeugen davon, dass der Kongress als wichtiges Element im politischen Leben angesehen wurde.

---

<sup>134</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung,, Erster Jahrgang, Nr. 9/1946, vom 20.12.1946.

<sup>135</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, Zweiter Jahrgang, 3/47, vom 20.01.1947.

<sup>136</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 126-129.

<sup>137</sup> Vgl. ebd., S. 187-188.

<sup>138</sup> Vgl. ebd., S. 47-48.

Neben der Konstituierung des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes als Dachverband der Landesgewerkschaften wurden auf dem Kongress auch erste Entschlüsse über die Einstellung der Gewerkschaften zu Punkten wie Wirtschaft, Arbeitsrecht, Flüchtlingsfragen, Verwaltung des ehemaligen Gewerkschaftsvermögens, der Sozialversicherung und Entnazifizierung gemacht.<sup>139</sup> Mit diesen Entschlüssen vertraten die bayerischen Gewerkschaften nun auch inhaltlich eine Linie.

## 2. Organisatorische Grundsätze des BGB

### 2.1. Der Aufbau des BGB

Mit der Gründung von Industriegewerkschaften und einem Dachverband stellte sich als nächstes die Frage des Verhältnisses beider zueinander. In der Entschlüsselung IX „Zur Organisationsfrage“ vom ersten Bundestag des BGB hieß es, dass „eine allzu starke Aufgliederung der Gewerkschaftsbewegung verhindert und eine Verbindung der Gewerkschaften untereinander gefördert werden“<sup>140</sup> muss. Daher beschloss der Bundestag, dass die Entwicklung und Festigung der Landesgewerkschaften Vorrang gegenüber einem überzonalen Zusammenschluss hätte, auch wenn dieser für die Zukunft begrüßt werden würde.<sup>141</sup>

Einer der wichtigsten Punkte im Verhältnis von Landesgewerkschaften und Bund war § 15 der Satzung, der eine gemeinsame Kassen- und Geschäftsführung festlegte und eine Art Mittler zwischen Industrieverbandsprinzip und dem Prinzip der Zentralgewerkschaft

---

<sup>139</sup> Vgl. ebd., S. 161-172.

<sup>140</sup> Vgl. ebd., S. 168.

<sup>141</sup> Vgl. ebd., S. 168.



bildete. Dies bedeutete, dass die Industriegewerkschaften formell und politisch unabhängig waren. Sie konnten unter anderem den gewerkschaftlichen Mitgliedsbeitrag selbst festlegen. Andererseits wurde der Bund mit weitreichenden Finanz- und Verwaltungskompetenzen ausgestattet, so dass dieser nicht nur die einzelnen Landesgewerkschaften koordinierte, sondern auch weitgehend selbst politisch und organisatorisch aktiv werden konnte.<sup>142</sup>

Ein weiterer wichtiger Punkt waren die Ortsausschüsse, von denen es insgesamt 77 gab.<sup>143</sup> Diese sollten für eine Stadt oder einen Landkreis gebildet werden und wurden mit einem Vorsitzenden, einem Rechtsschutzbeauftragten und einem Kassierer hauptamtlich besetzt. Diese große Anzahl an Ortsausschüssen hatte eine große Nähe zu den Mitgliedern und Menschen zur Folge, welche nur durch die gemeinsame Kassenführung und den somit finanziell starken BGB möglich war.<sup>144</sup> Diese Nähe zur Basis zeigte Erfolg: die Mitgliederzahl stieg vom 1. Mai 1946 bis zum Dezember 1949 von 250.000<sup>145</sup> Gewerkschaftsmitglieder im BGB auf 809.278<sup>146</sup>.

Als weitere Verwaltungsinstanz wurden insgesamt sieben Bezirksleitungen für die Bezirke Oberbayern, Niederbayern-Oberpfalz, Ober- und Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Nürnberg und München eingerichtet.<sup>147</sup> Höchste Instanz des BGB und beschlussfassendes Organ war der Bundestag. Die Geschäftsführung

---

<sup>142</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 138.

<sup>143</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, 2/1949, Zweite-Januar-Hälfte.

<sup>144</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 139.

<sup>145</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 31.

<sup>146</sup> Vgl. Geschäftsbericht des Bayerischen-Gewerkschaftsbundes 1949, hrsg. v. Vorstand des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 1950, S. 7.

<sup>147</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 190-192.

sollte ein vom Bundestag gewählter Bundesvorstand, bestehend aus einem Präsidenten, einem Stellvertreter, einem Generalsekretär sowie sechs ehrenamtlichen Beisitzern, gewählt für jeweils ein Jahr, übernehmen, der dem Bundesausschuss unterstand, welcher das zweithöchste Gremium bildete. Der Bundesausschuss bestand aus dem Bundesvorstand und den Vertretern der einzelnen Landesgewerkschaften.<sup>148</sup>

Der geschäftsführende Bundesvorstand musste zur Übernahme der Geschäfte auf dem ersten Kongress gewählt werden. Für das Amt des Präsidenten wurde ausgemacht, dass derjenige mit den meisten Stimmen Präsident werden würde und der Zweitplatzierte sein Stellvertreter. Mit 291 Stimmen für Lorenz Hagen und 257 Stimmen für Gustav Schiefer von insgesamt 714 Stimmen (jeder Delegierte durfte zwei Namen auf den Wahlzettel schreiben, auch wenn 62 Delegierte nur einen Namen nannten) fiel das Votum deutlich aus. Für das Amt des Generalsekretärs trat einzig Georg Reiter an, der 335 von 340 gültigen Stimmen auf sich vereinigte. Ehrenamtliche Beisitzer wurden die, wie auch Lorenz Hagen, Gustav Schiefer und Georg Reuter, schon im Vorläufigen Ausschuss arbeitenden Käthi Sand, als Frauenvertreterin, Leonhard Burger und Josef Schilling. Zusätzlich zu diesen dreien wurden noch Johann Ambeger, Josef Pletz und Heinrich Schmitt gewählt.<sup>149</sup>

Gustav Schiefer, Lorenz Hagen und Georg Reuter wurden als führende Köpfe des BGB auch in den folgenden Jahren auf den Bundestagen wieder gewählt. Erweitert wurde diese Führungsriege 1948 durch Max Wönner, der das neu eingeführte Amt des stellvertretenden

---

<sup>148</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 141.

<sup>149</sup> Vgl. ebd., S. 143-145.

Generalsekretärs übernahm,<sup>150</sup> da sich Georg Reuter beurlauben ließ, um für den Gewerkschaftsrat der Vereinten Zonen in Frankfurt arbeiten zu können.

## 2.2. Die Bundestage

Den Mittelpunkt der Gewerkschaften, so lässt sich den Protokollen entnehmen, bildeten die Bundestage des Bayerischen Gewerkschaftsbundes. Diese fanden jährlich in der „Großküche“ in der Rosenheimer Straße in München statt, genau wie schon der Erste außerordentliche Kongreß der bayerischen Gewerkschaften im Jahr 1946. Insgesamt gab es drei Bundestage des BGB. Der Erste ist gleichzusetzen mit dem Ersten ordentlichen Kongress der Landesgewerkschaften, da sich der Kongress nach Bestätigung der Satzung und Wahl des Bundesvorstandes umbenannte. Die Bundestage zwei und drei waren vom 23.-26. August 1948 und vom 13.-14. September 1949.

Die Bundestage bilden insofern einen wichtigen Punkt innerhalb des BGB, als dass sie die jeweils einzige Großversammlung der bayerischen Gewerkschaftsmitglieder waren, auch wenn die Zahl der Delegierten von 355 im Jahr 1947 auf 265 in den späteren Jahren sank.<sup>151</sup> Die Kernpunkte dieser Versammlungen bildeten zum einen das Resümee über das vergangene und zum anderen die politische Ausrichtung des BGB für das kommende Jahr. Diese Ausrichtung wurde abschließend in entsprechenden Entschlüssen zu einzelnen organisatorischen und politischen Punkten festgehalten. Der Vorteil der Bundestage war, dass die Delegierten direkt von der gewerkschaftlichen Basis kamen und deren Meinung vertraten oder auch Änderungsanträge, über die

---

<sup>150</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, München 23.-26. August 1948, S. 290.

<sup>151</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000131, Bl. 20-21.

abgestimmt wurde, in deren Sinn stellten. So war es möglich, ein Stimmungsbild der gesamten Gewerkschaft zu erstellen und dieses mit in die politische Ausrichtung einfließen zu lassen. Dass Vorstand und Basis nicht immer auf einer Linie lagen und es zu Diskussionen kam, war die natürliche Konsequenz daraus.

Besonders die ersten beiden Bundestage waren mit 16<sup>152</sup> bzw. 12<sup>153</sup> Entschließungen wichtig für die politische Ausrichtung des BGB. Der Dritte fällt dagegen mit nur einer Entschlieung<sup>154</sup> heraus, da dieser nur noch dazu diente, die Auflösung des BGB und den Übergang in den DGB zu beschließen.

## 2.3. Das Personal

Das Personal des BGB blieb, zumindest bei den Hauptpersonen in den Führungsgremien, von 1945 bis 1949 immer identisch: Lorenz Hagen, Gustav Schiefer, Georg Reuter und nachdem 1948 das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs geschaffen wurde, Max Wönner. Daher bietet sich nun an, kurz auf die Lebensläufe dieser entscheidenden Persönlichkeiten zu blicken. Lorenz Hagen wurde 1885 geboren und war Metallarbeiter. Vor seiner Inhaftierung in den Jahren 1938-1940 und 1944 in Buchenwald und Dachau war er Betriebsrat bei Siemens-Schuckert in Nürnberg und von 1928-1933 Vorsitzender des ADGB Nürnberg. Ab 1945 war Hagen mageblich am Aufbau der Gewerkschaften in Nürnberg beteiligt, knüpfte aber schon frühzeitig Kontakte nach München.

---

<sup>152</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Kongrees der Landesgewerkschaften Bayerns, S. 172.

<sup>153</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 203.

<sup>154</sup> Vgl. Protokoll des Dritten ordentlichen Bundestags des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 13.-14. September 1949, S.246.

Gustav Schiefer, geboren 1876, kam aus dem Holzarbeiterverband, war bereits seit 1911 Gewerkschaftsfunktionär und von 1919-1933 Vorsitzender des ADGB München. 1944 wurde er für drei Monate in Dachau inhaftiert. Gleichzeitig war er Mitglied der SPD und von 1923-1933 und 1945-1952 im Münchener Stadtrat. 1946 wurde er Mitglied der bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung. Ebenso war er aktiv beteiligt am Aufbau der Münchener Gewerkschaftsbewegung und war bereits im „Komitee der 60“ vertreten. Georg Reuter wurde 1902 geboren und wurde 1933 Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Warenverkehrs. Während der Jahre 1933-1945 wurde er aus politischen und rassistischen Gründen verfolgt. 1946 kam er nach München und spielte eine führende Rolle beim Aufbau des BGB. Die Satzung und die gemeinsame Kassenführung beruhten hauptsächlich auf seinen Ideen. Auch in der interzonalen gewerkschaftlichen Politik spielte er eine wichtige Rolle, wie beispielsweise an seiner Berufung zum bizonalen Gewerkschaftsrat nach Frankfurt zu sehen ist.<sup>155</sup>

Max Wönner, geboren 1896, wurde bereits mit 15 Jahren als Schlosser Gewerkschaftsmitglied und war seit 1917 Mitglied der SPD. In den Jahren 1926/1927 besuchte er die Akademie der Arbeit und die englische Arbeiterhochschule Ficecroft College in Birmingham. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte er sich sofort wieder gewerkschaftlich und wurde Vorsitzender des Ortsausschusses München bis er 1948 stellvertretender Generalsekretär des BGB wurde.<sup>156</sup>

---

<sup>155</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 169-171.

<sup>156</sup> Vgl. <http://www.munzinger.de/search/document?coll=mol-00&id=00000004355&type=text/html&qid=query->

Auffallend an diesen Lebensläufen ist, dass von den vier Hauptpersönlichkeiten des BGB Lorenz Hagen und Gustav Schiefer, aber auch Georg Reuter und Max Wönner aus derselben Generation stammen. Besonders Lorenz Hagen, Gustav Schiefer und Georg Reuter waren darüber hinaus schon während der Weimarer Republik in führenden Positionen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Einzig Max Wönner nicht, er war nur einfaches Gewerkschaftsmitglied. Der Bayerische Gewerkschafts-Bund setzte bei seinem Führungspersonal also auf langjährige Gewerkschaftsmitglieder, die, bis auf Max Wönner, Führungserfahrung besaßen. Es war somit nicht so, dass auf neue Männer in der Gewerkschaftsbewegung gesetzt wurde, vielmehr wurde den erfahrenen Kräften vertraut.

## 2.4. Die gemeinsame Kassenführung

An dieser Stelle soll noch einmal auf die gemeinsame Kassenführung des BGB und der Landesgewerkschaften eingegangen werden, da dies der zentrale Organisationspunkt innerhalb des BGBs war und auch bei seiner Auflösung noch einmal eine Rolle spielte, da der BGB der einzige Gewerkschaftsbund in Deutschland war, der ein solches Prinzip besaß. Den Mittelpunkt der gemeinsamen Kassenführung bildeten die einzelnen Ortsausschüsse, nachdem diese von den Bezirksleitungen organisiert worden waren. Wie bereits erwähnt, bestanden die meisten Ortsausschüsse aus einem hauptamtlichen Funktionär, einem Rechtsstellenleiter und einem Kassierer, die allesamt Angestellte des Bundes waren. Deren Aufgabe war es, Mitgliedschaftsbeiträge aller Landesgewerkschaften, die ihren jeweiligen Mitgliedsbetrag in der Höhe selbst bestimmen konnten, zu kassieren und zu verwalten. Ab 1.

Mai 1948 übernahmen die Ortsausschüsse auch die Verwaltung und Auszahlungen von Unterstützungen, wie im Falle von Streiks oder Unterstützungen nach Todesfällen.<sup>157</sup>

Die von den Mitgliedern eingezogenen Beiträge wurden schließlich folgendermaßen aufgeschlüsselt: 25 % dienten zur Finanzierung des Bundes, weitere 25 % wurden als Unterstützungsreserve beim Bund zurückgelegt, allerdings mit getrennten Konten für die einzelnen Landesgewerkschaften, 15 % dienten dem Bundesvorstand zur Bildung eines Solidaritätsfonds<sup>158</sup> und die restlichen 35 % wurden aufgesplittet und gingen als Einnahmen in Höhe von 20 % an die Vorstände der Landesgewerkschaften und in Höhe von 15 % an die Ortsverwaltungen der Landesgewerkschaften.<sup>159</sup>

Beim Beschluss der gemeinsamen Kassenführung machte sich in den einzelnen Landesgewerkschaften Skepsis breit. Die IG Metall sah in der gemeinsamen Kassenführung einen Einschnitt der industriegewerkschaftlichen Autonomie. Trotz Vorbehalten solcher Art stimmten die Delegierten für die gemeinsame Kassenführung, nachdem ihnen die weitreichende Selbständigkeit auf dem Gebiet der Tarif- und Lohnverhandlungen zugestanden worden war.<sup>160</sup> Daher schlossen sich auch alle Landesgewerkschaften der Kassenführung an, mit Ausnahme der Eisenbahner und der Gewerkschaft für Post- und Fernmeldewesen, die strikt dagegen waren. Zum 1. Januar 1948 schieden dann noch die

---

<sup>157</sup> Vgl. ebd., S. 147-148.

<sup>158</sup> Die Verwendung des Solidaritätsfonds ist in der Satzung des BGB nicht genau festgelegt worden. Diese sah lediglich vor, dass der Solidaritätsfond „für Bewegungen von allgemeiner Bedeutung, welche größere Teile oder die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder betreffen, oder zur Erfüllung ihrer internationalen Solidaritätsverpflichtungen“ verwendet werden sollte. Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 194.

<sup>159</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 193-194.

<sup>160</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 139.

Gewerkschaften für „Geistig und Kulturell Schaffende“ sowie die „Beamten und Angestelltenfachgruppe der Gewerkschaft öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ aus.<sup>161</sup> Dies bedeutete jedoch nicht, dass sich diese Gewerkschaften nicht an der Finanzierung des Bundes beteiligten. Von ihrem Einkommen mussten sie je 30 % an den Bund und je 15 % für den Solidaritätsfond und die Aufgaben des Bundes abtreten.<sup>162</sup>

Insgesamt zeigte die gemeinsame Kassenführung außerordentliche Erfolge. Zum einen ist hier der schon erwähnte rasche und hohe Anstieg der Mitgliederzahlen des BGB zu nennen, von 250.000 auf 809.278, der nur durch die große Anzahl an Ortsausschüssen und die damit verbundene Nähe zu den Mitgliedern möglich war. Denn nur durch die gemeinsame Kassenführung und der daraus resultierenden hohen Anzahl an Ortsausschüssen, wie Lorenz Hagen auf dem dritten Bundestag sagte, seien auch schwer zu erfassende Gebiete, in denen eine Selbstverwaltung schwierig gewesen wäre, gewachsen und mitgliederstark geworden.<sup>163</sup> Zum anderen brachte die gemeinsame Kassenführung einen Einkommensvorteil nach der Währungsumstellung 1948 gegenüber den Landesgewerkschaften, die nicht an der gemeinsamen Kassenführung teilnahmen, da aufgrund dieser viele Mitglieder kurzzeitig keinen Beitrag zahlten. Die Gewerkschaften, die an der gemeinsamen Kassenführung teilnahmen, nahmen im Schnitt im Juli (Vergleichsmonat Mai=100 %) 56,3 %, im August 94,3 % und im September 95,6 % ihres Einkommens ein. Das machte einen Durchschnitt von 82,07 %. Die anderen Gewerkschaften nahmen dagegen im Schnitt im Juli 73,0 %, im August 70,6 % und im

---

<sup>161</sup> Vgl. ebd., S. 148.

<sup>162</sup> Vgl. Lanig-Heese, Claudia, S. 148.

<sup>163</sup> Vgl. Protokoll des Dritten ordentlichen Bundestags, S. 47-48.



September 86,9 % ein, was einen Mittelwert von 76,83 % ergab. Dies bedeutet also, dass die Gewerkschaften mit der gemeinsamen Kassenführung deutlich weniger von der Währungsumstellung betroffen waren, da ihr Beitragsaufkommen um 5,24 % höher lag als das der übrigen Gewerkschaften.<sup>164</sup>

## 2.5. Gewerkschaften und Betriebsräte

Ein wichtiger Punkt in der Organisation des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes waren die Betriebsräte. Diese waren insofern wichtig, als dass sie den Mittler zwischen der Gewerkschaft und den Arbeitnehmern im Betrieb bildeten. Für den BGB war es daher zwingend notwendig, Einfluss auf die Betriebsräte ausüben zu können, obwohl diese ursprünglich keine Organe der Gewerkschaften waren und die gewählten Betriebsräte keine Gewerkschaftsmitglieder sein mussten. Trotzdem existierte im BGB kein offizielles Programm oder Konzept, inwieweit die Betriebsräte in die gewerkschaftliche Arbeit eingebunden werden sollten.<sup>165</sup> Dies bedeutete jedoch nicht, dass der BGB die Betriebsräte vernachlässigte. So veröffentlichte der BGB 1947 sechs Parolen für die Betriebsratswahlen im März desselben Jahres: 1. Kein Betrieb und keine Verwaltung sollten ohne Betriebsrat sein. 2. Kein Betriebsrat sollte nicht der Gewerkschaft angehören. 3. In jedem Betriebsrat sollte eine Frau sein. 4. Ebenso sollte in jedem

---

<sup>164</sup> Vgl. Geschäftsbericht des Bayerischen-Gewerkschaftsbundes 1948, hrsg. v. Vorstand des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 1949, S. 88.

<sup>165</sup> Claudia Lanig-Heese geht daher sogar davon aus, dass bewusst auf ein solches Programm verzichtet worden ist, da nach ihr der Stellenwert der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit im BGB als gering einzustufen ist. Vgl. Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern, S. 233-234.

Betriebsrat ein Jugendvertreter sein. 5. Der Betriebsrat sollte nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten gewählt werden und 6. sollten nur die fähigsten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Betriebsrat gewählt werden.<sup>166</sup>

Besonders der zweite Punkt dieser Grundsätze zeigt, dass der BGB durchaus Interesse an der Einflussnahme auf die Betriebsräte hatte und versuchte, die ursprüngliche Trennung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft aufzuheben und die Betriebsräte als verlängerten Arm der Gewerkschaft zu institutionalisieren. Größtenteils gelang dies auch. Von 28.000 Betriebsräten im Jahre 1948 waren 24.000, was etwa 85,7 % entsprach, gewerkschaftlich organisiert.<sup>167</sup> Mit dieser Politik der Integration der Betriebsräte in die Gewerkschaft lag der BGB auf einer Linie mit der Militärregierung. Denn im Zuge der „free trade unionism“-Politik lag es in ihrem Interesse, Gewerkschaft und Betriebsrat zu verknüpfen.<sup>168</sup>

Darüber hinaus kümmerte sich der BGB um Probleme bei den Betriebsratswahlen. Für die Wahlen setzte der BGB einen Ausschuss ein, vor dem Probleme während des Wahlvorganges erläutert werden und Einspruch gegen das Wahlergebnis eingelegt werden konnte. Für die Betriebsratswahlen 1948 verhandelte dieser Ausschuss 40 Einsprüche, von denen 18 als gerechtfertigt anerkannt wurden und zu Neuwahlen führten.<sup>169</sup> Auch konnten Betriebsräte sich mit ihren Problemen an den BGB wenden, wovon ab und an auch in der Gewerkschafts-Zeitung berichtet worden ist. Einer von mehreren Fällen, in denen es meistens um Konflikte zwischen

---

<sup>166</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, 5/47, vom 20.03.1947.

<sup>167</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 90.

<sup>168</sup> Vgl. Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 178.

<sup>169</sup> Vgl. Geschäftsbericht des Bayerischen-Gewerkschaftsbundes 1947, S. 85-86.

Unternehmensleitung und Betriebsrat ging, spielte sich beispielsweise im April 1947 in einem Betrieb in Oberbayern ab. Hier verbot die Unternehmensleitung den Frauen, in die Gewerkschaft einzutreten und auch an betrieblichen Versammlungen teilzunehmen. Sogar die gewählte Betriebsrätin durfte diesen nicht beiwohnen. Nach Einsatz des BGB konnte die Unternehmensleitung zu einem Umdenken angeregt werden.<sup>170</sup>

Ein weiteres Anliegen des BGB war es, das Betriebsrätewesen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, da bisher nur ein vom Alliierten Kontrollrat erlassenes Betriebsrätegesetz (Gesetz Nr. 22) vom 10. April 1946 gültig war, welches nach Ansicht des BGB nicht ausreichend war. Es regelte zwar die Aufgabenbereiche der Betriebsräte, nach denen sie über die Anwendung von Tarifverträgen und Betriebsordnungen im Betrieb verhandeln und Vorschläge zur Verbesserung der Produktion machen durften, Beschwerden zu untersuchen und soziale Einrichtung innerhalb des Betriebs zu schaffen hatten, und setzte mit Artikel VII fest, dass die Betriebsräte ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit den anerkannten Gewerkschaften auszuführen hätten. Die Formulierungen blieben allerdings vage und unkonkret. Den Knackpunkt des Gesetzes bildete schließlich Artikel V.2., in dem es hieß, „[d]ie Betriebsräte bestimmen im Rahmen dieses Gesetzes selbst ihre Aufgaben im Einzelnen und die dabei zu befolgenden Verfahren.“<sup>171</sup> Das bedeutete, dass die Betriebsräte ihre genauen Aufgaben innerhalb der vagen Formulierungen des Gesetzes selbst ausloten mussten.

---

<sup>170</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, 11/47, vom 10.06.1947.

<sup>171</sup> Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrats (Gesetz Nr. 22 vom 10., April 1946) (Dok.23), in: Von den Arbeiterausschüssen zum Betriebsverfassungsgesetz, hrsg. v. Werner Milert/Wolfgang Tschirbs, S. 164.

Daher stieß das Gesetz auf erheblichen Widerstand, da viele sich ein Gesetz wie das Betriebsrätegesetz von 1920 erhofft hatten, in dem die Aufgaben und Vorgehensweisen der Betriebsräte genau festgelegt worden waren.<sup>172</sup> Von einigen Gewerkschaftern wurde es sogar als großer Rückschritt aufgefasst, da für sie darin schon errungene Rechte nicht mehr ausführlich gesichert wurden.<sup>173</sup> In eine ähnliche Richtung äußerte sich in einer Rede am 31. März 1947 Alois Wöhrle, der sagte, dass viele sich versprochen hatten, dass sich das Betriebsrätegesetz an das von 1920 anlehne und die Rechte der Arbeiterklasse durch den Kampf gegen den Nationalsozialismus größer werden würden. Dennoch versuchte er, dem Gesetz auch Positives abzugewinnen, denn durch die ungenau definierten Aufgaben läge es an jedem Einzelnen, ob er in der Lage sei, das Gesetz zu nutzen.<sup>174</sup> Aus dieser Möglichkeit heraus legte die IG Metall die Kompetenzen der Betriebsräte auf andere Art und Weise fest: Sie versuchte, in den Tarifverträgen Rechte der Betriebsräte zu vereinbaren und festzulegen – ein Verhalten, was der BGB ausdrücklich lobte.<sup>175</sup>

Aufgrund der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Gesetz des Kontrollrats sah sich der BGB dazu gezwungen, sich dafür einzusetzen, dass die bayerische Landesregierung ein für das Land Bayern ausführliches und gültiges Betriebsrätegesetz erlassen sollte. Dabei berief sich der BGB auf Artikel 175 der Bayerischen Staatsverfassung, der die Schaffung eines solchen Gesetzes vorsah.<sup>176</sup> In diesem Gesetz sollten für den BGB schließlich ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht

---

<sup>172</sup> Vgl. Kleßmann, Christoph: Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1953, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5 (1979), S. 54.

<sup>173</sup> Vgl. Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung, S. 90.

<sup>174</sup> Vgl. IGM NL Wöhrle 5/IGMA45420203.

<sup>175</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 121-123.

<sup>176</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestages, S. 299.

der Arbeitnehmer in allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebs, die Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes auf alle Arbeiter, Angestellten und Beamten und auch die Einbeziehung der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen in diesen umgesetzt werden.<sup>177</sup> Der Bayerische Gewerkschafts-Bund schaffte es allerdings nicht, diese Forderungen zu verwirklichen, denn ein Bayerisches Betriebsrätegesetz trat erst am 15. Oktober 1950, und somit nach seiner Auflösung, in Kraft.<sup>178</sup>

## 2.6. Frauen und Jugend im BGB

Auch die Frauen und die Jugend für die Gewerkschaft zu gewinnen und in ihr zu organisieren, war von Beginn an ein Ziel des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes. Die hohe Zahl an Frauen nach dem Krieg, es kamen in Bayern 124 Frauen auf 100 Männer,<sup>179</sup> sowie ein Anteil von 42 % Arbeitnehmerinnen<sup>180</sup> in der Arbeitswelt waren die Gründe für die aktive Frauenarbeit des BGB. So gab es bereits ab Januar 1947 ein eigenes Frauensekretariat mit zwei hauptamtlichen Mitarbeiterinnen. Ihre Aufgaben war es, Frauen als Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen.<sup>181</sup> Bis Anfang 1947 waren 50.000 Frauen in den bayerischen

---

<sup>177</sup> Vgl. ebd., S. 299.

<sup>178</sup> Vgl. Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung, S. 164.

<sup>179</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 110.

<sup>180</sup> Vgl. Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, Organ des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, 1. Jahrgang, Nr. 7/48, 1. Junihälfte 1948.

<sup>181</sup> Vgl. Schneider, Linda: Gewerkschaftliche Frauenbildungsarbeit im DGB Bayern nach 1945. Der Beitrag Margarete Kempes, in: Paul Ciupke / Karin Derichs-Kunstmann (Hrsg.): Zwischen Emanzipation und „besonderer Kulturaufgabe der Frau“. Frauenbildung in der Geschichte der Erwachsenenbildung (Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 13), Essen 2001, S. 263-264.

Gewerkschaften organisiert. Die Zahl stieg bis zum Erscheinen des Geschäftsberichts des Jahres 1947 im Jahr 1948 auf 150.000 weibliche Mitglieder.<sup>182</sup> Um die Anzahl der Frauen im BGB zu erhöhen, beschloss der zweite Bundestag die Förderung zum Aufbau von Frauenausschüssen in den jeweiligen Ortsausschüssen.<sup>183</sup> Denn bis Ende 1947 hatte es lediglich 20 solcher Frauenausschüsse gegeben.<sup>184</sup> Eine wichtige Rolle bei der Gewinnung von weiblichen Mitgliedern nahm Margarete Kempe ein, die sehr viele Veranstaltungen nur für Frauen organisierte, um diese für den BGB zu gewinnen. Dabei hatte Margarete Kempe bereits früh nach dem Krieg erfahren, wie schwierig immer noch die Stellung der Frau ist. Als sie als Geschäftsführerin der Gewerkschaft in Weißenburg arbeitete, musste sie diese Position schnell wiederaufgeben. Denn man war vor Ort der Meinung, dass ein Mann diese Aufgabe besser erfüllen würde, weil er insbesondere bei den Arbeitern im Bereich der Marmor- und Steinbrucharbeiter, die die Solnhofener Platten abbauten, mehr Erfolge erzielen könnte.<sup>185</sup> Bereits im September 1947 wurde eine regelmäßig stattfindende Frauenkonferenz eingeführt, die sich mit Themen wie der Frau im Wirtschaftsleben oder dem Arbeitsschutz für die Frau beschäftigte und die Anträge an den BGB-Bundesvorstand stellen konnte. Auf dieser Konferenz wurde die Einrichtung von Vertrauensstellen beschlossen, an die sich Frauen mit ihren Problemen wenden sollten.<sup>186</sup> Unterstützt

---

<sup>182</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 111.

<sup>183</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 300.

<sup>184</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 111.

<sup>185</sup> Vgl. Margarete Kempe, Frauenarbeit in der Gewerkschaft, S. 211-212.

<sup>186</sup> Vgl. ebd., S. 112, auch: Schneider, Linda: Frauenpolitik des DGB in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Stellung der Frau innerhalb der Gewerkschaften 1945-1960, Magisterarbeit, unveröffentlicht, Univ. München 1997, S. 29-31.

wurden diese Konferenzen von einem Frauensekretariat, welches bereits seit 1946 existierte, und sich um die Organisation von Frauen im BGB sowie die Gewinnung weiblicher Mitglieder kümmerte. Geleitet wurde es von Erika Vogel.<sup>187</sup> Ab 1946 gab es ebenfalls bereits erste Fortbildungsmöglichkeiten für die Frauen in der Gewerkschaft im Seminarhaus in Hof. Diese Bestrebungen wurden ab September 1948 intensiviert. In den Schulungsräumen in Kochel am See wurden fortan Seminare für Frauen angeboten, die sich mit den Verhältnissen und speziellen Bedürfnissen der Frauen in der Arbeitswelt befassten.<sup>188</sup>

Um die Anliegen der Frauen innerhalb des Bayerischen Gewerkschaftsbundes zu stärken, wurde zum 1. Juni 1949 ein Landesfrauenausschuss gegründet. Dieser konnte allerdings nur zweimal zusammentreten bevor der BGB im DGB aufging. Eine Wirkung erzielte der Ausschuss daher nicht mehr.<sup>189</sup>

Der Grund für eine aktive Jugendorganisation des BGB liegt darin, dass er „[...]die Erziehung der deutschen Jugend zu demokratischer Staatsauffassung, zu aktiver demokratischer Betätigung, die Erziehung im Geiste der Völkerverständigung und zur Zusammenarbeit der Völker“<sup>190</sup> als einer seiner wichtigsten Aufgaben ansah. Zur besseren Organisation wurde die Jugend, ähnlich dem Aufbau des BGB, anhand des Prinzips der Landesgewerkschaften vom Ortsausschuss bis hin zur Landesjugendkonferenz, die mit dem Landesjugendausschuss das höchste Gremium wählte, organisiert. Ebenso wie der Landesfrauenausschuss konnte der

---

<sup>187</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 36, auch: Schneider, Linda: Frauenpolitik des DGB, S. 29.

<sup>188</sup> Vgl. Margarete Kempe, Frauenarbeit in der Gewerkschaft, S. 214, auch: Schneider, Linda: Frauenpolitik des DGB, S. 30.

<sup>189</sup> Vgl. Schneider, Linda: Frauenpolitik des DGB, S. 31

<sup>190</sup> Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 164.

Landesjugendausschuss Anträge an den Bundesvorstand des BGB zum Zwecke seiner Ziele stellen.<sup>191</sup> Die Erziehung der Jugend sollte hauptsächlich in den Ortsausschüssen stattfinden. Dazu wurden Heimatabende mit Spielen, Diskussionen, Musik und Vorträgen veranstaltet.<sup>192</sup>

Sowohl die Frauen als auch die Jugend hatten über den Landesfrauenbeziehungsweise den Landesjugendausschuss hinaus noch eine weitere Möglichkeit, aktiv an der Politik des BGB teilzuhaben. In den Bundesvorstand wurden als Beisitzer jeweils immer ein Vertreter der Frauen und ein Vertreter der Jugend gewählt, um deren Belange vertreten zu können.<sup>193</sup> Eine solche Stellung der Frauen und der Jugend im Vorstand versuchte der BGB bei der Gründung des überzonalen Deutschen Gewerkschafts-Bundes (DGB) durchzusetzen. Sein Antrag wurde jedoch abgelehnt.<sup>194</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Bayerische Gewerkschafts-Bund im Bereich der Organisation der Frauen und des Einflusses dieser innerhalb einer Organisation für die Nachkriegsjahre sehr fortschrittlich agierte, besonders im Vergleich zu den Gewerkschaften der Weimarer Republik und dem zukünftigen DGB, in denen die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Aktivität für die Frau nur wenig bis gar nicht vorhanden war.<sup>195</sup>

---

<sup>191</sup> Vgl. ebd., S. 165-166.

<sup>192</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 172.

<sup>193</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 288-290.

<sup>194</sup> Vgl. Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, München 12.-14. Oktober 1949, S. 350.

<sup>195</sup> Für eine Analyse der gewerkschaftlichen Stellung der Frau während der Weimarer Republik und im DGB vgl.: Losseff-Tillmann, Gisela: Frauenemanzipation und Gewerkschaften (1800-1975), Bochum, Univ., Diss., 1975.



### 3. Innere Probleme der Jahre 1948/1949

In den Jahren 1948/1949 kamen auf den Bayerischen Gewerkschaftsbund zwei Probleme zu. Dabei ging es zum einen darum, die Währungsreform des Jahres 1948 möglichst gut zu überstehen, und zum anderen entstand ein Konflikt innerhalb des Bundesvorstandes während der Jahre 1948 und 1949.

#### 3.1. Die Währungsreform

Nachdem der BGB von der baldigen Währungsumstellung in den westlichen Besatzungszonen wusste, leitete er mit Beschlüssen des Bundesausschusses bereits am 7. Juni 1948 erste organisatorische Maßnahmen ein, um auf die Währungsreform vorbereitet zu sein. So sollten am 10. und 11. Juni alle Beitragsmarken der Mitglieder eingesammelt, alte Schulden festgestellt und beglichen, Dienstreisen eingeschränkt, und Spesen abgerechnet werden. Darüber hinaus wurde ein Urlaubsverbot für alle Funktionäre des BGB angeordnet und sämtliche Gewerkschaftsangestellte sollten die jeweils ersten und letzten Nachrichten des Tages hören, um über Vorgänge zur Währungsreform informiert zu sein.<sup>196</sup> Weiterführende Richtlinien legte der Bundesvorstand schließlich am 14. Juni fest. In diesen gab der BGB bekannt, dass er die möglichen 60 DM für jeden Angestellten, welche jeder Betrieb beantragen konnte, um die Löhne der Angestellten nach der Währungsreform zunächst weiterzahlen zu können, ebenfalls in Anspruch nehmen würde. Dies würde er aber nur für seine direkten Angestellten machen, für die Angestellten der Landesgewerkschaften

---

<sup>196</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 67-68.

würde er den Antrag nicht stellen. Es dürfe auf keinen Fall, gab der BGB bekannt, zu Entlassungen oder zum Verzug bei der Lohnauszahlung wegen nicht-flüssigen Mitteln kommen.<sup>197</sup>

Direkt nach Durchführung der Währungsreform rief der Bundesvorstand die Ortsausschüsse zur Sparsamkeit auf: Zeitungsabonnements sollten auf nur eine Zeitung gekürzt, Orts- und Ferngespräche beschränkt, um Porto zu sparen, Post an den BGB nur als Sammelpost und außerordentliche Ausgaben nur nach Genehmigung des BGB gemacht werden. Außerdem wurde der Etat für notwendige Anschaffungen gekürzt.<sup>198</sup>

Dass Sparmaßnahmen notwendig waren, zeigt der Rückgang der Beiträge. Denn mit dem Mai 1948 (=100 %) als Vergleichswert, nahm der BGB im Juli nur 56,3 %, im August 94, 3 % und im September 95,6 % der eigentlichen Gewerkschaftsbeiträge ein.<sup>199</sup>

Dennoch waren die Vorbereitungen vor der Währungsreform und die Sparmaßnahmen im Anschluss an diese nicht ausreichend. Der BGB-Bundeshaushalt wies nach der Währungsreform ein Defizit von 500.000 DM auf. Um dieses Defizit und damit den Bundeshaushalt auszugleichen, griff er auf den Solidaritätsfond zurück und entnahm diesem, mit dem Vorsatz der schnellstmöglichen Rückzahlung, das benötigte Geld.<sup>200</sup>

---

<sup>197</sup> Vgl. ebd., S. 71.

<sup>198</sup> Vgl. ebd., S. 73-76.

<sup>199</sup> Vgl. ebd., S. 88.

<sup>200</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000131.

### 3.2. Der Wönner-Reuter-Konflikt

In den Jahren 1948/1949 entstand im Bundesvorstand ein Konflikt, der im Gegensatz zu den durch die Währungsreform hervorgerufenen Problemen nicht von Außen an den BGB herangetragen wurde. Ausgangspunkt dieses Konflikts war der Wechsel Georg Reuters zum Gewerkschaftsrat nach Frankfurt und die damit verbundene vorübergehende Beurlaubung seinerseits als Generalsekretär des BGB, sowie die Einführung des Amtes des stellvertretenden Generalsekretärs, in das Max Wönner gewählt wurde, um Georg Reuters Aufgaben innerhalb des BGB zu übernehmen. Zwischen eben diesen beiden fand der Konflikt statt.

Dabei ist der Grund für diesen Konflikt in den Quellen nicht auszumachen. Erschwerend kommt hinzu, dass nur die Sichtweise Reuters in den Quellen vorhanden ist. Überlieferungen Max Wönners sind nicht vorhanden. Dennoch lassen sich immer wieder Konflikte zwischen diesen beiden feststellen.

Der erste Konflikt, der sich ausmachen lässt, war im August 1948, also kurz nach Reuters Wechsel zum Gewerkschaftsrat in Frankfurt. Georg Reuter stattete der Bundesschule des BGB in Kochel am See einen Besuch ab, woraufhin sich Max Wönner bei ihm meldete und sagte, er wundere sich über den Besuch, da seine Aufgaben doch ruhen würden und er deswegen das nächste Mal den Bundesvorstand informieren solle, wenn er einen Besuch in einer Institution des Bundes beabsichtige.<sup>201</sup> Daraufhin beschwerte sich Reuter beim Bundesvorstand über diese Forderung Wönners, weil er nicht in offizieller Funktion anwesend gewesen wäre und aufgrund seiner

---

<sup>201</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000078, Bl. 351.

Beurlaubung momentan keine Entscheidungen treffen würde, da er für klare Kompetenztrennung sei.<sup>202</sup> Diese kleine Auseinandersetzung endete ohne Ergebnis.

Vor der Bundestagswahl 1949 kam es zu weiteren Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden. Der BGB hatte ein Mindestprogramm<sup>203</sup> aufgestellt, welches die bayerischen Direktkandidaten für den deutschen Bundestag in Bonn unterzeichnen sollten. Um seinen Mitgliedern zu zeigen, welche Kandidaten das Programm unterzeichnet hatten, ließ der BGB Plakate mit den Namen der Unterzeichner aufhängen. Diese Maßnahme stieß bei Georg Reuter auf Widerstand. Er sagte, Wönner habe die Plakate eigenmächtig drucken und aufhängen lassen, ohne mit dem Bundesvorstand, Lorenz Hagen oder Gustav Schiefer Rücksprache gehalten zu haben. Als Argument gegen eine Plakatierung benannte Reuter, dass auch Kommunisten das Mindestprogramm unterzeichnet hätten und sie daher auf den Plakaten stünden, aber Werbung für die KPD nicht gemacht werden dürfe. Trotz Reuters Einspruch blieben die Plakate hängen.<sup>204</sup>

Wie tief die Abneigung zwischen Reuter und Wönner war, zeigt ein anderer Punkt, der auch im Zusammenhang mit der Bundestagswahl von 1949 stand, allerdings nicht direkt mit dem Bayerischen Gewerkschafts-Bund etwas zu tun hatte, aber doch exemplarisch für den Konflikt der beiden ist. Aus den in diesem Zusammenhang fallenden Aussagen können zusätzlich weitere Informationen über das Verhältnis innerhalb des Bundesvorstands gezogen werden.

---

<sup>202</sup> Vgl. ebd., Bl. 253.

<sup>203</sup> Auf das Mindestprogramm des BGB wird an anderer Stelle der Arbeit genauer eingegangen, da dies an diesem Punkt nicht im Vordergrund stehen soll.

<sup>204</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000078, Bl. 369.

Wönner und Reuter waren Mitglieder der SPD in Bayern und sollten beide für den neu zu wählenden Bundestag kandidieren. Reuter sollte dafür im Wahlkreis Erlangen antreten und auf der Landesliste stehen. Er weigerte sich gegen eine mögliche Kandidatur, da auch Wönner auf der Landesliste stand und mit Position 2 auf der Liste vor Reuter lag. Er würde nicht kandidieren, solange Wönner vor ihm auf der Liste stünde. Um seine Position auf der Liste zu verbessern, schrieb Reuter einen Brief an den Landesverband der SPD in Bayern und argumentierte gegen die gute Platzierung Wönners. Er äußerte sich dahingehend, gute Arbeit beim gewerkschaftlichen Wiederaufbau und im BGB geleistet zu haben und dass Wönner zusammen mit den Kommunisten des Ortsausschusses München gegen seine Arbeit vorgegangen sei. Darüber hinaus sei Wönner, kurz nachdem er, Reuter, nach Frankfurt gewechselt war, zu ihm gekommen und habe gesagt, er solle gegen Lorenz Hagen und Gustav Schiefer vorgehen, weil er, Wönner, mit diesen nicht zusammenarbeiten könne. Weiter gab Reuter an, er habe Wönner gesagt, er täte dies gewiss nicht, da es verdiente Gewerkschaftsmitglieder seien. Aufgrund dieser Vorkommnisse, so Reuter schließlich, verbiete es ihm sein Ehrgefühl, hinter Wönner auf der Landesliste zu stehen.<sup>205</sup>

Es scheint also große Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bundesvorstandes zwischen Georg Reuter und Max Wönner gegeben zu haben.

Worin diese begründet waren, lässt sich nur vermuten. Dass Max Wönner Georg Reuter aufforderte, Lorenz Hagen und Gustav Schiefer zu entlassen, könnte daran liegen, dass Max Wönner einer anderen Generation entsprang und er deswegen mit den beiden deutlich älteren Gustav Schiefer und Lorenz Hagen, aufgrund unterschiedlicher

---

<sup>205</sup> Vgl. ebd., Bl. 253-255.

Vorstellungen und Erfahrungen, nicht politisch wirksam zusammenarbeiten konnte. Unterschiedliche Vorstellungen und Erfahrungen könnten Ursprung des Konflikts zwischen Reuter und Wönner sein. Reuter, der schon während der Weimarer Republik wichtige Ämter inne hatte, und Wönner, der als Neuling in die gewerkschaftliche Führungsspitze hinzukam. Zusätzlich dazu kam der Konflikt innerhalb der SPD, in der beide einen Anspruch auf eine Führungsposition besaßen, hinzu.

Nochmals deutlich wird in diesem Konflikt auch ein anderer Punkt: Die große Ablehnung des Bundesvorstandes gegenüber kommunistischen Tendenzen nach den Erfahrungen aus Weimar, die an Reuters Argument gegen das Aufhängen von Plakaten mit den Unterzeichnern des Mindestprogramms besonders deutlich werden.

#### 4. Auf dem Weg zum Deutschen Gewerkschafts-Bund 1948/1949

##### 4.1. Erste Vereinigungsbestrebungen der Landesgewerkschaften und der Konflikt um die DAG

Nachdem sich der BGB konstituiert und seine organisatorische Struktur im Verlauf der Jahre 1947/1948 gefestigt hatte, kamen ab Ende 1948 neue organisatorische Probleme auf den BGB zu. Dabei ging es um den Verlauf eines möglichen Zusammenschlusses der Gewerkschaften zu einem einzigen Gewerkschaftsbund in Deutschland, beziehungsweise zu einem Gewerkschafts-bund der Westzonen.

Gespräche und Diskussionen über einen Zusammenschluss der Landesgewerkschaften und der Gewerkschaftsbünde, das heißt in diesem Falle des für die gesamte britische Zone zuständigen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB brit.) und der einzelnen Gewerkschaftsbünde der US-Zone, hatte es bereits seit 1946 auf den Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften immer wieder gegeben.<sup>206</sup> Doch erst nachdem sich die einzelnen Gewerkschaftsbünde gefestigt hatten und die einzelnen Zonen zur Bi- bzw. später zur Trizone zusammengeschlossen worden waren, wurde mit dem „Gewerkschaftsrat der Vereinten Zonen“ ein Gremium gegründet, welches ab 1948 die notwendigen Schritte zur Einigung einleitete.

In Bayern drängten insbesondere die einzelnen Landesgewerkschaften darauf. So stellte der Ortsausschuss Nürnberg während einer Ortsausschusssitzung Ende März 1949 fest, dass der „kleine Teilnehmerkreis Rückschlüsse darauf zulasse, dass die Selbstständigkeitsbestrebungen der einzelnen Industriegewerkschaften immer mehr um sich greifen.“<sup>207</sup>

Zu ersten Diskussionen über Zusammenschlüsse der Landesgewerkschaften kam es jedoch bereits auf dem zweiten Bundestag im August 1948. Da sich die einzelnen Landesgewerkschaften der IG Metall bereits im Oktober 1948 zu einer Konferenz, die den Zusammenschluss beschließen sollte, treffen wollten, sah sich die bayerische IG Metall vor dem Hintergrund des gemeinsamen Kassenprinzips vor die Frage gestellt, inwiefern dieses bei einer trizonalen Struktur umsetzbar sei, und forderte daher den Bundestag

---

<sup>206</sup> Vgl. Pfeifer, Sylvia: Gewerkschaften und Kalter Krieg 1945 bis 1959. Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaftsbünde, die Entwicklung des Weltgewerkschaftsbundes und der Ost-West-Konflikt, Köln 1980, S. 115.

<sup>207</sup> DGB 5/DGBF000101, Bl. 22.

auf, Beschlüsse zu fassen, wie eine Vereinigung genau abzulaufen habe.<sup>208</sup> Zu diesen Beschlüssen kam es nicht, denn bereits vor der Diskussion um die Probleme der IG Metall hatte Lorenz Hagen deutlich gemacht, dass eine Vereinigung der Gewerkschaftsbünde aufgrund von Problemen durch Unterschiede, wie beispielsweise die nur in Bayern vorhandene gemeinsame Kassenführung, zurückgestellt worden sei und auch die Industriegewerkschaften mit ihren Zusammenschlüssen warten sollten, bis einheitliche Richtlinien vom Gewerkschaftsrat ausgearbeitet worden seien.<sup>209</sup> Diese Sichtweise teilten auch die Industriegewerkschaften Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Land- und Forstwirtschaft und Druck und Papier, deren Antrag, den überzonalen Zusammenschluss der Industriegewerkschaften vorerst auszusetzen, bis Richtlinien bekannt seien, vom Bundestag angenommen wurde.<sup>210</sup> Mit der auf diesem Bundestag ausgearbeiteten Entschließung I. „Zur Organisationsfrage“ wurde zumindest der Einheitswille des BGB bekräftigt und dem Bundesvorstand aufgetragen, die Einheitsbestrebungen der Landesgewerkschaften und der Gewerkschaftsbünde voranzubringen.<sup>211</sup>

Im Zuge dieser ersten Einheitsbestrebungen brach über den Bayerischen Gewerkschafts-Bund ein Konflikt herein, der zu dessen größter Auseinandersetzung wurde, obwohl sein Ausgangspunkt ursprünglich in der britischen Zone lag.

Dort hatte sich die „Deutsche Angestelltengewerkschaft“ (DAG) gebildet, die sich auf einem Kongress in Bielefeld im April 1946 auch

---

<sup>208</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 159-160.

<sup>209</sup> Vgl. ebd., S. 149.

<sup>210</sup> Vgl. ebd., S. 171. Vgl. auch ebd., S. 188.

<sup>211</sup> Vgl. ebd., S. 299.



zum Industrieverbandsprinzip des DGB (brit.) bekannte.<sup>212</sup> Im Juni 1946 wurde auf einem Kongress in Recklinghausen mit Blick auf die DAG vom DGB (brit.) beschlossen, dass sich der Aufgabenbereich der DAG auf die Bereiche Handel, Banken und Versicherungen zu erstrecken habe. Die DAG hatte dagegen den Anspruch, die Angestellten aller Bereiche in sich zu vereinigen, weshalb es zum Konflikt zwischen der DAG und dem DGB (brit.) kam.<sup>213</sup> Dieser spitzte sich allmählich immer mehr zu. Ein erster großer Eskalationspunkt fand im Jahr 1947 statt, als die DAG nach Gesprächen mit der IG Metall die Angestellten der IG Metall dazu aufrief, dort auszutreten und in die DAG einzutreten,<sup>214</sup> womit sich die DAG eindeutig gegen das Industrieverbandsprinzip und das Motto „Ein Betrieb – Eine Gewerkschaft“ stellte. Ab 1948 unterließ sie schließlich die Beitragszahlungen an den DGB (brit.)<sup>215</sup> und es kamen Vorwürfe auf, sie würde Streikbruch betreiben<sup>216</sup> und bei Betriebsrätewahlen mit ungewerkschaftlichen Mitteln kämpfen und daher nicht mehr mit den Ideen und Vorstellungen der anderen Gewerkschaften des DGB (brit.) übereinstimmen.<sup>217</sup> Durch Versuche der DAG, sich in ganz

---

<sup>212</sup> Vgl. Halberstadt, Gerhard: Die Angestellten und ihre Gewerkschaft, S. 158.

<sup>213</sup> Vgl. Fehrmann, Eberhard/Metzner, Ulrike: Angestellte und Gewerkschaften. Ein historischer Abriß (Geschichte der Arbeiterbewegung. Texte – Biographien – Dokumente), Köln 1981.

<sup>214</sup> Vgl. Halberstadt, Gerhard: Die Angestellten und ihre Gewerkschaft, S. 163.

<sup>215</sup> Vgl. Fehrmann, Eberhard/Metzner, Ulrike: Angestellte und Gewerkschaften, S. 101.

<sup>216</sup> Vgl. Gefährdete Einheit. Der Aufbau der DAG (1946-1949) (Dok. 58), in: Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien (Theorie und Praxis der Gewerkschaften), hrsg. v. Ulrich Borsdorf, Frankfurt/M. 1977, S. 302.

<sup>217</sup> Vgl. Fehrmann, Eberhard/Metzner, Ulrike: Angestellte und Gewerkschaften, S. 108-109.

Deutschland mit anderen Angestellten-Gewerkschaften zusammenzuschließen - der DAG-Vorstand war bereits im Juli 1946 beauftragt worden, einen deutschlandweiten Zusammenschluss mit anderen Angestellten-Gewerkschaften zu betreiben,<sup>218</sup> der auch am 12./13. April 1949 in Stuttgart-Bad Cannstatt durchgeführt worden ist - wurde dieser Konflikt schließlich in den drei Westzonen und bei den Einigungsbestrebungen der Gewerkschaftsbünde zu einem großen Problem. Wie sollte mit einer Gewerkschaft umgegangen werden, die sich so vehement gegen die Auffassungen der anderen Gewerkschaft stellt?

Den Entschluss, wie es zwischen den Gewerkschaften weitergehen sollte, fällte letztlich Ende Juli 1949 der „Vorbereitende Ausschuss des Gründungs-Kongresses“ (VAG), welcher vom Gewerkschaftsrat der Vereinten Zonen eingesetzt worden war, um die Vereinigung der Gewerkschaften zu organisieren. Dieser beschloss auf einer Sitzung in Heidelberg, dass es kein Auskommen mit der DAG gäbe und diese daher nicht in einen zukünftigen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommen werden würde, genau wie diejenigen Gewerkschaften, die mit der DAG fusioniert hätten.<sup>219</sup> An diesen Beschluss des VAG sollte sich letztlich auch der BGB halten und sich während des Konfliktes in Bayern auf diesen berufen.

---

<sup>218</sup> Vgl. Halberstadt, Gerhard: Die Angestellten und ihre Gewerkschaft, S. 158.

<sup>219</sup> Vgl. 27.07.1949: Heidelberger EntschlieÙung des Vorbereitenden Ausschusses des Gründungs-Kongresses (VAG) (Dok. 150), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert (Bd. 8). Die Gewerkschaften und die Angestelltenfrage 1945 – 1949, hrsg. u. bear. v. Siegfried Mielke, Köln 1989, S. 445-447. Auch: Halberstadt, Gerhard: Die Angestellten und ihre Gewerkschaft, S. 172.

Erste Anzeichen für Probleme zwischen dem Bayerischen Angestellten-Verband (BAV) und den übrigen Gewerkschaften des BGB traten bereits auf dem Ersten ordentlichen Bundestag 1947 auf. Dort verwies Georg Reuter mit Besorgnis auf die Geschehnisse in der britischen Zone und sprach die Hoffnung aus, dass es in Bayern keine Probleme dieser Art geben würde und sich der BAV an das Industriegewerkschaftsprinzip halten würde.<sup>220</sup> Gewerkschafter des BAV reagierten auf diesen Hinweis Reuters mit der Bemerkung, dass sie keine separatistischen Bestrebungen hätten, aber sich ihrer Stellung im BGB, mit der Festlegung auf die Bereiche Banken, Handel und Versicherung, nicht genau sicher seien, da häufig Anfragen von Angestellten über ihre landesgewerkschaftliche Zugehörigkeit kämen und diese Fragen würden, ob sie nicht in eine reine Angestelltengewerkschaft eintreten dürften, obwohl sie einer anderen Landesgewerkschaft zugeordnet seien. Zusätzlich argumentierten die Delegierten des BAV, eine reine Angestelltengewerkschaft könne die Angestellten ideologisch einfacher ansprechen und eher zum Beitritt in die Gewerkschaft bewegen als eine Arbeitergewerkschaft.<sup>221</sup> Außerdem, so sagte Ferdinand Gorlicki vom BAV, „sei der Arbeiter-Betriebsrat nicht imstande [...], kaufmännische Gedankengänge durchzuführen“<sup>222</sup> und somit auch nicht in der Lage, die Angestellten im Betrieb ordentlich zu vertreten. Eine Lösung dieses Konflikts wurde auf dem Bundestag nicht angestrebt. Die Diskussion wurde aus Zeitgründen an dieser Stelle abgebrochen.<sup>223</sup>

Daher entstand dieselbe Diskussion auch auf dem zweiten Bundestag 1948. Dort sagte Ambros Meyer, Vorsitzender des BAV, dass es nicht

---

<sup>220</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 27.

<sup>221</sup> Vgl. ebd., S. 54-55.

<sup>222</sup> Vgl. ebd., S. 62.

<sup>223</sup> Vgl. ebd., S. 63.

gelungen sei, die Angestellten als Mitglieder für ihre jeweilige Industriegewerkschaft zu werben, und er deshalb das Recht fordere, dass sich die Angestellten selbst organisieren dürften, denn dies sei der einzige Weg die Angestellten zum Beitritt in die Gewerkschaft zu bewegen.<sup>224</sup> Dies war jedoch ein Vorschlag, der keinen Zuspruch bei den Industriegewerkschaften fand, die hauptsächlich auf die Stärke der Gewerkschaft durch den Zusammenschluss und auf die schlechten Erfahrungen der Trennung während der Weimarer Republik hinwiesen.<sup>225</sup> Mit seiner EntschlieÙung I. bestätigte der Bundestag ebenfalls noch einmal das bisherige Gewerkschafts- und Mitgliedschaftsprinzip.<sup>226</sup>

Doch dieser Beschluss bedeutete nicht, dass der Konflikt damit für den Bayerischen Gewerkschafts-Bund ausgestanden war. Die Diskussionen um die DAG und die Gedanken, dass die Angestellten eine eigene Gewerkschaft bräuchten und eben nicht in die zu ihrem jeweiligen Betrieb zugeordnete Industriegewerkschaften gehören würden, wurden auch in Bayern in der Folgezeit immer präsenter. Spätestens mit dem Artikel „Das Organisationsproblem der Angestellten“, der im Mitteilungsblatt des Angestelltenverbandes erschien, wurde die Forderung nach einer eigenen Angestellten-Gewerkschaft für alle Angestellten noch einmal verdeutlicht. Hauptargument der Angestellten war weiterhin, dass ihre Belange in den Industriegewerkschaften zu wenig berücksichtigt werden würden. Alois Wöhrle, Vorsitzender der IG Metall Bayern, veröffentlichte als Reaktion daraufhin den Artikel „Der Angestellte in der Industriegewerkschaft“. In diesem wies er drauf hin, dass die Gemeinschaft von

---

<sup>224</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 160-163.

<sup>225</sup> Vgl. end., S. 160.

<sup>226</sup> Vgl. ebd., S. 299.

Arbeitern und Angestellten sehr wichtig sei, da sie sich zur stärksten Machtquelle der Gewerkschaften entwickelt habe. Gleichzeitig würden die Angestellten in den Industriegewerkschaften nicht benachteiligt, da es mehr Betriebsräte aus Angestellten gäbe, als ihnen nach dem Anteil an der Belegschaft prozentual eigentlich zustehen würden.<sup>227</sup> Mit dieser Behauptung stellte er sich deutlich gegen die Auffassung des Angestelltenverbandes.

Auch der Bundesausschuss des BGB musste sich nun stärker mit diesem Konflikt auseinandersetzen. Auf der 14. ordentlichen Sitzung des Bundesausschusses am 18. Dezember 1948 bestätigte der Bundesausschuss dann noch einmal die Haltung des BGB, indem er beschloss, dass an der bisherigen Art des Industriegewerkschaftsprinzips festzuhalten sei. Gleichzeitig müsse aber ein Modus zu finden sein, um die Differenzen innerhalb des Bundes beizulegen. Die Frage jedoch, wie dies geschehen sollte, blieb offen. So kam auch der Bundesausschuss zur Überzeugung, dass das Angestellten-Problem nicht durch einfache Beschlüsse gelöst werden könne.<sup>228</sup>

Nachdem keine Lösungen gefunden werden konnten, kam es im Sommer 1949 schließlich dazu, dass der Konflikt zwischen BGB und Bayerischem Angestellten-Verband eskalierte und öffentlich ausgetragen wurde. Auslöser dafür war der Verbandstag des Bayerischen Angestellten-Verbandes in Nürnberg, auf dem der BAV den Anschluss an die DAG beschloss. Daraufhin gaben mehrere Delegierte des Verbandstages bekannt, sie würden aus dem BAV austreten. Diesen Delegierten folgten anschließend sogar ganze

---

<sup>227</sup> Vgl. IGM 5/IGMA45420207.

<sup>228</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000130, Bl. 58.

Ortsausschüsse, die den BAV verließen.<sup>229</sup> Die Entscheidung der DAG beizutreten war also auch innerhalb des BAV umstritten.

Auf diesen Beschluss des BAV reagierte der Bundesausschuss auf seiner 18. Sitzung am 20. August 1949. Der Bundesausschuss gab bekannt, der BAV habe mit seinem Beschluss gegen die Satzung des BGB verstoßen, denn nach den Beschlüssen des VAG in Heidelberg sei die Trennung mit der DAG endgültig und der BGB halte sich an diese Beschlüsse.<sup>230</sup> Noch deutlicher wird die Haltung des Bundesausschusses in einem Brief von Gustav Schiefer und Lorenz Hagen an den BAV vom 02. September und in der 19. Bundesausschusssitzung. In beiden Fällen wird dem BAV deutlich mitgeteilt, dass er zwar nicht aus dem Bund ausgeschlossen worden sei, aber für den BGB nicht mehr existiere, da durch die Verschmelzung mit der DAG und ihren Bad Cannstatter-Beschlüssen eine neue Organisation entstanden sei und sich somit der BAV selbst aufgelöst habe.<sup>231</sup> Gleichzeitig beschloss der Bundesausschuss mit 24 zu 2 Stimmen (die zwei Gegenstimmen kamen vom BAV, der zu dem Zeitpunkt noch an den Bundesausschusssitzungen teilnehmen durfte) bei einer ungültigen Stimme die Gründung einer neuen

---

<sup>229</sup> Vgl. 05.08.1949: Rundschreiben von Albin Karl, DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf, an die Mitarbeiter des Gewerkschaftsrates über den Verbandstag des Angestellten-Verbandes Bayern (Dok. 153), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 8), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 454.

<sup>230</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000131, Bl. 43.

<sup>231</sup> Vgl. ebd., Bl. 66-68. Vgl. auch 02.09.1949: Schreiben von Gustav Schiefer und Lorenz Hagen, Bundesvorstand des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München, an den Angestellten-Verband Bayern zu dessen Ausschuß aus dem Bund (Dok. 156), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 8), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 460-461.

Angestellten-gewerkschaft, dem „Verband für Banken, Handel und Versicherung“.<sup>232</sup>

Der BAV, der sich zu diesem Zeitpunkt nun Landesverband Bayern der DAG nannte, reagierte darauf entrüstet und gab bekannt, eine Selbstauflösung habe nicht stattgefunden. Die Neugründung der Gewerkschaft „Banken, Handel und Versicherungen“ sei der eigentliche Spaltungsversuch.<sup>233</sup> Der BGB veröffentlichte schließlich Ende August 1949 ein Flugblatt, in dem er dem BAV vorwarf, dass das Protokoll der Abstimmungsergebnisse auf dem Nürnberger Verbandstag gefälscht und die Wahl über den Anschluss an die DAG nicht demokratisch gewesen sei, da die Abstimmung öffentlich per Handzeichen durchgeführt worden sei. Daher war sich der BGB sicher, dass dem Anschluss des BAV an die DAG bei einer geheimen Wahl nicht zugestimmt worden wäre.<sup>234</sup> Ein letztes Aufflammen des Konflikts gab es im November 1949, als der BGB das Bar- und Sachvermögen des Landesverbands Bayern der DAG sperrte und prozentual nach Mitgliedern Teile des Vermögens zurückforderte, da ehemalige BAV-Mitglieder bundestreu geblieben waren und Mitglied der neuen Gewerkschaften innerhalb des BGB geworden waren.<sup>235</sup>

Mit dieser heftigen Auseinandersetzung und den gegenseitigen Vorwürfen gab es keine Möglichkeit mehr zwischen den beiden Parteien zu verhandeln. Die Trennung von BGB und BAV war besiegelt. Obwohl es auch in den anderen Ländern der US-Zone zu Konflikten zwischen Angestelltenverbänden, der DAG und den anderen Gewerkschaften kam, war der BGB der einzige Gewerkschaftsbund, der diese harte Linie gegenüber der DAG einnahm. Die Gewerkschafts-

---

<sup>232</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000131, Bl. 43-47.

<sup>233</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000078, Bl. 165.

<sup>234</sup> Vgl. ebd., Bl. 164.

<sup>235</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000131, Bl. 93-94.

bünde Württembergs, Badens und Hessens lehnten es in der DAG-Frage ab, dem BGB zu folgen.<sup>236</sup> Mit diesen Beschlüssen, denen des VAG, der DGB (brit.) und des BGB, war die Trennung zwischen DAG und den übrigen Gewerkschaften dennoch vollzogen, denn die DAG wurde bei der Gründung des gesamtdeutschen DGB nicht mit aufgenommen. Eine Trennung, die erst im Jahre 2001 mit der Gründung der Gewerkschaft ver.di wieder aufgehoben wurde.

Dazu, dass es zur Trennung kam, können drei Gründen geltend gemacht werden: Erstens spielte der schon seit der Weimarer Republik vorhandene Gedanke einer einheitlichen Angestelltengewerkschaft eine erhebliche Rolle, zumal auch die Angestelltenverbände mit ihrer Aufspaltung in 91 Verbände schlechte Erfahrungen gemacht hatten.<sup>237</sup> Nun sahen sie erstmals die Chance, sich zu einer einzigen deutschlandweiten Angestelltengewerkschaft zu vereinigen. Anders ist der äußerst frühe Beschluss der DAG, eine deutschlandweite Einigung anzustreben, und auch der Versuch, diese schnellstmöglich durchzuführen, nicht zu erklären. Zweitens haben gegenseitige Ressentiments die Bestrebungen zu einer reinen Angestelltengewerkschaft verschärft. Dafür sprechen die Briefe von Angestellten an den BAV, die nicht in einer Industriegewerkschaft sein wollten und die Aussage Gorlickis, ein Arbeiterbetriebsrat könne die Angestellten nicht in deren Sinne vertreten, obwohl eigentlich, wie Alois Wöhrle in seinem Artikel deutlich gemacht hatte, prozentual mehr Angestellte im Betriebsrat vertreten waren, als ihnen nach der Anzahl der Angestellten zugestanden wären. Inwieweit sich die Angestellten dabei wie in der Weimarer Republik in der

---

<sup>236</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000097, Bl 33.

<sup>237</sup> Vgl. Dittmar Rupprecht: Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, S. 15.



gesellschaftlichen Schichtung nicht auf einer Ebene mit den Arbeitern, sondern als höher gestellt sahen, lässt sich nicht feststellen. Dass aber viele Angestellte nicht in einer Arbeitergewerkschaften sein wollten, spricht dafür, dass dieses Denken noch immer in den Köpfen vorhanden war.

Auch von der Seite der Arbeiter gab es Ressentiments gegenüber den Angestellten. Gorlicki sprach auf dem zweiten Bundestag davon, dass es ein Fehler sei noch von „Kapitalsknechten“ und „Stehkragenproleten“ gegenüber den Angestellten zu sprechen,<sup>238</sup> eine Beleidigung, mit der kurz zuvor noch Ambros Meyer als Delegierter des BAV während seiner Rede auf dem Bundestag unterbrochen worden war.<sup>239</sup> Drittens waren die Industriegewerkschaften nicht in der Lage, auf die Bedürfnisse der Angestellten einzugehen oder diesen entgegen zu kommen. Es wurde strikt an den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und des Industrieverbandsprinzips festgehalten, ohne den Angestellten mögliche Lösungsansätze innerhalb dieser Prinzipien anzubieten.

## 4.2. Die Auflösung des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes und der Übergang zum DGB

Nachdem der VAG alles Nötige in die Wege geleitet hatte, um die einzelnen Landesgewerkschaften zu einem überzonalen Gewerkschaftsbund der Westzonen zu verschmelzen, sollte vom 12. bis 14. Oktober in München der Gründungskongress des überzonalen „Deutschen Gewerkschafts-Bundes“ (DGB) stattfinden. Damit diese Gründung wirklich erfolgreich verlaufen konnte, mussten sich die einzelnen Gewerkschaftsbünde auflösen. Diesen Beschluss fasste der

---

<sup>238</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 173.

<sup>239</sup> Vgl. ebd., S. 163.

BGB auf seinem dritten und letzten Bundestag am 13. und 14. September. Er löste sich somit formell am 31. Dezember 1949 auf, um ab 1. Januar 1950 Mitglied des neuen Deutschen Gewerkschaftsbundes sein zu können.<sup>240</sup> Innerhalb des DGB sollte der BGB nun den Landesbezirk Bayern bilden.<sup>241</sup>

Der Auflösungsbeschluss bedeutete auch, dass die gemeinsame Kassen- und Geschäftsführung des BGB enden würde, was durchaus von den Landesgewerkschaften bedauert wurde.<sup>242</sup> Neben dem Ende der gemeinsamen Kassenführung war in der Satzung des zukünftigen DGB vorgesehen, dass die Landesbezirke 15 % der Gewerkschaftsbeiträge erhalten würden,<sup>243</sup> was für den Landesbezirk Bayern eine Senkung um 10 % der Einnahmen im Vergleich zu denen des BGB bedeutete. Dies führte zu großen Diskussionen auf dem dritten Bundestag, da davon ausgegangen wurde, dass 15 % Beitragsaufkommen nicht reichen würden. Denn bisher waren 25 % der Beiträge an den BGB geflossen, wovon allerdings im Durchschnitt 5,28 % wieder zurück an die Landesgewerkschaften gegeben werden konnten. Der BGB bekam also ca. 20 % des Beitragsaufkommens. Somit würde der Etat als Landesbezirk Bayern des DGB um 5 % geringer sein als zu Zeiten des BGB.<sup>244</sup>

Daher beschäftigten sich die Ortsausschüsse, die am stärksten von der Etatkürzung betroffen waren, sogar schon vor dem dritten Bundestag - die zukünftige DGB-Satzung war bereits bekannt - mit diesem Problem. Viele Ortsausschüsse sahen sich dazu gezwungen, Personal abbauen zu

---

<sup>240</sup> Vgl. Protokoll des dritten ordentlichen Bundestags, S. 251.

<sup>241</sup> Vgl. Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, S. 75.

<sup>242</sup> Vgl. Protokoll des dritten ordentlichen Bundestags, S. 147.

<sup>243</sup> Vgl. ebd., S. 102.

<sup>244</sup> Vgl. ebd., S. 106.

müssen. Der Ortsausschuss Nürnberg kam dabei zu dem Schluss, dass sogar ein Personalabbau um bis zu 50 % nötig sein könnte, um mit dem Etat auszukommen.<sup>245</sup> Als exemplarisch ist neben dem Ortsausschuss Nürnberg ebenfalls der Ortsausschuss München anzusehen, der davon ausging, dass eine zweite Frauensekretärin und eventuell auch vier weitere Stellen in der Zentralkartei nicht mehr finanzierbar seien.<sup>246</sup> Zusätzlich zur Kürzung des Etats sollten die Ortsausschüsse vergrößert werden. Als Beispiel dient auch hier wieder der Ortsausschuss München, der mit den Ortsausschüssen Fürstenfeldbruck, Dachau, Erding, Wolfratshausen und München-Land zusammengelegt werden sollte.<sup>247</sup>

Diese Kombination, die Vergrößerung der Ortsausschüsse und die Verkleinerung des Etats ließ Befürchtungen aufkommen, dass die Gewerkschaften zukünftig nicht mehr nah genug an den Menschen und ihren Mitgliedern sein könnten, was einen Mitgliederverlust zur Folge haben könnte.<sup>248</sup> Der Bezirksleiter für Ober- und Mittelfranken rechnete sogar, „so wahr zwei mal zwei vier“ ergäben, mit einem Mitgliederschwund von bis zu 300.000 Mitgliedern für den Bereich Bayern.<sup>249</sup> Dies war ein Problem, dass Vielen noch aus Weimarer Zeiten bekannt war, und die Gewerkschafter eigentlich für überwunden gehalten hatten.

Ein weiterer Punkt der Satzung des zukünftigen DGB sorgte ebenfalls für Diskussionen auf dem dritten Bundestag: Die Stellung der Jugend und der Frauen. Besonders Jugendsekretär Willi Ginhöhl und Franz

---

<sup>245</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000097, Bl. 35.

<sup>246</sup> Vgl. AdMA Protokoll über die Delegiertenkonferenz des Ortsausschusses Nürnberg am 10. August 1949, 14 Uhr, im grossen Saal des Gewerkschaftshauses.

<sup>247</sup> Vgl. Protokoll des dritten ordentlichen Bundestags, S. 99-100.

<sup>248</sup> Vgl. ebd., S. 99-100.

<sup>249</sup> Vgl. ebd., S. 119.

Eichinger hoben hervor, dass die Jugend- und Frauenarbeit zu wenig in der neuen Satzung des DGB vorhanden wären und in den Gremien des DGB sowohl die Frauen als auch die Jugend nicht berücksichtigt worden wären.<sup>250</sup> Daraufhin beschloss der Bundestag auf dem DGB-Gründungskongress den Antrag zu stellen, dass in den beiden höchsten Gremien des DGB, dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuss, mindestens je ein Vertreter der Jugend und der Frauen sein müssten.<sup>251</sup>

Neben diesen beiden Problemen bedeutete die Umstellung vom BGB zum Landesbezirk Bayern aber auch eine Vergrößerung. Denn der Kreisausschuss Lindau, welches nach der zweiten Proklamation von Dwight Eisenhower am 19. September 1945 nicht zu Bayern gehörte,<sup>252</sup> beschloss am 6. Dezember 1949 in der Sitzung des „Ortsverbandes Lindauer Gewerkschaften“, sich dem zukünftigen Landesbezirk Bayern zum 1. Januar 1950 anzuschließen.<sup>253</sup>

#### 4.3. Der BGB auf dem Gründungskongress des DGB

Auf dem Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober 1949 versuchte der BGB schließlich, die Probleme, die sich auf dem dritten Bundestag ergeben hatten, zu besprechen und durch Anträge die Satzung des DGB in seinem Sinne zu verändern.

Der erste große Antrag betraf die Kassen- und Geschäftsführung. Der BGB versuchte, die Satzung dahingehend zu verändern, dass zumindest der Landesbezirk Bayern die gemeinsame Kassen- und

---

<sup>250</sup> Vgl. ebd. S. 123. Vgl. auch, ebd., S. 130-131.

<sup>251</sup> Vgl. ebd., S. 249-250.

<sup>252</sup> Vgl. Kock, Peter Jakob: Bayerns Weg in die Bundesrepublik, S. 104.

<sup>253</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1949, S. 58.

Geschäftsführung beibehalten könne.<sup>254</sup> Der Kongress verabschiedete diesen Antrag mit der Überweisung als Material an den Bundesvorstand,<sup>255</sup> nachdem dieser die Satzungskommission empfohlen und sich dahingehend geäußert hatte, dass es bei einer Abweichung eines Bezirks von der allgemeinen Kassen- und Geschäftsführung zu Problemen und Hemmungen im DGB kommen könnte.<sup>256</sup> Dies war praktisch eine Absage an den Antrag des BGB.

Auch bei seinem zweiten Antrag erlitt der BGB eine Niederlage. Der Antrag, dass in den Bundesgremien je ein Vertreter der Jugend und der Frauen vorhanden sein müssten, wurde, trotz vehementen Engagements Gustav Schiefers,<sup>257</sup> abgelehnt.<sup>258</sup>

Ein dritter Antrag, den der BGB zusammen mit den Gewerkschaftsbünden aus Württemberg-Baden und Hessen stellte, war, den Hauptsitz des DGB nicht in Düsseldorf sondern im zentralen Frankfurt aufzubauen.<sup>259</sup> Doch auch dieser Antrag wurde abgelehnt.<sup>260</sup> Damit waren die wichtigsten Anträge des Bayerischen Gewerkschaftsbundes nicht angenommen. Er konnte sich mit seinen Belangen bei der Gründung des DGB also nicht durchsetzen. Einzig auf personeller Ebene konnte der BGB kleine Erfolge feiern. So wurde Georg Reuter, der von Lorenz Hagen vorgeschlagen worden war, nachdem dieser bekannt gegeben hatte, nicht für den Bundesvorstand des DGB zu kandidieren, um in Bayern weiterarbeiten zu können,<sup>261</sup> zum

---

<sup>254</sup> Vgl. Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, S. 360.

<sup>255</sup> Vgl. ebd., S. 179.

<sup>256</sup> Vgl. ebd., S. 99.

<sup>257</sup> Vgl. ebd., S. 155.

<sup>258</sup> Vgl. ebd., S. 350.

<sup>259</sup> Vgl. ebd., S. 306.

<sup>260</sup> Vgl. ebd., S. 341.

<sup>261</sup> Vgl. ebd., S. 227.

stellvertretenden Vorsitzenden des DGB gewählt.<sup>262</sup> Neben Georg Reuter wurde aus dem BGB noch Willi Ginholt zum hauptamtlichen Vorstandsmitglied des DGB gewählt.<sup>263</sup>

## Teil V. Die Politik des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes

„[B]eseelt von der Idee des Helfens und der Möglichkeit des Helfenkönnens“,<sup>264</sup> wie es Elisabeth Dietl ausdrückte, war sicher ein Motiv für die Politik des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes in den Zeiten der Not nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Gewerkschaften hätten, so äußerten sie sich in der Gewerkschaftszeitung, nach den zwölf Jahren NS-Regime eine Verantwortung gegenüber dem Volk und seinem Frieden und seiner Freiheit.<sup>265</sup> Daher stand für den BGB der Satz „Der Mensch ist das Maß aller Dinge“<sup>266</sup> im Mittelpunkt seiner Politik, denn, so der BGB, „[m]ögen Aufgaben, berufliche Verantwortung, Anordnungsbefugnis, Verdienst, Initiative und Können auf wirtschaftlicher Basis verschieden sein, die Menschen in ihrer Würde, in ihren Rechten, in ihrer Verantwortung für das Menschentum sind gleich!“<sup>267</sup>

---

<sup>262</sup> Vgl. ebd., S. 382.

<sup>263</sup> Vgl. ebd., S. 382.

<sup>264</sup> Dietl, Elisabeth: Beim Schäfflertanz im Gewerkschaftshaus, S. 86.

<sup>265</sup> Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 1/46, vom 20.08.1946.

<sup>266</sup> Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 1. Jahrgang, 1. Septemberhälfte 1948, Nr. 13, S. 304.

<sup>267</sup> Ebd., S. 205.

Konkreter formulierte Herbert Bachmann, ein sehr aktiver Gewerkschafter und Redakteur der Gewerkschafts-Zeitung, in der ersten Ausgabe der Gewerkschafts-Zeitung die Ziele der Gewerkschaften: Die Gewerkschaften müssten die rechtlichen und wirtschaftlichen Stellungen der Arbeitnehmer verteidigen, eine bessere wirtschaftliche und soziale Situation für sie erobern und ein Recht der Mitlenkung für die Schaffenden gewinnen, um letztlich an einer Aufgabe mitzuwirken, die am Wohl der gesamten Bevölkerung ausgerichtet sei. Deswegen müssten die Gewerkschaften das Wirtschaftsleben ständig beobachten, Einsicht in das Wesen und die Gesetze der Wirtschaft haben, mit überlegenem Wissen über alle wirtschaftlichen Zusammenhänge ausgestattet sein, um so in Wirtschaftsorganen die Leitung einnehmen zu können, durch statistische Zahlen Entwicklungen der Wirtschaft und der Lebensverhältnisse erfassen und die Einkommensverhältnisse der Arbeiter kennen, um Korrekturen durchführen zu können.<sup>268</sup>

Diese von Herbert Bachmann formulierten Grundzüge können als Grundgerüst für die politische Arbeit des BGB angesehen werden. Dabei rückte der BGB auch ab von den bloßen „bread and butter“-Fragen, die, so war es von der Militärregierung im Zuge des „free trade unionism“ vorgesehen, das einzige Betätigungsfeld der Gewerkschaften sein sollten. Insgesamt lassen sich bei der gewerkschaftlichen Politik mit den Bereichen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und innergewerkschaftliche Politik drei große Betätigungsfelder des BGB herausstellen. Im Zuge dessen kam der BGB auch immer wieder in Kontakt mit anderen Organisationen und Institutionen. Wie diese Kontakte und die Politik des BGB aussahen, soll nun geschildert

---

<sup>268</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 1/46, vom 20.08.1946.

werden. Dabei sollen auch die Verhältnisse und Gegebenheiten der Zeit zum besseren Verständnis der Gründe der Politik aufgenommen werden.

## 1. Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik war eines der zentralen politischen Themen des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, denn „[d]ie Arbeitskraft ist die wertvollste Substanz, die der deutschen Wirtschaft geblieben ist“,<sup>269</sup> so der BGB in seiner EntschlieÙung I. „Zur Wirtschaft“ vom Ersten ordentlichen Bundestag. Ein wesentliches Ziel des BGB war es daher, mit der Wirtschaftspolitik die Arbeitskraft zu schützen, für die Rechte der Arbeitnehmer einzutreten und „ihnen im neuen Staat und in der neuen Wirtschaft den Platz zu erkämpfen, auf dem sie als Träger des wertvollsten wirtschaftlichen Gutes, der Arbeitskraft, berechtigten Anspruch haben.“<sup>270</sup> Bevor nun auf einzelne wirtschaftspolitische Felder und konkrete Tätigkeiten des BGB darin eingegangen wird, werden die Gründungszüge der wirtschaftspolitischen Auffassung des BGB erläutert werden, welche an die während der Weimar Republik geführten Diskussionen über die Wirtschaftsdemokratie des ADGB anknüpfen.

Erste Aspekte auf ein Wirtschaftsprogramm der bayerischen Gewerkschaften finden sich bereits beim ADGB München. Dieser veröffentlichte im Dezember 1945 eine Broschüre namens „Grundsätze, Aufbau und Aufgaben“. In dieser heißt es: „Der ADGB ist der wesentlichste Träger der sozialen und wirtschaftlichen Neugestaltung. Seine wichtigste, vornehmste und damit größte Aufgabe ist,

---

<sup>269</sup> Protokoll des ersten ordentlichen Bundestags, S. 160.

<sup>270</sup> Vgl. ebd., S. 161.



mitzuwirken an der Überführung des individuell-kapitalistischen in das sozialistisch-gemeinwirtschaftliche System. Diese Umgestaltung des Produktions- und Güterverteilungsprozesses ist das große Weltproblem.“<sup>271</sup> Auch wenn mit dieser Aussage bereits ein wichtiger wirtschaftspolitischer Punkt, nämlich der der staatlichen Wirtschaftslenkung und Planwirtschaft angesprochen wurde, blieb das Programm insgesamt doch sehr vage. Konkrete Forderungen wurden erst mit dem so genannten „Plan G“ des „Ausschusses für Wirtschafts- und Finanzpolitik der Münchener Gewerkschaften“ vom Frühjahr 1946 ausgedrückt: Bekämpfung der Inflationsgefahr, Neuordnung des Geldwesens, feste Devisenkurse, sparsamste Wirtschaftsführung des Staates, Fortsetzung von Sozialpolitik und eine aktive Wirtschaftspolitik von Seiten des Staates in Form von Planwirtschaft durch Wiederaufbau der Produktionsmittelindustrie und eine staatliche Lenkung in den Bereichen der Umstellung der Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion, der Förderung von Wohnungsbau und Landwirtschaft waren die Kernpunkte dieses Plans.<sup>272</sup>

Daran knüpften auch die Vorschläge des Vorläufigen Ausschusses aus dem August und September 1946 an, die dieser bei der Konstituierung der neuen Bayerischen Verfassung im Jahre 1946 verwirklicht sehen wollte. Neben der schon erwähnten Forderung nach Planwirtschaft, der Lenkung der Wirtschaft und der Konkretisierung der staatlichen Überwachung in den Bereichen der Bodenschätze, der Verkehrswege und aller wichtigen Versorgungsleitungen, wurde auch erstmals direkt ein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften auf wirtschafts-

---

<sup>271</sup> DGB 5/DGBF000172, Bl. 415-416.

<sup>272</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, Dritter Jahrgang, Nr. 12/48, Zweite Juni-Hälfte 1948.

politischer Ebene gefordert. Diese Forderungen beinhalteten paritätisch zusammengesetzte Wirtschaftskammern und ein Mitspracherecht der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten, die das Allgemeinwohl und die Wirtschaftslenkung betreffen.<sup>273</sup>

Mit der EntschlieÙung I. „Zur Wirtschaft“ des Ersten ordentlichen Bundestags im Jahr 1947 äußerte sich erstmals der Bayerische Gewerkschafts-Bund als Dachverband der bayerischen Gewerkschaften zum Thema Wirtschaft. Im Mittelpunkt standen dabei zwei große Aspekte: Die Forderung nach Parität und Demokratie in der Wirtschaftslenkung und der Schutz der Arbeitskraft in Zusammenhang mit einer Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung. Für diesen zweiten Punkt wurde besonders die volle Ausschöpfung der Produktionsmöglichkeiten gefordert und kritisiert, dass die Aufteilung Deutschlands in Zonen die Wirtschaftsleistung mindere.<sup>274</sup> Eine Äußerung zur Planwirtschaft, wie in den frühen Wirtschaftskonzepten und -forderungen der Jahre 1946/1946, ist dagegen erstaunlicherweise in der EntschlieÙung I. nicht zu finden. Die bedeutete aber nicht, dass der BGB diese Auffassung zur Wirtschaft aufgab, denn auf dem zweiten ordentlichen Bundestag bekannte sich der BGB mit der EntschlieÙung IX. „Zur Wirtschaftspolitik“ „zu einer wirtschaftlichen Ordnung, die durch sinnvolle Planung und Lenkung die optimale

---

<sup>273</sup> Vgl. August/September 1946: Vorschlag des Vorläufigen Ausschusses der Bayerischen Gewerkschaften zur Bayerischen Landesverfassung (Dok. 275), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert (Bd. 7). Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945 – 1949, hrsg. u. bear. von Siegfried Mielke, Köln 1987, S. 840-845.

<sup>274</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 160-161.

volkswirtschaftliche Höchstleistung für die Güterproduktion nach der Dringlichkeit der gesellschaftlichen Bedürfnisse sicherstellt.“<sup>275</sup>

An Hand dieser gewerkschaftlichen Programme lassen sich drei Hauptaspekte der wirtschaftspolitischen Auffassung der Bayerischen Gewerkschaften herausstellen: 1. Demokratisierung der Wirtschaft und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer durch paritätisch zusammengesetzte Wirtschaftsinstitutionen, 2. Schutz und Erhalt der Arbeitskraft, und 3. Einführung einer Planwirtschaft, die der Lenkung des Staates untersteht. Die Idee der Einführung der Planwirtschaft darf aber nicht gleichgesetzt werden mit der Einführung eines sozialistischen oder kommunistischen Systems. Dies schloss der BGB kategorisch aus und sah das Konzept der Planwirtschaft in Einklang mit der Demokratie,<sup>276</sup> denn er trat für eine Planwirtschaft ein, „in der die bestmögliche Ausnutzung der produktiven Kräfte und Mittel gesichert ist, ohne dass die Grundrechte der menschlichen Freiheit dabei verloren gehen“<sup>277</sup> sollten. In eine ähnliche Richtung äußerte sich auch Fritz Tarnow, Sekretär des Gewerkschaftsrates der Vereinten Zonen für Wirtschaft, auf dem zweiten Bundestag des BGB: „Ich habe in einer Konferenz mit General Clay diesen schon einmal darauf hingewiesen, dass unsere Forderung nach planwirtschaftlicher Gestaltung unserer Wirtschaft gar nicht gesehen werden muß als fixe Idee einer philosophischen Weltanschauung, dass uns in erster Linie die materielle Not unserer Zeit bedrängt, dass wir aus Gründen einer besseren Versorgung unseres Volkes ein effektives Wirtschaftssystem anstreben.“<sup>278</sup> Dass sich mit Fritz Tarnow ein Gewerkschafter im

---

<sup>275</sup> Protokoll des zweiten ordentlichen Bundestags, S. 301.

<sup>276</sup> Vgl. AdMA Informationsdienst des BGB. Der Vorläufige Ausschuss, Rundschreiben Nr. 11, Serie A, vom 11.03.1947

<sup>277</sup> Ebd.

<sup>278</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 193.

Namen des Gewerkschaftsrates in dieselbe Richtung äußerte wie der Bayerische Gewerkschafts-Bund, zeigt, dass der BGB mit dieser Auffassung der Planwirtschaft nicht alleine war. Vielmehr war dies ein allgemeiner Konsens der Nachkriegsgewerkschaftsbewegung.

### 1.1. Unternehmerverbände und Wirtschaftseinrichtungen

Um überhaupt auf den klassischen Feldern der gewerkschaftlichen Politik wie Lohnverhandlungen oder Tarifpolitik tätig werden zu können, benötigte der Bayerische Gewerkschafts-Bund einen Verhandlungspartner, der die Unternehmer vertrat. Daher setzte sich der BGB für die Wiedereinrichtung von Arbeitgeberverbänden, wie er es aus der Weimarer Republik kannte, ein, da es in den Jahren 1945/1946 keine Anzeichen dafür gab, dass diese wieder errichtet werden würden. Die Militärregierung allerdings vermittelte den Gewerkschaften daraufhin, dass eine Wiedereinführung von Arbeitgeberverbänden nicht erwünscht sei,<sup>279</sup> was darauf zurückzuführen ist, dass die Militärregierung so etwas wie separate Arbeitgeberverbände aus dem eigenen Land nicht kannte, sondern nur spezifische Wirtschaftsfachverbände.<sup>280</sup> Dies machte die Militärregierung im Mai 1946 auf einer Konferenz mit dem

---

<sup>279</sup> Vgl. 4./5.5.1946: Militärregierung und Zonenausschuß der Gewerkschaften der US-Zone zur Bildung von Arbeitgeber-/Unternehmerorganisationen (Dok. 75), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 7), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 290.

<sup>280</sup> Vgl. Gelber, Karl Ulrich: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945-1978), in: Handbuch der Bayerischen Geschichte (Bd. IV/I). Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Staat und Politik, hrsg. v. Alois Schmid, 2. über. Auflage, München 2003, S. 801.

Zonenausschuss der Gewerkschaften der US-Zone gegenüber den Gewerkschaften deutlich. Einzig zwei Typen wirtschaftlicher Verbände würden zugelassen werden: Wirtschaftliche Vereine, nach Branche und Land aufgeteilt, und Industrie- und Handelskammern, als freiwilliges Forum für die Bildung von Wirtschaftsmeinungen. Allerdings sei, so wurde ein Zugeständnis an die Gewerkschaften gemacht, eine Zusammenfassung von Gruppen möglich, um Tarifverhandlungen durchführen zu können.<sup>281</sup>

Trotz dieser Absage an die Gewerkschaften, versuchte der Vorläufige Ausschuss der Bayerischen Gewerkschaften in Form eines Schreibens an die amerikanische Militärregierung Ende Juni 1946, noch einmal die Forderung nach Arbeitgeberverbänden zu bekräftigen. Gleichzeitig betonte er aber auch, dass es sich um den Gewerkschaften gleichgeartete Verbände, also um fachspezifische Verbände wie Metall, Nahrung und Genuss, etc., handeln müsste, die dem Arbeitsministerium unterstellt sein sollten.<sup>282</sup> Wirkung zeigte dieser Einsatz jedoch nicht. Erst am 29. Juli 1949 wurde mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) ein übergeordneter Arbeitgeberverband geschaffen.<sup>283</sup> Für die Jahre 1945 bis 1949 wurde

---

<sup>281</sup> Vgl. 4./5.5.1946: Militärregierung und Zonenausschuß der Gewerkschaften der US-Zone zur Bildung von Arbeitgeber-/Unternehmerorganisationen (Dok. 75), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 7), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 290.

<sup>282</sup> Vgl. 26.06.1946: Schreiben von G. Reuter, Vorläufiger Ausschuß der Bayerischen Gewerkschaften, München, an Mr. Loriaux, amerikanische Militärregierung, München – Stellungnahme zur Bildung von Unternehmervereinigungen (Dok. 77), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 7), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 295.

<sup>283</sup> Vgl. Moser, Eva: Unternehmer in Bayern. Der Landesverband der Bayerischen Industrie und sein Präsidium 1948 bis 1978., in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund (Bd. 2).

stattdessen ein „runder Tisch“ für Vertreter des BGB und des späteren VAB geschaffen,<sup>284</sup> von dem jedoch keine weiteren Impulse für die Schaffung von Arbeitgeberverbänden oder für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und BGB bekannt sind. Auch die wirtschaftlichen Fachverbände wurden langsam während der Jahre 1946 und besonders 1947 gegründet. Diese waren ermächtigt, „Sozialrechtliche Gemeinschaften“ zu bilden, um mit dem BGB angemessen verhandeln zu können.<sup>285</sup> Damit war zwar das Ziel des BGB, Arbeitgeberverbände errichten zu lassen, nicht erreicht, aber ihm standen nun Unternehmervereinigungen gegenüber, mit denen zumindest über Tarifverträge verhandelt werden konnte.

Neben der Errichtung von Arbeitgeberverbänden war die bereits erwähnte paritätische Zusammensetzung von Wirtschaftsinstitutionen ein großes Ziel des BGB, um dadurch Einfluss auf wirtschaftlichen Entscheidungen zu haben. So versuchte der BGB beispielsweise in den Jahren 1948 und 1949, unter dem Motto „Öffentliche Lehrwerkstätte – eine Notwendigkeit!“ die Ausbildung von Lehrlingen neu zu ordnen und durch paritätische Gremien den Ablauf und die Lehrpläne bestimmen zu lassen.<sup>286</sup> Der BGB forderte den bayerischen Staat auf, eine öffentliche und paritätisch besetzte Behörde zu schaffen, die die Ausbildung von Lehrlingen regeln sollte, da die Lehrverträge der Handelskammern und der IHK die Lehrpläne und die Lehlänge bestimmen würden, was gegen Artikel 179 der Bayerischen Verfassung

---

Gesellschaft im Wandel 1949-1973 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 53.) München 2002, S. 33.

<sup>284</sup> Vgl. ebd., S. 56.

<sup>285</sup> Vgl.: Gelber, Karl Ulrich: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel, S. 801.

<sup>286</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Jugendbeilage, Vierter Jahrgang, Nr. 8;16/49, August 1949.

verstoßen würde, da nur wirtschaftliche Einrichtungen staatliche Machtbefugnisse wie Bildung ausüben dürften.<sup>287</sup> Denn die Berufsschulen sollten nicht nach fremdem Interesse Anderer ausbilden, sondern „[...] zu einer Berufsausübung zu deren eigener Zufriedenheit, nicht etwa zur Zufriedenheit des Arbeitgebers oder des Staates.“<sup>288</sup>

Solche Paritätsbestrebungen für Wirtschaftsinstitutionen des BGB blieben größtenteils ohne Erfolg. Auf wirtschaftlicher Ebene konnten nur die Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftsbeirats für das Wirtschaftsministerium<sup>289</sup> und die Schaffung von beratenden Ausschüssen in der Arbeitsverwaltung, die in ihrem Einfluss dem BGB jedoch nicht weit genug gingen,<sup>290</sup> erreicht werden. In den Bereichen der Sozial- oder Ernährungspolitik schaffte es der BGB dagegen, weitere paritätische Körperschaften einrichten zu lassen.<sup>291</sup>

## 1.2. Tarif- und Lohnpolitik

Nachdem die wirtschaftlichen Fachverbände eingerichtet worden waren, war es für den BGB zumindest theoretisch möglich, Tarifverträge und Lohnvereinbarung zu treffen. Verhandlungen dieser Art bedurften jedoch der Genehmigung der Militärregierung, da diese

---

<sup>287</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 111.

<sup>288</sup> Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 1. Jahrgang, Nr. 14/48, 2. Septemberhälfte 1948, S. 330.

<sup>289</sup> Vgl. Verordnung Nr. 58 über die Errichtung eines Wirtschaftsbeirats beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft vom 2. Mai 1946, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, hrsg. v. d. Bayerischen Staatskanzlei, München, Nr. 12/1946, S. 189.

<sup>290</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 192.

<sup>291</sup> Diese paritätischen Körperschaften werden im Verlauf der Arbeit unter den entsprechenden Punkten erwähnt.

nach dem Krieg sowohl Löhne wie auch Preise eingefroren hatte, um als Folge der NS-Politik eine Hyperinflation durch ein Missverhältnis von Gütern und Geld zu verhindern.<sup>292</sup>

Am 12. Oktober 1945 erließ der Kontrollrat mit der Direktive 14 erste Bestimmungen für mögliche Lohnverhandlungen. Die Direktive legte fest, dass die Löhne der tatsächlichen Arbeitszeit entsprechen müssten und sowohl Lohn- als auch Tarifabschlüsse vom jeweiligen Arbeitsministerium anerkannt werden müssten.<sup>293</sup> Eine Aufhebung des Lohnstopps zur Erhöhung der Löhne war damit aber nicht verbunden.

Daher machte der BGB bereits in der ersten Ausgabe der Gewerkschafts-Zeitung im August 1946 deutlich, dass er gegen die Weiterführung des Lohn- und Preisstopps sei. Eine Lohnsteigerung sei wichtig für eine bessere Lebenshaltung der Arbeitnehmer. Eine Erhöhung der Preise würde dadurch nicht stattfinden, da die Löhne nur einen Bruchteil des Warenpreises ausmachen würden. Auch seien Lohn- und Preisstopp überflüssig, da die Wirtschaft schon durch die Rationierung gelenkt sei, so der BGB.<sup>294</sup> Im Zuge der Forderung nach der Aufhebung des Lohn- und Preisstopps wurde besonders die Angleichung der Frauen- an die Männerlöhne gefordert, da die Frau nach dem Krieg oft Haupternährerin ihrer Familie sei und sie gleiche Arbeit wie die Männer leiste.<sup>295</sup>

---

<sup>292</sup> Vgl. Gesch, Hans-Dieter: Die bayerische Wirtschaft, S. 34/35.

<sup>293</sup> Vgl. 12.10.1945: Direktive Nr. 14. Grundsätze für die Bestimmungen betreffend der Arbeitslöhne (Dok. 14), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 6), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 135-136.

<sup>294</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, Erster Jahrgang, Nr. 1/46, vom 20.08.1946.

<sup>295</sup> Vgl. die Gewerkschaftszeitung, Erster Jahrgang, Nr. 2/46 vom 05.09.1946; Auch: Nr. 5/46, vom 20.10.1946.



Eine Erweiterung der Direktive 14 am 13. September 1945 ermöglichte schließlich erstmals Verhandlungen über Löhne. Die Ergänzung sah vor, dass Jugend- und Frauenlöhne an die Männerlöhne angeglichen werden konnten, der Grundlohn auf 50 Pfennig pro Stunde angehoben werden konnte und bestimmte Wirtschaftszweige, so genannte „Problem-Industrien“, aufgrund von strukturellen Benachteiligungen, wie härterer Arbeit, Lohnerhöhungen durchführen durften.<sup>296</sup> Bereits am 12. April 1946 hatte die Militärregierung Grundsätze für Kollektivverhandlungen festgelegt. Diese durften von nun an zwischen Gewerkschaften - im Falle des BGB lag die Verhandlungshoheit bei den jeweiligen Landesgewerkschaften.<sup>297</sup> und Arbeitgebern, beziehungsweise deren Organisationen, stattfinden, sofern sie nicht gegen die Direktive 14 verstoßen würden.<sup>298</sup> So wurde am 8. November 1946 der erste Tarifvertrag im Bayern der Nachkriegsgeschichte geschlossen. Dieser betraf den Bayerischen Staatsforst und sah eine Erhöhung der Frauen- und Jugendlöhne vor, ohne dass dabei jedoch die Frauenlöhne, wie auch in weitgehend allen späteren Tarifverträge der Jahre 1945 – 1949, an das Niveau der Männerlöhne angeglichen wurden. Ebenfalls wurden sämtliche Löhne unter 50 Pfennig pro Stunde angehoben.<sup>299</sup> Gleichzeitig wurden Verhandlungen für den Kohlenbergbau

---

<sup>296</sup> Vgl. 13.09.1946: Lohnpolitik: Ergänzung zur Direktive 14 (Dok. 26), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 6), hrsg v. Siegfried Mielke, S. 166.

<sup>297</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000049, Bl 88.

<sup>298</sup> Vgl. 12. April 1946: Grundsätze für Kollektivverhandlungen (Dok. 20), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 6), hrsg v. Siegfried Mielke, S. 151-152.

<sup>299</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, Erster Jahrgang, Nr. 7/46, vom 20.11.1946.

aufgenommen, der als erste „Problem-Industrie“ festgelegt wurde, und so in Tarifvertragsverhandlungen treten konnte.<sup>300</sup>

Um die Möglichkeit zu Tarifverhandlungen weiter nutzen zu können, forderte der BGB andere Wirtschaftszweige dazu auf, zu überprüfen, ob sie als „Problem-Industrie“ zu bewerten seien, um somit in Verhandlungen mit den Arbeitgebern treten können.<sup>301</sup>

Diese ersten Ansätze zu Lohn- und Tarifverhandlungen wurden zwar vom BGB begrüßt, waren für ihn aber nicht ausreichend. Er forderte ein Tarifvertragsgesetz, das die obligatorische und normative Wirkung von Tarifverträgen festsetzen sollte und weiterhin das Ende des Lohnstopps.<sup>302</sup> Der Ursprung dieser Forderungen liegt hauptsächlich darin begründet, dass die Lebenshaltungskosten stiegen, wie deutlich aus den Preisindexziffern hervorgeht: Bei einem Vergleichswert von 1938 (=100) stiegen die Kosten für Nahrung 1945 von 115,9 auf 139,6 im Jahr 1947, für Heizung von 102,5 auf 115,5 und für Bekleidung von 146,4 auf 166,3.<sup>303</sup>

Der BGB setzte sich daher weiterhin für ein Ende des Lohnstopps ein. Auf der 9. Sitzung des Bundesausschusses am 14. April 1948 waren Vertreter der Militärregierung geladen, um das Lohnproblem zu besprechen. Dabei waren sich sowohl der BGB als auch die Militärregierung einig, dass aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten eine neue Lohnpolitik notwendig sei. Der BGB forderte daraufhin zum 1. Mai 1948 eine Erhöhung derjenigen Löhne um 30 %, die sich seit dem 08. Mai 1945 nicht verändert hatten. In

---

<sup>300</sup> Vgl. ebd.

<sup>301</sup> Vgl. Die Gewerkschaftszeitung, Erster Jahrgang, Nr. 6/46, vom 05.11.1946.

<sup>302</sup> Vgl. Protokoll des Ersten Bundestags, S. 109-110.

<sup>303</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern Nr. 24 (1952), hrsg. v. Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 1952, S. 252.

Betrieben, in denen es Lohnerhöhungen bereits gegeben hätte, sollten diese auf die 30 % angerechnet werden. Der amerikanischen Militärregierung war dies jedoch zu hoch, da sie glaubte, Probleme mit einer solchen Erhöhung im Alliierten Kontrollrat zu bekommen. Schließlich einigten sich der BGB und die Militärregierung auf eine Erhöhung um 15 %. Der BGB äußerte zwar, dass diese Regelung völlig ungenügend sei, aber, da eine endgültige und zufrieden stellende Regelung vor der Währungsreform nicht stattfinden könne, sei dies besser als nichts.<sup>304</sup> Am 28. April 1948 wurde schließlich die Direktive gemäß den Absprachen mit dem BGB gelockert. Dieser feierte die Lockerung der Direktive als ein Ende der Stopplöhne und erste Maßnahme für freie Tarifvertragshandlungen.<sup>305</sup>

Nach Abänderungen der Direktive 14 begannen Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, welche aber nur langsam vorankamen. Um diese zu beschleunigen, trafen sich Vertreter von BGB und Arbeitgebern am 28. Mai 1948 zu einer Konferenz. Auf dieser beschlossen die beiden Parteien, die Tarifverhandlungen möglichst schnell durchzuführen. Der BGB forderte für die Arbeitnehmer einen Vorschuss der zukünftigen Löhne, ließ diese Forderung aber wieder fallen, nachdem die Arbeitgeber anboten, die Tarifverträge rückwirkend zum 1. Mai abzuschließen. Dieser Kompromiss sorgte für eine Beschleunigung der Tarifverhandlungen.<sup>306</sup>

Der letzte Schritt zur vom BGB geforderten Tarifautonomie fand nach der Währungsreform vom Juni 1948 statt. Nachdem die Preise wieder gestiegen waren, forderte der BGB im Juli das endgültige Ende des

---

<sup>304</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000130, Bl. 15-19.

<sup>305</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000036, Bl. 45.

<sup>306</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, Dritter Jahrgang, Nr. 11/48, Erste-Juni-Hälfte 1947.

Lohnstopps.<sup>307</sup> Diesbezüglich fand schließlich am 29. Juli ein Treffen mit General Clay statt, bei dem dieser dem BGB eröffnete, dass die Direktive 14 aufgehoben werden würde, da die Währungsreform einen freien Preis mit sich gebracht hätte und daher auch die Löhne nun frei verhandelt werden müssten.<sup>308</sup>

Auch wenn der Bayerische Gewerkschafts-Bund auf dem Gebiet der Tarif- und Lohnpolitik Erfolge erzielen konnte, so konnte er doch immer nur in dem Rahmen handeln, den ihm die Militärregierung vorgab. Er schaffte es zwar immer wieder Lockerungen der Direktive 14 zu erreichen, aber auf eine Tarifautonomie konnte erst ab Juni 1948 zurückgegriffen werden.

### 1.3. Rechtsschutz und Arbeitsgerichte

Mit der Forderung nach Tarifverträgen ging auch das Ziel einher, schnell Arbeitsgerichtsbehörden und Gesetze zum Schutz der Arbeiter zu schaffen, um die Rechtsunsicherheit der Arbeiter in ihren Arbeitsverhältnissen zu beenden.<sup>309</sup> So wurden beispielsweise im August 1947 ein Kündigungsschutzgesetz<sup>310</sup> und im Oktober 1948 ein Gesetz gegen Massenentlassungen<sup>311</sup> vom bayerischen Landtag beschlossen. Inwieweit der BGB bei Gesetzgebungen solcher Art

---

<sup>307</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, Dritter Jahrgang, Nr. 14/48, Zweite-Juli-Hälfte 1948.

<sup>308</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000130, Bl. 43-44.

<sup>309</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 162.

<sup>310</sup> Vgl. Kündigungsschutzgesetz vom 1. August 1947, in: Amtsblatt des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fürsorge, hrsg. v. Bayerischen Arbeitsministerium, Nr. 5/1949, S. 44-45.

<sup>311</sup> Vgl. Gesetz gegen missbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstillegungen vom 22. Oktober 1948, in: Amtsblatt des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fürsorge, hrsg. v. Bayerischen Arbeitsministerium, Nr. 5/1949, S. 30-31.

mitwirkte, ist nicht bekannt. Allerdings erhob der BGB auch keine öffentlichen Einwände oder weiterreichende Forderungen nach einem Beschluss der Gesetze.

Wesentlichen Anteil hatte der BGB dafür bei der Einrichtung eines „Landesausschusses für Unfallverhütung und Arbeitsschutz“ Ende 1947, der paritätisch aus je fünf Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmern zusammengesetzt war und sich um die rechtliche Sicherung von Unfallverhütung und Arbeitsschutz einsetzte.<sup>312</sup>

Unzufriedenheit herrschte auf dem Gebiet des Rechtsschutzes beim BGB in den Jahren 1946 und 1947 bei der Umsetzung von Arbeitsgerichten. Ihre Einrichtung ging dem Bayerischen Gewerkschafts-Bund zu langsam voran: Er „könne [es] nicht weiter dulden, dass durch bürokratische Hemmungen und haushaltsrechtliche Bedenken die Eröffnung der Arbeitsgerichte noch länger verschleppt wird.“<sup>313</sup> Er berief sich dabei auf die bayerische Verfassung, in der der Aufbau von Arbeitsgerichten festgeschrieben worden sei.<sup>314</sup>

Im Laufe des Jahres 1947 diskutierten schließlich der BGB, das Arbeitsministerium sowie das Wirtschaftsministerium über die Umsetzung von Arbeitsgerichten und kamen dabei zu drei Entschlüssen: 1. Die Arbeitsgerichtsbehörden sollten durch Landesbehörden für Arbeitsverwaltung errichtet werden und deren Aufsicht unterstehen. 2. Die Gerichte sollten auch in erster Instanz mit juristisch nicht vorgebildeten Vorsitzenden vorgenommen werden können, und 3. dass Rechtsanwälte und Personen die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben als Prozessbevollmächtigte und Beistände ausgeschlossen werden würden. Außerdem wurde sich

---

<sup>312</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 100.

<sup>313</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 162.

<sup>314</sup> Vgl. ebd., S. 162.

darauf verständigt, Arbeitsgerichte in München, Rosenheim, Augsburg, Regensburg, Passau, Weiden, Nürnberg, Bamberg, Bayreuth und Würzburg, ein Landesarbeitsgericht in München und 25 weitere Zweigstellen zu errichten.<sup>315</sup> Mit Beginn des Jahres 1948 konnten diese nach und nach ihre Arbeit aufnehmen.<sup>316</sup> Als weiteren wichtigen Punkt bei der Arbeitsaufnahme der Gerichte, erreichte der BGB ein Vorschlagsrecht. Dieses sah vor, dass er bei der Besetzung der Vorsitzendenstellen der Arbeitsgerichte Vorschläge machen und Gutachten einreichen dürfe.<sup>317</sup>

Bei Rechtsstreitigkeiten bot der BGB seinen Mitgliedern Hilfe an. Um diese Hilfe in Anspruch nehmen zu können, musste ein Gewerkschafter mindesten schon 13 Wochen Mitglied sein, außer es handelte sich bei dem Streitfall um Organisationsinteressen. Um den Rechtsschutz der Gewerkschaft, der auch Bezahlung von Gerichts- und Anwaltskosten umfasste, zu bekommen, musste beim Rechtsstellenleiter des jeweiligen Ortsausschusses ein Antrag mit entsprechenden Unterlagen eingereicht werden, der dann bearbeitet wurde.<sup>318</sup> In den Ortsausschüssen wurden dabei im Jahr 1947 46.176,<sup>319</sup> im Jahr 1948 148.490<sup>320</sup> und im Jahr 1949 199.319<sup>321</sup> Auskünfte erteilt. Die meisten Auskünfte bezogen sich dabei auf Entlassungen, Lohn- und Gehaltsfragen, Urlaub und Urlaubsgeld sowie die Sozialversicherung. Der Anstieg der Auskünfte in den Jahren 1948 und 1949 lässt sich dadurch erklären, dass mit der Währungsreform auch die

---

<sup>315</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 97.

<sup>316</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 149.

<sup>317</sup> Vgl. Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 1. Jahrgang, Nr. 3/48, März 1948, S. 53-54.

<sup>318</sup> Vgl. ebd., S. 134-135.

<sup>319</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 90-91.

<sup>320</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 136-138.

<sup>321</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1949, S. 77-79.

wirtschaftliche Freiheit eingeführt wurde und es daher zu mehr Rechtsproblem kommen konnte.

#### 1.4. Demontagen

Ein für den Bayerischen Gewerkschafts-Bund wichtiger wirtschaftspolitischer Aspekt war die von den Alliierten durchgeführte Demontage von Betrieben. Diese sollte dazu dienen, die während des NS-Regimes enorm gewachsene Industriekapazität zu verringern und gleichzeitig aus den demontierten Betrieben Reparation in Form von Produktionsgütern, wie Maschinen, etc., für die ehemals von Deutschland besetzten Gebiete zu entnehmen und für Kriegsschäden zu entschädigen. Außerdem sollte so die deutsche Rüstungsindustrie nachhaltig geschwächt werden.<sup>322</sup> Die Demontagen im Rahmen dieser Demilitarisierung wurden bereits im Potsdamer Abkommen 1945 festgelegt und gehörten zu den sogenannten „4 D“, welche die politische Ziele der Alliierten für das Nachkriegsdeutschland festsetzten: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung.

Bei den Gewerkschaften herrschte zunächst eine Furcht vor den Demontagen und dem Abbau von Industrie. Die Angst lag hauptsächlich darin begründet, dass sie durch eine zu starke Demontage von Industriebetrieben fürchteten, die Arbeitslosigkeit würde steigen.<sup>323</sup>

Mit dem „Plan für die Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegswirtschaft in Übereinstimmung mit dem Berliner

---

<sup>322</sup> Vgl. Benz, Wolfgang: Auftrag Demokratie, S. 62.

<sup>323</sup> Vgl. Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre in Bayern, 1. Jahrgang, Nr.17/48, 1. Novemberhälfte, S. 407.

Protokoll“ des Alliierten Kontrollrats vom 26. März 1946, auch 1. Industrieplan genannt, wurden erstmals Richtlinien für die Demontagen festgelegt. Festgeschrieben wurde eine Senkung des deutschen Industrieniveaus auf 50 % bis 55 % von 1938 oder 70 % bis 75 % von 1936 und, dass Reparationen ausschließlich aus demontierten Betrieben und nicht aus der laufenden Produktion zu entnehmen seien.<sup>324</sup> Dies hätte einem Abbau von 1.800 Betrieben entsprochen.<sup>325</sup>

Auch in Bayern begannen im März 1946 die Demontagen, aber ohne eine offizielle vorhandene Liste, welche Betriebe zu demontieren seien. Doch bereits am 4. Mai 1946 wurden die Demontagen in Bayern durch die Amerikaner wieder gestoppt, um die Franzosen und die Russen zu einem einheitlichen deutschen Wirtschaftsraum zu zwingen.<sup>326</sup> Bis zum Jahresende 1946 waren allerdings insgesamt 73 Güterzüge mit 1100 Wagons bereits demontiert worden.<sup>327</sup> Von gewerkschaftlicher Seite sind auf diese frühen Demontagen in Bayern keine Reaktionen bekannt. Zurückzuführen ist diese Zurückhaltung darauf, dass die Gewerkschaften in Bayern noch sehr stark mit dem eigenen Wiederaufbau beschäftigt waren. Stattdessen legte insbesondere die bayerische Staatsregierung Protest gegen die Demontage ein.<sup>328</sup> Der BGB war erst mit dem Beginn der zweiten Phase der Demontagen in der Lage, ihre Zurückhaltung aufgeben zu können.

Die zweite Phase der Demontagen begann mit dem 2. Industrieplan vom August 1947, der den Abbau von Betrieben für die Bizone vorsah.

---

<sup>324</sup> Vgl. Gesch, Hans-Dieter: Die bayerische Wirtschaft in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, Bern, Univ., Diss., 1969, S. 32.

<sup>325</sup> Vgl. Benz, Wolfgang: Auftrag Demokratie, S. 62-64.

<sup>326</sup> Vgl. Schreyer, Klaus: Bayern – ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem, München 1969, S. 208.

<sup>327</sup> Vgl. Schröder, Michael: In der vereinten Kraft, S. 51.

<sup>328</sup> Vgl. ebd., S. 53.



Auch wenn der 2. Industrieplan deutlich milder ausfiel als sein Vorgänger – die Demontageliste umfasste ungefähr nur halb so viele Betriebe wie vorher –, herrschte in der allgemeinen Aufbruchstimmung des Wiederaufbaus ein Gefühl des Schocks und der Machtlosigkeit gegenüber der Militärregierung und der plötzlich zu demontierenden Wirtschaft.<sup>329</sup>

Auch der BGB war geschockt über die Wiederaufnahme der Demontagen, versuchte dann aber Gegenmaßnahmen einzuleiten, um eine möglichst erträgliche Durchführung für die bayerische Wirtschaft und die betroffenen Arbeitnehmer zu erreichen. Dafür richtete er ein Sonderreferat für Demontagen ein, das den betroffenen Betrieben helfen sollte, Ersatz für abgebaute Maschinen zu beschaffen, und forderte die Betriebsräte auf, Vorschläge für eine schonende Durchführung der Demontagen zu machen.<sup>330</sup> Darüber hinaus arbeiteten einige Gewerkschafter im Reparationsausschuss im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft mit, um auf die Folgen der Demontagen aufmerksam zu machen.<sup>331</sup> Letztlich musste sich der BGB aber mit der Liste der in Bayern zu demontierenden Betriebe zufrieden geben. Dies geht aus einer Entschließung an die Militärregierung hervor. Darin teilte der BGB mit, die Demontageliste anzuerkennen, sofern die Liste endgültig sei und jegliche Reparationszahlungen nur aus den demontierten Betrieben kämen und nicht aus der laufenden Produktion. Ebenfalls erwartete der BGB, dass die Militärregierung die Demontagen so durchführen würde, dass der bayerischen Wirtschaft Lebensmöglichkeiten gelassen würden und sie

---

<sup>329</sup> Vgl. Benz, Wolfgang: Auftrag Demokratie, S. 65, 213.

<sup>330</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 65.

<sup>331</sup> Gerstenberg, Günther: Der Wiederaufbau der Münchner Gewerkschaftsbewegung, S. 35-36

dabei helfe, den betroffenen Belegschaften neue Arbeitsplätze zu beschaffen.<sup>332</sup>

Da der BGB davon ausging, dass bei einer rücksichtslosen Durchführung der Demontagen in Bayern 16.000 Arbeitnehmer betroffen wären, richtete er gleichzeitig eine EntschlieÙung an die bayerische Staatsregierung mit der Forderung nach Sozialmaßnahmen für die betroffenen Arbeiter. Diese Forderungen lauteten, dass die bayerische Staatsregierung dafür Sorge zu tragen habe, dass Arbeiter, die einen Stellungsverlust erlitten haben, rasch einen neuen Arbeitsplatz in gleicher Stellung wie der vorherige bekämen, dass ihnen bei einem eventuellen durch die Demontagen bedingten Ortswechsel von Seiten der Arbeitnehmern bevorzugt Wohnraum zur Verfügung gestellt werden würde, und dass der Lohnausfall der Arbeitnehmer von öffentlichen Mitteln aufgefangen werden sollte.<sup>333</sup> Sowohl das Arbeits- als auch das Innenministerium kamen diesen Forderungen entgegen und versprachen Hilfe. Das Innenministerium sicherte dem BGB zu, bei Umsiedlungen zu helfen und das Arbeitsministerium versprach einen unbefristeten Lohnersatz für die Arbeitnehmer.<sup>334</sup>

Obwohl die Demontagen im Jahr 1949 beendet waren, musste der BGB noch einmal tätig werden, beziehungsweise versuchte dies. Das geht aus seinem Geschäftsbericht des Jahres 1949 hervor. Bei den Aluminiumwerken in Töging sollte im Jahr 1949 das Ofenhaus noch nachträglich demontiert werden. Der BGB versuchte dies zu verhindern. Er konnte durch seinen Protest zwar einen Aufschub

---

<sup>332</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 20/47, vom 15.10.1947.

<sup>333</sup> Vgl. ebd.

<sup>334</sup> Vgl. ebd.

erreichen, die Demontage des Ofenhauses aber nicht verhindern, da die Militärregierung vehement darauf bestand.<sup>335</sup>

Insgesamt war der Bayerische Gewerkschafts-Bund mit dem Verlauf und dem Ende der Demontage im Jahr 1948 zufrieden, auch wenn er, was die Anzahl der demontierten Betriebe betrifft, keinen Einfluss auf die Militärregierung nehmen konnte. Dagegen war er mit der Erreichung und Durchführung der von ihm initiierten sozialpolitischen Maßnahmen äußerst zufrieden.<sup>336</sup>

## 1.5. Währungsreform und Lastenausgleich

Der Zweite Weltkrieg hatte in finanzieller Hinsicht große Schäden für das Deutsche Reich bedeutet. Der Staat war überschuldet, viele Menschen durch die Bombenangriffe mittellos und eine große Anzahl an Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten hatte alles verloren. Um die hiervon Betroffenen zu entschädigen, kam es bereits direkt nach dem Krieg zu der Idee, die Lasten gleichmäßig auf die Bevölkerung zu verteilen. Erste Feststellungen über die Höhe der Schäden und wie diese finanziell behoben und verteilt werden könnten, gab es bereits kurz nach dem Krieg. Dennoch waren die Diskussionen um eine gerechte Verteilung der Lasten kompliziert, langwierig und zogen sich durch alle Bevölkerungsschichten.<sup>337</sup>

---

<sup>335</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1949, S. 60-61.

<sup>336</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 100.

<sup>337</sup> Für einen Überblick über die Diskussionen zum Lastenausgleich siehe: Wenzel, Rüdiger: Die große Verschiebung? Das Ringen um den Lastenausgleich im Nachkriegsdeutschland von den ersten Vorarbeiten bis zur Verabschiedung des Gesetzes 1952 (Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft, Bd. 70), Stuttgart 2008, S. 31.

Für den BGB war dieser sogenannte Lastenausgleich von Anfang an mit einer möglichen Währungsreform gekoppelt und beide nahmen zusammen eine zentrale Stellung in der Wirtschaftspolitik ein, denn „[d]ie Art und Weise, wie nach diesem Krieg das Problem der Verteilung der Kriegskosten gelöst [würde], [würde] mehr als alles andere über die soziale Struktur des deutschen Volks und die politischen Folgen, die sie notwendig nach sich [zögen entscheiden].“<sup>338</sup> Grundlage der gewerkschaftlichen Stellung zu Währungsreform und Lastenausgleich war der bereits erwähnte „Plan G“ aus dem Jahr 1946 des „Ausschusses für Wirtschafts- und Finanzpolitik der bayerischen Gewerkschaften“, der, besonders was die Finanzpolitik betraf, mit der „Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft in Bayern“, einer Gemeinschaft, die sich mit der Regulierung von Kriegsschäden und Reichschulden auseinandersetzte, zusammenarbeitete.<sup>339</sup> Als Grundsätze sind dabei die Neuordnung des Geldwesens, die Ablehnung einer einseitigen Schädigung der Sozialversicherten und der Sparer, die Belastung der Eigentümer von Sachwerten und eine angemessene Entschädigung der Opfer des Krieges für eine Währungsreform und einen Lastenausgleich festgelegt worden.<sup>340</sup> Diese Punkte bildeten schließlich die Grundlage der Meinung des BGB. So berief sich beispielsweise Georg Reuter im Juni 1948, also kurz vor der Währungsreform, in einer Radioansprache in der Sendung „Die Gewerkschaft ruft!“ noch auf eben diesen „Plan G“. <sup>341</sup> Allerdings erweiterte der BGB mit der Zeit die Grundsätze aus dem Jahr 1946. Dabei kam es ihm besonders auf zwei Aspekte an: Der erste, der auch

---

<sup>338</sup> Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 7/46, vom 20.11.1946.

<sup>339</sup> Vgl. Wenzel, Rüdiger: Die große Verschiebung?, S. 32.

<sup>340</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, Dritter Jahrgang, Nr. 12/48, Zweite Juni-Hälfte 1948.

<sup>341</sup> Vgl. ebd.

schon unter dem Punkt der Ablehnung der einseitigen Belastung der Sparer im „Plan G“ vorhanden war, besagte, dass bei einem Lastenausgleich der Kriegsfolgekosten die Kosten auf alle Arten von Vermögen angewandt werden sollten, also eine gleiche Belastung von Geld- und Sachvermögen und die Belastung je nach Größe des Vermögens und der möglichen Gewinne aus Rüstung und Krieg progressiv gestaltet werden sollte, um so die Kosten gerecht verteilen zu können. Der zweite Aspekt betraf die Währungsreform, nach der, so der BGB, der Geldüberhang zwar beseitigt werden sollte, aber die Preise gleichzeitig nicht ansteigen dürften.<sup>342</sup>

Diese Wünsche des BGB, besonders die parallele Durchführung von Währungsreform und Lastenausgleich, wurden letztlich bei der Durchführung der Währungsreform im Juni 1948 nicht berücksichtigt. Daher herrschte in der bayerischen Gewerkschaftsbewegung auch allgemeines Bedauern darüber, dass der Lastenausgleich nicht mit durchgeführt worden war.<sup>343</sup> Dennoch wurde die Währungsreform an sich vom BGB begrüßt, auch wenn sich der BGB bewusst war, dass die Währungsreform kein „Allheilmittel“<sup>344</sup> gegen die wirtschaftlichen Probleme der Zeit war und in der Durchführung ohne die SBZ politische und wirtschaftliche Gefahren lagen.<sup>345</sup>

Nachdem also die Währungsreform stattfand, der Lastenausgleich aber nicht, setzte sich der BGB zwar weiterhin unter den beschriebenen Bedingungen für den Lastenausgleich ein,<sup>346</sup> konnte bei diesem Thema aber keine politischen Akzente mehr setzen. Dies lag daran, dass der

---

<sup>342</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 66-69.

<sup>343</sup> Vgl. IGM 5/IGMA45420208.

<sup>344</sup> DGB 5/DGBF000130, Bl. 31.

<sup>345</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, Dritter Jahrgang, Nr. 12/48, Zweite Juni-Hälfte 1948.

<sup>346</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 302.

Lastenausgleich ein Thema war, welches ganz Deutschland betraf. So war es eigentlich Aufgabe der Interzonenkonferenzen und des Gewerkschaftsrates, Stellung zu diesem Thema zu beziehen. Allerdings konnten sich die unterschiedlichen Gewerkschaftsbünde aufgrund verschiedener Vorstellungen nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen.<sup>347</sup> Auch im DGB ab 1949 waren sich die Gewerkschafter nicht über eine politische Linie einig. Letztlich verwies der DGB in einer Stellungnahme im März 1951 lediglich darauf, dass die Existenzsicherung der arbeitsunfähigen Vertriebenen im Mittelpunkt stehen sollte. Das wurde schließlich Lastenausgleichsgesetz am 14. August 1952 ohne großen gewerkschaftlichen Einfluss verabschiedet.<sup>348</sup>

## 1.6. European Recovery Program („Marshall-Plan“)

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren nach dem Zweiten Weltkrieg zu dem Schluss gekommen, dass das zerstörte Europa nicht ohne Hilfe von selbst den Wiederaufbau schaffen würde. Vielmehr bedürfte es ein großes konzeptionelles Hilfsprogramm, welches neben finanziellen Mitteln auch Rohstoffe, Lebensmittel und Waren enthalte. Die Wirtschaft sollte so gestärkt und die Bevölkerung ernährt werden, nachdem die ausschließlich finanziellen Hilfen bis 1947 keine ausreichende Wirkung entfaltet hatten. Aus diesem Denken heraus

---

<sup>347</sup> Vgl. Wenzel, Rüdiger: Die große Verschiebung?, S. 65.

<sup>348</sup> Vgl. ebd., S. 141-142, 215.

entstand das European Recovery Programm, der sogenannte „Marschall-Plan“. <sup>349</sup>

Auch wenn das ERP kein großer Schwerpunkt der Politik des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes war, soll aufgrund der Bedeutung und Tragweite dieses Programms kurz die Stellung des BGB dargestellt werden.

Der Bundesausschuss des BGB stimmte mit großer Mehrheit für den „Marshall-Plan“ <sup>350</sup> und schloss sich in der Haltung zum ERP der internationalen Gewerkschaftskonferenz in London an. Diese kam zu dem Schluss, dass die Durchführungsbedingungen des „Marshall-Plans“ nicht unannehmbar waren. Durch Hoffnung auf eine verbesserte wirtschaftliche Lage und damit auf eine Verbesserung der Lebensumstände durch die Hilfen aus den USA, war der BGB dem „Marshall-Plan“ gegenüber sogar wohl gesonnen. <sup>351</sup> Er kam aber auch zu der Einsicht, dass er keine andere Wahl habe, als den Beschluss zu akzeptieren, da er einsah, dass das ERP in jedem Fall, auch bei einem Veto der Gewerkschaften, von der Militärregierung durchgeführt worden wäre. <sup>352</sup>

## 2. Sozialpolitik

„Aufgabe und Ziel der Gewerkschaften ist die Gestaltung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der schaffenden

---

<sup>349</sup> Vgl. Lehmann, Axel: Der Marschall-Plan und das neue Deutschland. Die Folgen amerikanischer Besatzungspolitik in den Westzonen, Münster 2000, S. 40-44.

<sup>350</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 38-39.

<sup>351</sup> Vgl. Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 1. Jahrgang, Nr. 4/1948, April 1948, S. 53-54.

<sup>352</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 38-39.

Bevölkerung, die Sozialpolitik.“<sup>353</sup> Aufgrund dieser politischen Ausrichtung war neben der Wirtschaftspolitik die Sozialpolitik der zweite große thematische Schwerpunkt des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes.

## 2.1. Sozialversicherung

Um die Arbeitgeber im Falle von Unfällen oder anderen unvorhersehbaren Ereignissen, die zur Aufgabe der Arbeit führen könnten, zu schützen und sozial abzusichern, beschäftigte sich der BGB mit der Sozialversicherungsgesetzgebung und einer Neuordnung dieser. Bereits auf dem ersten Bundestag 1947 wurden die grundlegenden Richtlinien festgelegt, die der BGB in diesem Punkt vertrat: Ein einheitliches Sozialversicherungsgesetz für ganz Deutschland, welches für Krankheit, Erwerbsunfähigkeit, Rente und Erwerbsminderung zuständig sein sollte, die Durchführung der Sozialversicherungsaufgaben sollte durch einheitliche Versicherungsträger, die zur Wahrnehmung der Interessen der Versicherten nach Ländern, Bezirken und Gemeinden gegliedert werden sollten, geschehen, eine Ausdehnung der Versicherungspflicht stattfinden, so dass eine Art „Volksversicherung“ entstehen würde, ein Rechtsanspruch eingeführt und die Selbstverwaltung durch die Versicherten gewährleistet werden.<sup>354</sup> Diesen Forderungen verlieh der BGB immer wieder Nachdruck und bekräftigte sie durch Bundestagsbeschlüsse und

---

<sup>353</sup> Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 1. Jahrgang, Sondernummer, April 1948, S. 9.

<sup>354</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 171.



Zeitungsartikel.<sup>355</sup> Der BGB stützte sich dabei auch auf ein Gutachten des Länderrats in Stuttgart vom 21. Oktober 1946, welches die Notwendigkeit herausstellte, eine Sozialversicherung für das gesamte deutsche Gebiet herzustellen und bisher bestehende Ersatzkassen und Betriebskrankenkassen abzuschaffen, beziehungsweise deren Außenstellen mit anderen Aufgaben wie der Beratung und Auskunftserteilung der allgemeinen Sozialversicherung zu betreuen.<sup>356</sup> Besonders die Krankenkassen waren gegen eine umfassende Sozialversicherung, da sie meinten, eine derartige Körperschaft wäre zu groß und nicht nah genug an den Menschen und die Rechte einzelner würden beschränkt werden.<sup>357</sup>

Der wichtigste Punkt bei einer Neuordnung war für den BGB die Selbstverwaltung der Versicherten, damit diese ein größeres Mitspracherecht bekämen. Deshalb forderte er einen demokratischen Aufbau der Körperschaft der Sozialversicherung, in deren Gremien 2/3 der Mitglieder die Versicherten und 1/3 die Arbeitgeber stellen würden.<sup>358</sup> Mit dieser Forderung hatte der BGB zunächst Erfolg. Durch die Verordnung 130 vom 28. August 1947 schuf das Land Bayern die Rechtsgrundlage für eine Reform wie sie die Gewerkschafter befürworteten. Dann aber wurde die Reform in Bayern mit Rücksicht auf die Bizone nicht durchgeführt und letztlich im Jahr 1949 an das neu gegründete Bundesparlament überwiesen, worüber der BGB

---

<sup>355</sup> Vgl. Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 1. Jahrgang, Sondernummer, April 1948, S. 11-12. Auch: Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 301.

<sup>356</sup> Vgl. Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 1. Jahrgang, Sondernummer, April 1948, S. 15-16.

<sup>357</sup> Vgl. ebd., S. 13-14.

<sup>358</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 128-129.

schwer enttäuscht war.<sup>359</sup> Der BGB forderte deswegen auf seinem dritten Bundestag, der ursprünglich nur zu seiner Auflösung gedacht war, mit seiner einzigen dort geschlossene EntschlieÙung noch einmal vehement die Herstellung der Selbstverwaltung der Sozialversicherung und eine Mehrheit der Arbeiter in den Gremien der Körperschaft.<sup>360</sup>

Auch wenn der BGB mit seinen Forderungen zur Sozialversicherungsgesetzgebung, besonders mit der zur Selbstverwaltung, keinen Erfolg hatte, konnte er zumindest in Bezug auf die Höhe der Sätze der bestehenden Sozialversicherung erfolgreich tätig werden. Er setzte sich erfolgreich für eine Erhöhung der Flüchtlingsrenten und der Renten für Körperbeschädigte im Jahr 1947<sup>361</sup> und, in Kooperation mit den anderen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsrat, für eine Erhöhung der Renten für Invalide, Witwen und Waisen ein.<sup>362</sup> Ebenfalls waren sie erfolgreich bei der Ausarbeitung des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes des Jahres 1949, welches die Leistungen der Sozialversicherung an das Lohn-Preis-Gefüge anpasste.<sup>363</sup>

## 2.2. Ernährungs- und Versorgungspolitik

Das größte Problem der Nachkriegszeit bestand in der Ernährungs- und Versorgungslage, weshalb der Bayerische Gewerkschafts-Bund auf dieses Feld der Sozialpolitik seinen Schwerpunkt legte. Ein Blick auf die Versorgungssituation nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, wie

---

<sup>359</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 101-102. Auch: Protokoll des Dritten ordentlichen Bundestags, S. 186-187.

<sup>360</sup> Vgl. Protokoll des Dritten ordentlichen Bundestags, S. 246.

<sup>361</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 101.

<sup>362</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 126-127.

<sup>363</sup> Vgl. Protokoll des Dritten ordentlichen Bundestags, S. 176-177.

schwierig die Lage besonders in den Jahren 1945 bis 1948 war. Mit dem Wegfall der deutschen Ostgebiete, die auch die westlichen deutschen Gebiete vor dem Krieg mitversorgt hatten, fehlten Deutschland ca. 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche.<sup>364</sup> Insgesamt konnte Deutschland vor dem Krieg 80 % seiner Ernährung selbst sichern, nach dem Krieg nur noch 35 %.<sup>365</sup> So mussten sich die Länder zunächst selbständig versorgen. Dies stellte auch Bayern vor erhebliche Probleme. Besonders der Mangel an Dünger und der harte Winter 1946/47 sowie die Dürre des Sommers 1947 sorgten für schlechte Ernten und große Versorgungsprobleme mit Nahrungsmitteln.<sup>366</sup> Gleichzeitig führten Kapazitätseinbußen in vielen Industriebereichen von bis zu 75 %, beispielsweise in der elektronischen Industrie und im Maschinenbau,<sup>367</sup> für Versorgungsengpässe mit anderen wichtigen Gütern. Diese wurden durch Engpässe in der Energieversorgung, die durch die Dürre im Jahr 1947 hervorgerufen wurden, da große Teile der Energie Bayern aus Wasserkraftwerken gewonnen wurde<sup>368</sup> und auch der bayerische Kohlebergbau erst 1947 wieder das Vorkriegsniveau erreicht hatte, noch zusätzlich verschlimmert.<sup>369</sup> Darüber hinaus war es schwierig, die vorhandenen Waren zu verteilen, denn wichtige Eisenbahnstrecken

---

<sup>364</sup> Vgl. Erker, Paul: Solidarität und Selbsthilfe. Die Arbeiterschaft in der Ernährungskrise, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Neuanfang in Bayern, München 1988, S. 84.

<sup>365</sup> Vgl. Benz, Wolfgang: Auftrag Demokratie, S. 105.

<sup>366</sup> Vgl. Schreyer, Klaus: Bayern – ein Industriestaat, S. 170. Auch: Gömmel, Rainer: Gewerbe, Handel und Verkehr, in: Alois Schmid (Hrsg.): Handbuch der Bayerischen Geschichte (Bd. IV/II). Das neue Bayern. Vom 1800 bis zur Gegenwart. Die innere und kulturelle Entwicklung, 2. über. Aufl., München 2007, S. 266.

<sup>367</sup> Vgl. Gömmel, Rainer: Gewerbe, Handel und Verkehr, S. 264.

<sup>368</sup> Vgl. Schreyer, Klaus: Bayern – ein Industriestaat, S. 179

<sup>369</sup> Vgl. ebd., S. 172-173.

waren zerstört oder nicht befahrbar. Auch die Anzahl der benutzbaren Lokomotiven und Waggon lag weit unter dem Niveau von vor dem Krieg.<sup>370</sup> So wundert es nicht, dass Ernst Günzner, der sich als aktives Gewerkschaftsmitglied in Ebersberg auch um die Ernährungssituation Gedanken machte, feststellte: „Alles drehte sich ums Essen!“<sup>371</sup>

Diese Mangelwirtschaft führte schließlich zu einem weiteren Problem, dem des Schwarzmarktes. Dort wurden circa 10-15 % aller Waren, aber bis zu 80 % aller Mangelwaren wurden dort zu deutlich überhöhten Preisen illegal angeboten. Das hatte eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten zur Folge, da man einige Waren fast ausschließlich nur über den Schwarzmarkt bekommen konnte.<sup>372</sup>

Mit diesen Problemen als Hintergrund versuchte der Bayerische Gewerkschafts-Bund, die Versorgungslage und die Not der Menschen zu verbessern.

Dabei verfolgte der BGB besonders im Jahr 1947 eine sehr aktive Politik, was die Ernährungs- und Versorgungsfragen anging. Ein erstes Anliegen war, die Existenz der Arbeitnehmer zu sichern, sofern es zu Betriebsstillegungen aufgrund von Wasser- und Strommangel und somit zu Lohnausfall käme. Dabei sollte der Staat für den ausgefallenen Lohn aufkommen.<sup>373</sup> Diese Forderung wurde letztlich mit dem „Gesetz über die Vergütung der Lohnausfälle der Arbeitnehmer bei Betriebseinschränkung und Stilllegung wegen Kohlen-, Strom- und

---

<sup>370</sup> Vgl. Detje, Richard / Bechmann, Reinhard, u. a.: Von der Westzone zum Kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1982, S. 39.

<sup>371</sup> Ernst Günzner, Hinter den Kulissen des DGB-Gründungskongresses, S. 224-227.

<sup>372</sup> Vgl. Detje, Richard / Bechmann, Reinhard, u. a.: Von der Westzone zum Kalten Krieg, S. 90.

<sup>373</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 2/47, vom 25.01.1947.

Gasmangel“ im März 1947 festgelegt.<sup>374</sup> Auf dieses Gesetz wurde auch nach dem Jahr 1947 noch zurückgegriffen und 1948 in einer aktualisierten Version wieder verabschiedet.<sup>375</sup>

Darüber hinaus forderte der BGB ein hartes Vorgehen gegen den Schwarzmarkt<sup>376</sup> und eine bessere Publizität des Bewirtschaftungssystems, um kontrollieren zu können, welche Waren die einzelnen Bewirtschaftungsstellen bekamen und wieder ausgaben.<sup>377</sup> Um diesen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen und um bessere Wege für die Herstellung, Verteilung und Kontrolle der Nahrungsproduktion zu entwickeln, beschlossen der Bayerische Gewerkschafts-Bund und der Bayerische Bauern-Verband (BBV) am 19. Mai 1947 eine Arbeitsgemeinschaft.<sup>378</sup> Eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen kam aber nicht zustande. Zu groß waren die unterschiedlichen Ansichten. Zwar konnte im September 1947 noch ein gemeinsames Notprogramm zur Behebung der Ernährungskrise veröffentlicht werden, allerdings war dieses nur ein Kompromiss, der beide Seiten nicht zufrieden stellte und dessen Erfolg ausblieb. Einzig

---

<sup>374</sup> Vgl. Gesetz Nr. 63 über die Vergütung der Lohnausfälle der Arbeitnehmer bei Betriebseinschränkung und Stilllegung wegen Kohlen-, Strom- und Gasmangel vom 26. März 1947, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, hrsg. v. d. Bayerischen Staatskanzlei, Nr. 8/47, S. 100.

<sup>375</sup> Vgl. Gesetz Nr. 114 über die Vergütung der Lohnausfälle der Arbeitnehmer bei Betriebseinschränkung und Stilllegung wegen Kohlen-, Strom- und Gasmangel vom 25. März 1948, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, hrsg. v. d. Bayerischen Staatskanzlei, Nr. 10/48, S. 59.

<sup>376</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 10/47, vom 25.05.1947.

<sup>377</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 4/47, vom 25.02.1947.

<sup>378</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 10/47, vom 25.05.1947. Auch: Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 11/47, vom 10.06.1947.

bei der Bekämpfung des Schwarzmarktes arbeiteten BGB und BBV erfolgreich zusammen.<sup>379</sup>

Im Frühjahr der Jahres 1947 brach die erste große Streikwelle, mit Streiks in vielen bayerischen Großstädten, herein. Hauptthemen waren die nur langsam voranschreitende Entnazifizierung und besonders die schlechte Versorgungslage. Nach Diskussionen mit der amerikanischen Militärregierung sprach sich der BGB gegen die Streiks aus:<sup>380</sup> „Es wäre Wahnsinn, weil völlig zwecklos, wollten wir in diesem Augenblick mit Streiks und Demonstrationen unser gewerkschaftliches Wollen bekunden. Streiks in diesem Augenblick würden unsere Lage verschlimmern.“<sup>381</sup> Als Begründung für diese Haltung teilte der Vorstand des BGB seinen Mitgliedern mit, dass Streiks ein schlechtes Zeichen und Unwollen gegenüber den Amerikanern zeigen würden, was durchaus negative Folgen haben könnte, da man durch die Lebensmitteleinfuhren der Amerikaner auf diese angewiesen sei.<sup>382</sup>

Anstatt auf das traditionelle Mittel des gewerkschaftlichen Streiks zu setzen, versuchte es der BGB weiter mit Verhandlungen mit dem bayerischen Staat, um die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Dabei erzielte der BGB nach Auseinandersetzungen mit der Staatsregierung mit der Mepro-Aktion unter dem Motto „Hunger zwingt zur 40-Stunden-Woche“ einen seiner größten Erfolge. Die Mepro-Aktion bedeutete, dass von Juli bis einschließlich September 1947 die Arbeitszeit für alle nicht lebenswichtigen Industrien auf 40 Stunden pro Woche heruntergesetzt wurde und für alle lebenswichtigen

---

<sup>379</sup> Vgl. Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943 – 1953, Stuttgart 2005, S.192-194.

<sup>380</sup> Vgl. ebd., S. 198/199.

<sup>381</sup> Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 10/47, vom 25.02.1947.

<sup>382</sup> Vgl. ebd.

Industrien, beispielsweise dem Bergbau, die Arbeiter die so genannte Mepro-Zulage, also mehr Nahrung in den Werksküchen für die Arbeiter, bekamen. Von Seiten der Staatsregierung genehmigt war allerdings nur die Werksküchenzulage, die Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche dagegen nicht. Diese scheiterte auch durch den Widerstand der Arbeitgeber.

Um die 40-Stunden-Woche dennoch durchzusetzen, rief der BGB dazu auf, vor Ort Vereinbarungen innerhalb der Betriebe durchzuführen und falls die Verhandlungen scheitern sollten, die Arbeit im jeweiligen Betrieb nach 40 Stunden niederzulegen. Ursprung dieser Initiative war die weiterhin sehr schlechte Ernährungslage der Arbeiterschaft, so dass der BGB gesundheitliche Schäden befürchtete, wenn die Arbeitszeit nicht auf 40 Stunden gesenkt oder nicht mehr Nahrung zur Verfügung gestellt werden würde.<sup>383</sup>

In vielen Betrieben wurden daraufhin Vereinbarungen getroffen, stellenweise auch unter Lohnkürzungen, je nach geleisteter Arbeitszeit.<sup>384</sup> Die Werksküchenzulage erhielten dagegen bis 30. September 1947 585.000 Arbeitnehmer.<sup>385</sup> Insgesamt wertete der BGB schon Ende September die Aktion als vollen Erfolg, denn die Arbeiter seien nach diesen drei Monaten in einer deutlich besseren körperlichen Verfassung als vorher gewesen.<sup>386</sup> Trotz des Erfolges wurde die Aktion nicht über den Monat September hinaus verlängert. Zwei Gründe waren dafür verantwortlich: Zum einen gab die Militärregierung bekannt, dass die Aktion gegen die Direktive 14 verstoße, da weniger

---

<sup>383</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Sondernummer, vom 30.06.1947.

<sup>384</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, 19/47, vom 10.10.1947

<sup>385</sup> Vgl. Merl, Wilhelm: Die arbeits- und lohnpolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften in Bayern nach 1945 bis Ende 1947, München, Univ., Diss., 1948, S. 105.

<sup>386</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, 18/47, vom 25.09.1947.

Stunden bei gleichem Gehalt gearbeitet werden würde, die Direktive aber die Arbeitszeit an das Gehalt koppelte.<sup>387</sup> Zum anderen konnte die Aktion wegen der Missernte des Jahres 1947 nicht verlängert werden, da die Befürchtung bestand, nicht ausreichend Nahrung für die Wintermonate zu haben, falls weiterhin größere Rationen an die Arbeiter ausgeteilt würden.<sup>388</sup>

Um die Nahrungssituation für die Wintermonate zu verbessern, wurden so genannte „Hofbegehungskommissionen“ gebildet. Diese bestanden aus Mitarbeitern der Ernährungsämter und der Polizei und je einem Vertreter von BGB und BBV<sup>389</sup> und sollten überprüfen, inwiefern die Kartoffeln von den einzelnen Bauern im Rahmen des vom Wirtschaftsrat erlassenen „Gesetzes zur Sicherung der Kartoffelernte“<sup>390</sup> abgegeben worden waren. Diese Hofbegehungen erwiesen sich ebenfalls als Erfolg. Der BGB berichtet, dass nach der Kontrolle der Bauern in 35 von 70 Ortsausschüssen bereits über 230.000 Tonnen zusätzliche Kartoffeln aufgespürt werden konnten<sup>391</sup> und deshalb die Kommissionen von 100 auf 150 aufgestockt werden würden, um so weitere Erfolge erzielen zu können.<sup>392</sup>

Trotzdem verschlechterte sich die Versorgungslage im Winter 1947/48 drastisch. Deshalb kam es im Januar und Februar 1948 wieder zu

---

<sup>387</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 80-81.

<sup>388</sup> Vgl. IGM 5/IGMA45420206

<sup>389</sup> Vgl. AdMA Informationsdienst des BGB. Der Bundesvorstand, Sonderrundschreiben, Serie A, vom 31.10.1947.

<sup>390</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 20/47, vom 25.10.1947.

<sup>391</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 24/47, vom 25.12.1947.

<sup>392</sup> Vgl. AdMA Informationsdienst des BGB. Der Bundesvorstand, Sonderrundschreiben, Serie A, vom 13.11.1947.



Streiks,<sup>393</sup> die der BGB erneut zu beschwichtigen versuchte.<sup>394</sup> Gleichzeitig hatte der BGB aber auch Angst, dass es, falls die Missstände nicht beseitigen würden, zu einer Vertrauenskrise gegenüber den Gewerkschaften kommen könnte.<sup>395</sup> Aus Angst vor dieser möglichen Vertrauenskrise veröffentlichte der BGB sieben Forderungen zur Verbesserung der Ernährungslage, welche die Staatsregierung sofort umsetzen sollte. Die Forderungen beinhalteten hauptsächlich Vorschläge zur Beseitigung von Arbeitsscheu und zur Erfassung von Nahrungsmitteln und Verbesserung des Verteilungssystems für Nahrungsmittel. Als die Staatsregierung die Forderungen ablehnte, rief der BGB zu einem 24-stündigen Generalstreik auf,<sup>396</sup> an dem sich ca. 1,3 Millionen Arbeiter beteiligten.<sup>397</sup> Der Generalstreik sollte Einigkeit demonstrieren, Einzelaktionen zuvorkommen und dadurch eine große Wirkung erzielen.<sup>398</sup>

Nach dem Generalstreik sah sich der BGB in einer guten Verhandlungsposition mit der bayerischen Staatsregierung.<sup>399</sup> Diese wusste er auch zu nutzen und konnte in Konferenzen am 04. und 06. Februar mit der Staatsregierung Forderungen wie ein Gesetz zur

---

<sup>393</sup> Vgl. Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft, S. 202-203.

<sup>394</sup> Vgl. Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 1. Jahrgang, Nr. 2/48, Februar 1948.

<sup>395</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000026, Bl. 22.

<sup>396</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr. 2/48, vom Zweite Januar-Hälfte 1948.

<sup>397</sup> Vgl. Schröder, Michael: Vom BGB zum DGB, S. 104-105.

<sup>398</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000130, Bl. 6.

<sup>399</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000036.

Arbeitsbummelei, Enthortung von Lagern auf das wirtschaftliche Mindestmaß und bessere Kontrolle der Verteilungswege erreichen.<sup>400</sup>

Dennoch war die Versorgungslage weiterhin angespannt. Als schließlich im Mai 1948 das Fleisch in den Rationen für Mai und Juni wegfallen sollte, kam es in den ersten beiden Mai Wochen abermals Streiks, obwohl der BGB nach Verhandlungen Zugeständnisse mit der Zusage einer geringen Fleischausgabe und Fisch als Fleischersatz für die Monate Mai und Juni erreichte hatte.<sup>401</sup> Gleichzeitig gab der BGB bekannt, dass **„durch die Fortführung von Teilstreiks oder die Ausrufung eines allgemeinen Streiks die Ernährungslage nicht verbessert werden kann** [Hervorheb. im Orig.]“ und sprach sich somit erneut gegen Streiks aus. Erst in der zweiten Maiwoche hörten die Streiks langsam auf.<sup>402</sup>

Nach der Währungsreform verbesserte sich die Versorgungslage. Dennoch hatte der BGB Angst, dass aufgrund von Preisanstiegen diese Verbesserungen nicht bei den Arbeitern angekommen würden. Deshalb wurde den Ortsausschüssen befohlen, Komitees zu bilden, die die Einzelhändler überprüfen und Preiswucherer melden sollten.<sup>403</sup> Erst nachdem mit der bayerischen Staatsregierung ein Preisindex erstellt wurde und die Zusicherung einer Teuerungszulage zum Ausgleich

---

<sup>400</sup> Vgl. ebd. Auch: Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr. 3/48, Erste Februar-Hälfte 1948.

<sup>401</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr. 9/48, Erste Mai-Hälfte 1948.

<sup>402</sup> Vgl. Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft, S. 213.

<sup>403</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr. 178, Erste September.

wirtschaftlich nicht gerechtfertigter Preise genehmigt wurden, <sup>404</sup> endete die Versorgungspolitik des BGB.

Insgesamt kann die Ernährungs- und Versorgungspolitik des BGB als erfolgreich bezeichnet werden, besonders mit Blick auf die Einführung der Mepro-Zulage und des Generalstreiks im Januar 1948. Auffallend ist aber, dass sich der Vorstand des BGB mit seiner Anti-Streik-Haltung gegen die Basis, die immer wieder die Arbeit niederlegte, stellte und auf diese keine Rücksicht nahm. So bekam der Bundesvorstand während dieser Zeit viele Briefe, in denen ihm die politische Qualität abgeschrieben, er beleidigt und der Vorwurf geäußert wurde, auf das entscheidende Mittel, nämlich das Streikrecht, verzichtet und so den Notschrei des Volkes abgedämpft zu haben.<sup>405</sup> Auch auf dem zweiten Bundestag im August 1948 wurde Kritik an der Haltung des Bundesvorstandes laut, die meistens wie folgt klang: „Ich frage euch: Hat nicht der Arbeiter anständig, fleißig und aufbauwillig über zwei Jahre ohne Murren seine Arbeit geleistet? Als er sah, dass es trotz der Arbeit mit ihm weiter abwärts ging, legte er die Arbeit nieder und sagte: Lieber im Bett verhungern als vor dem Schraubstock kaputtgehen.’ Die Arbeiter forderten mehr zu essen. War denn diese Forderung nicht gerecht, Kollegen?“<sup>406</sup> Der Bundesvorstand verteidigte sich dagegen, indem er sagte, dass die Entscheidung zum Streik ausschließlich die Instanzen der Gewerkschaft fällen würden und weder die Basis noch der einzelne Arbeiter die gleiche Übersicht über die Dinge hätten wie der Vorstand.<sup>407</sup>

---

<sup>404</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr. 21/48, Erste November-Hälfte 1948.

<sup>405</sup> Vgl. DGB NL Georg Reuter Ordner 3.

<sup>406</sup> Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags 1948, S. 97.

<sup>407</sup> Vgl. ebd., S. 124-126,

Personelle oder andere Konsequenzen hatte dieser Konflikt für den Bundesvorstand jedoch nicht. Vielmehr wird hier deutlich, dass der Bundesvorstand nur bei sich die Kompetenz, korrekt zu handeln, sah - zumindest in einigen Punkten - und die Basis nur als Androhung zum Streik sah, wie letztlich beim Generalstreik auch durchgeführt.

## 2.3. Wohnungsbau und Flüchtlingspolitik

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam auf das Land Bayern ein großes Organisationsproblem zu: Die Einwanderung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten. Aus ihnen kamen 1,9 Millionen Menschen nach Bayern.<sup>408</sup> Diese benötigten Nahrung, Arbeit und Unterkunft. Besonders Unterkünfte für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen zu finden, war schwierig, da nur noch 4/5 des Wohnungsraumes von vor dem Krieg zur Verfügung stand. Dadurch ergab sich die paradoxe Situation, dass, aufgrund der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen und aufgrund der Besatzer, mehr Menschen in Bayern lebten als vor dem Weltkrieg, aber weniger Wohnungsraum zur Verfügung stand.<sup>409</sup> Als Folge dieser Wohnungsnot mussten viele Flüchtlinge in einem der 1.375 staatlichen Flüchtlingslager leben.<sup>410</sup> Und obwohl die Lager eigentlich nur als vorübergehende Lösung gedacht waren, wurden sie für viele, da kein entsprechender Wohnraum gefunden werden konnte, zu einer unbefristenden

---

<sup>408</sup> Vgl. Gesch, Hans-Dieter: Die bayerische Wirtschaft in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 65.

<sup>409</sup> Vgl. Willenborg, Karl-Heinz: Bayerns Wirtschaft in den Nachkriegsjahren. Industrialisierungsschub als Kriegsfolge, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern, München 1988, S. 127.

<sup>410</sup> Vgl. Kornrumpf, Martin: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen (Dokumente unserer Zeit, d. 3), München 1979, S. 33.

Unterkunft ohne Privatsphäre und mit äußerst schlechten hygienischen Verhältnissen.<sup>411</sup> Daher kam es 1948 sogar zu Hungerstreiks und Unruhen in den Lagern.<sup>412</sup>

Ebenso schwierig verlief die Arbeitsvermittlung. Bis 1949 konnten aber immerhin 524.111 Flüchtlinge und Heimatvertriebene Arbeit finden, denen aber immer noch 145.207 arbeitslose Flüchtlinge gegenüberstanden.<sup>413</sup> Zuständig für diese Probleme war eine 1945 von der bayerischen Staatsregierung eingerichtete Sonderverwaltung.<sup>414</sup>

Doch auch der Bayerische Gewerkschafts-Bund versuchte den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern zu helfen, denn „[s]oviel jeder von uns eingebüßt hat, was uns geblieben ist, müssen wir mit diesen unseren deutschen Brüdern teilen; unser Land, unsere Wohnung, unsere Einrichtung, unsere Arbeit. Die Behörden allein können die Not der Ausgewiesenen nicht aus der Welt schaffen. [...] **Gebt den Ausgewiesenen menschenwürdige Unterkunft! Gebt ihnen Arbeit, die ihren Fähigkeiten entspricht! Gebt ihnen eine neue Arbeit!** [Hervorheb. im Orig.]“<sup>415</sup>

Diese Aussage fasst die beiden wichtigsten Forderungen des BGB zusammen: Unterkunft und angemessene Arbeit für die Flüchtlinge. Da der BGB zwar das Problem der Masse an Flüchtlingen sah, aber ihr

---

<sup>411</sup> Vgl. Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 3), Stuttgart 1982, S. 187.

<sup>412</sup> Vgl. ebd., S. 194-195.

<sup>413</sup> Vgl. Jaenicke, Wolfgang: Vier Jahre Betreuung der Vertriebenen in Bayern 1945-1949. Ein Bericht über den Stand der bisherigen Eingliederung und über ungelöste Probleme anlässlich des vierten Jahrestages der Errichtung der bayerischen Flüchtlingsverwaltung, München 1950, S. 14.

<sup>414</sup> Vgl. Gesch, Hans-Dieter: Die bayerische Wirtschaft in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 67-68.

<sup>415</sup> Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 8/46, vom 05.12.1946.

positiv gfegegenüberstand, da er davon ausging, dass die Flüchtlinge die Volkswirtschaft stärken würden,<sup>416</sup> war für ihn wichtig, dass Flüchtlinge Arbeiten übernehmen, die ihren Fähigkeiten entsprachen. Allerdings war dies eine Forderung, der nicht nachgekommen wurde, denn viele Flüchtlinge und Heimatvertriebene wurden Bauern als landwirtschaftliche Helfer zugeteilt, obwohl sie eigentlich Angestellte waren oder ihre Stärken in Industriebereufen hatten.<sup>417</sup>

Über bloße Forderungen hinaus aktiv wurde der BGB bei der Behebung der Wohnungsnot und den Flüchtlingslagern. Im Oktober 1946 äußerte sich der Vorläufige Ausschuss des BGB in einem Brief an den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft unter dem Motto „Wohnungen oder Messehallen?“ dahingehend, dass die Gewerkschaften mit der aktuellen Politik nicht einverstanden seien, denn der Bau der Münchner Messe würde wichtige Baumaterialien vom Wohnungsbau abziehen. Und ob die Messe überhaupt Erfolg habe, sei aufgrund des aktuellen Standes Deutschlands in der Welt und da es schon eine Messe in Frankfurt gäbe ebenfalls fraglich. Eine Messe dürfe erst gebaut werden, wenn ein Messenplan der vereinten Zonen bestehe.<sup>418</sup> Der Staatsminister für Wirtschaft antwortete dem BGB daraufhin mit dem Argument, dass der Baustoff für die Messe nicht nur für wenige Notleidende eingesetzt werden würde, sondern für viele, da der Bau der Messe die Wirtschaft durch den Verkauf von Exportwaren ankurbeln würde, ganz ähnlich einem Bauern, der Saat

---

<sup>416</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 3/46, vom 20.09.1946.

<sup>417</sup> Vgl. Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern, S. 206.

<sup>418</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 5/46, vom 20.10.1946.

zum säen benutze und letztlich eine ertragreiche Ernte bekäme.<sup>419</sup> Der BGB reagierte zwar noch darauf, indem er sagte, die Händler wüssten, wo sie zum Verkauf hin müssten,<sup>420</sup> doch die Auseinandersetzung endete ohne Erfolg für den BGB. Doch trotz dieses Misserfolgs betrieb der BGB seine Politik weiter, auch innergewerkschaftlich. Er forderte die Ortsausschüsse auf, Kommissionen zu bilden, um festzustellen, wie viele Personen, die mit Rückblick auf ihr Handeln während der NS-Zeit als belastet galten, noch in zu großen Wohnungen leben würden, und diese dann zu melden, so dass der Wohnraum für Bedürftige frei werden würde.<sup>421</sup>

Einen großen Erfolg konnte der Bayerische Gewerkschafts-Bund mit Blick auf die Situation in den Flüchtlingslagern erzielen. Der BGB sah in den Lagern eine politische Gefahr, da sich durch die schlechten Lebensbedingungen dort politische Radikalismen bilden könnten.<sup>422</sup> Deswegen veröffentlichte er im Jahr 1947 Vorschläge zu Verbesserung der Lebensbedingungen: Demokratischer Aufbau der Lager nach dem Betriebsrätegesetz, Gleichberechtigung vom Betriebs- und Lagerrat, Dichtung der Dächer und Verkleinerung der Stuben auf maximal vier Betten, Trennung der Unverheirateten, um die Intimsphäre der Frauen zu schützen, Schaffung eines Raumes für gesellschaftliche Veranstaltungen und Bau einer Kindertagesstätte in jedem Lager.<sup>423</sup> Diese Vorschläge wurden von den bayerischen Ministerien wohlwollend aufgenommen. Auf deren Grundlagen ordneten sie an,

---

<sup>419</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 7/46, vom 20.11.1946.

<sup>420</sup> Vgl. ebd.

<sup>421</sup> Vgl. AdMA Informationsdienst des BGB. Der Bundesvorstand, Sonderrundschreiben, Serie A, vom 09.10.1947.

<sup>422</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 12/47, vom 25.06.1947.

<sup>423</sup> Vgl. ebd.

zunächst ein Versuchslager nach diesem Muster aufzubauen.<sup>424</sup> Im Oktober 1947 kam es schließlich zu einer Konferenz zwischen BGB und dem Staatssekretariat für Flüchtlingswesen. Auf dieser Konferenz kam das Ministerium mit dem BGB überein, dass die aktuelle Situation der Lage eine „Kulturschande“ sei und Verbesserungen vorgenommen werden müssten. Diese wurden auch gefasst. Im Mittelpunkt der Beschlüsse standen dabei die Verbesserung der hygienischen Maßnahmen und die Einrichtung eines Vertrauensrats im Lager, ganz ähnlich dem Betriebsrat. Außerdem wurde beschlossen, häufiger Sitzungen mit dem Thema der Flüchtlingsfragen abzuhalten.<sup>425</sup> Auch wenn über die weiteren Sitzungen nichts bekannt ist, konnte der BGB hier dennoch einen politischen Erfolg erzielen.

Auffällig an der Flüchtlingspolitik des BGB ist allerdings, dass er sich für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen einsetzte, selbst aber keine aktive Politik gegenüber diesen verfolgte. Denn die Möglichkeit durch die Werbung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen die Gewerkschaft deutlich zu vergrößern und somit zu verstärken, wäre aufgrund ihrer hohen Anzahl ohne weiteres möglich gewesen. Woran diese Zurückhaltung lag, ist nicht klar. Möglich ist aber, dass der BGB sie als ganz normale Bürger betrachten und ihnen daher keine gesonderte Aufmerksamkeit geben wollte. Denn so sagte Max Wönner 1949 mit Bezug auf eine gleichlautende Aussage von ihm aus dem Jahr 1947, dass es keine Flüchtlinge oder Neubürger seien, sondern Heimatvertriebene, die in den Volkskörper integriert werden

---

<sup>424</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 13/47, vom 10.07.1947.

<sup>425</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 20/47, vom 25.10.1947.



müssten.<sup>426</sup> Ob der BGB aber durch eine aktive Politik zur Integration nicht doch hätte beitragen können, muss offen bleiben.

## 2.4. Entnazifizierung

Die Entnazifizierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg war für die Besatzungsmächte und insbesondere die Amerikaner eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Demokratisierung Deutschlands.<sup>427</sup> Wie bereits die Demontage der Industrie im Zuge der Demilitarisierung gehörte auch die sogenannte Denazifizierung zu den bei der Potsdamer Konferenz festgelegten politischen Zielen der „4 D

Auch für den Bayerischen Gewerkschafts-Bund war dies von besonderer Bedeutung. Denn nur durch die „Entgiftung des öffentlichen Lebens“ sei es möglich „alle Kräfte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Entfaltung zu bringen.“<sup>428</sup> Aus diesem Grund und durch die Erfahrungen, die die Gewerkschafter am Ende der Weimarer Republik und unter dem nationalsozialistischen Regime gemacht hatten, herrschte schon bei den frühen Gewerkschaftsgründungen der Jahre 1945/1946 der Konsens, der auch ohne die gleich lautende Anweisung der Militärregierung zustande gekommen wäre, nämlich keine ehemaligen Mitglieder der DAF oder der NSDAP aufzunehmen.<sup>429</sup> Diese Haltung wird besonders deutlich durch ein

---

<sup>426</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000052.

<sup>427</sup> Zur amerikanischen Entnazifizierungspolitik in Bayern siehe: Niethammer, Lutz: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitation unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt am Main 1972.

<sup>428</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 163.

<sup>429</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000078, Bl. 150.

Schreiben Georg Reuters, welches in der Gewerkschaftszeitung veröffentlicht wurde und an einen ehemaligen Oberführer der SA gerichtet war, der den Antrag gestellt hatte, der Gewerkschaft beitreten zu dürfen. Der SA-Oberführer begründete seinen Wunsch in die Gewerkschaft einzutreten damit, dass er aus der SA wieder ausgetreten und sich seiner Schuld bewusst sei und daher auch anschließend gute Taten vollbrachte habe. Georg Reuter erteilte diesem Ansinnen des SA-Oberführers eine deutliche Absage mit den Worten, er „empfinde eine tiefe Abscheu gegen solche Rechtfertigungsversuche“<sup>430</sup> und das Schuldeingeständnis würde die Schuld des Antragstellers keineswegs mindern.<sup>431</sup>

Nachdem Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarisierung waren die Deutschen selbst für die Durchführung der Entnazifizierung verantwortlich.<sup>432</sup> In Bayern wurden hierzu Spruchkammern bis zum Herbst 1946 Spruchkammern eingerichtet, so dass mit der Entnazifizierung begonnen werden konnte. Besonders interessiert war der BGB daran, dass die Hauptschuldigen strengstens bestraft werden würden. Dafür setzte sich er auch beim zuständigen Sonderministerium ein und sprach mehrfach sein Misstrauen gegen den zuständigen Sonderminister Alfred Loritz aus. Jedoch ohne Erfolg. Zwar wurde Loritz 1947 entlassen, aber auch sein Nachfolger Ludwig Hagenauer ließ keinen gewerkschaftlichen Einfluss zu.<sup>433</sup>

Deswegen verfolgte er mit großem Interesse die Nürnberger Prozesse und berichtete über diese in der Gewerkschaftszeitung. Hier wird die

---

<sup>430</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 2/46, vom 05.09.1946.

<sup>431</sup> Vgl. ebd.

<sup>432</sup> Vgl. Schröder, Michael: In der vereinten Kraft, S. 56.

<sup>433</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 163; Gerstenberg, Günther: Der Wiederaufbau der Münchner Gewerkschaftsbewegung, S. 32-33.

harte Haltung des BGB gegenüber den Hauptschuldigen deutlich. Besonderen Ausdruck findet dies in der Wortwahl der Artikel. So sprach Gustav Schiefer beispielsweise über Rudolf Hess als „bockige[n] Junge auf der Schulbank“ und hämisch vom „ach so beliebten Hermann [Göring]“. <sup>434</sup>

Auch wenn der BGB in Form von Georg Reuter Zweifel hegte, ob die Freisprüche von Hans Fritzsche, Hjalmar Schaft und Franz von Papen gerechtfertigt waren, war der BGB insgesamt zufrieden mit den Urteilen von Nürnberg und kam zu dem Schluss, dass der Friede und damit die Voraussetzung für Wohlstand in der Zukunft wiederhergestellt seien <sup>435</sup> und es denjenigen gegenüber, die in der NSDAP Vorteile genossen hatten, zu ausgleichender Gerechtigkeit gekommen sei. <sup>436</sup>

Gegenüber Personen die weniger belastet waren, war der BGB nachgiebiger, forderte aber dennoch Sühnemaßnahmen. Besonders nach einem Anschlag zu Beginn des Jahres 1947 von Nationalsozialisten auf ein Gebäude der SPD und das Gebäude der Spruchkammer in Nürnberg, in der Franz von Papen verurteilt werden sollte, gab es Reaktionen der Gewerkschaften und des Vorläufigen Ausschusses. Mit einem 80.000 Teilnehmer großen Generalstreik in Nürnberg forderten die Gewerkschaften höhere Strafen für Hauptbelastete, die sofortige Inhaftierung aller zum Arbeitslager Verurteilten und eine Verhängung von Sühnemaßnahme über 2000 Stunden zusätzliche Arbeitsstunden für alle Minderbelasteten. Diese

---

<sup>434</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 3/46, vom 20.09.1946.

<sup>435</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 5/46, vom 20.10.1946.

<sup>436</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 3/46, vom 20.09.1946.

Maßnahmen sollten der demokratischen Ermunterung des Volkes dienen.<sup>437</sup> Gleichzeitig befürwortete der BGB aber auch sowohl die Weihnachts- als auch die Jugendamnestie der Jahre 1946 und 1947,<sup>438</sup> insofern sie nicht die schwer belasteten Personen beträfen.

Der Bayerische Gewerkschafts-Bund versuchte auch selbst tätig zu werden und bei der Aufspürung von NS-Verbrechern mitzuhelfen. So gab er Anweisungen an die Betriebsräte, dass keine ehemaligen Nationalsozialisten im Betrieb angestellt sein dürften und, wenn dies doch der Fall sein sollte, diese Personen zu melden wären.<sup>439</sup> Stellenweise wurde auch offensiv gegen ehemalige Nationalsozialisten vorgegangen. So klagte Georg Reuter in einer Radioansprache öffentlich einen Gemüsehändler aus München an, dass dieser durch seine positive Einstellung zum NS-Regime Vorteile erhalten hätte und dadurch mit einem einfachen Zwiebelgeschäft eine Million Reichsmark verdient habe. Diese Anschuldigung löste einen Prozess aus, in dem schließlich festgestellt wurde, dass die Anschuldigungen Reuters haltlos waren und er sich daher öffentlich entschuldigen musste.<sup>440</sup> Auch wenn sich diese Anschuldigung als falsch herausstellten, zeugt dieses Beispiel von dem Bemühen der Gewerkschaften bei der Entnazifizierung.

Dieses Engagement spiegelte sich auch wieder, als es um die Jahreswende 1946/47 beim Spruchkammerpersonal aufgrund der hohen Zahl an zu bearbeitenden Fällen 1947 zu personellen Engpässen

---

<sup>437</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 3/47, vom 10.02.1947.

<sup>438</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 3/47, vom 25.03.1947. Auch: Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayern, Bonn 1982, S. 437-438.

<sup>439</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 2/46, vom 20.09.1946.

<sup>440</sup> Vgl. DGB NL Georg Reuter, Ordner 1.

kam. Da die Gewerkschaften von den Entnazifizierungsberatern als eine wichtige politische Kraft mit einer positiven Haltung zur Entnazifizierung eingeschätzt wurden,<sup>441</sup> wurde bei den Gewerkschaften angefragt, ob diese nicht Personal bereit stellen könnten, um die Personalengpässe zu verringern und um einen Ausgleich zwischen den Experten der Militärregierung und den häufig konservativen Mehrheiten der Spruchkammern herzustellen. Das Angebot nahmen die Gewerkschaften an und beteiligten sich fortan an den Spruchkammernverfahren.<sup>442</sup>

## 2.5. BGB als Vertretung der Frauen

Nachdem bereits festgestellt worden ist, dass die Frauen innerhalb der Organisationsstruktur im Vergleich zu anderen Organisationen zur der Zeit eine gute Stellung und Berücksichtigung fanden, stellt sich die Frage, inwiefern der BGB diese Stellung der Frau auch nach Außen vertrat.

Zunächst ist zu erwähnen, dass der BGB den Frauen in der Gewerkschaftszeitung Platz zur Erörterung von spezifischen Frauenangelegenheiten zur Verfügung stellte. Ab 1947 nannte sich dieser Platz das „Blatt der Frauen“.<sup>443</sup> Die Seite diente zum einen dafür, den Frauen praktische Lebenstipps in Zeiten der Not zu geben, zum Beispiel wie Hausschuhe aus alten Resten selber gebastelt werden konnten.<sup>444</sup> Zum anderen diente sie aber auch dazu, das

---

<sup>441</sup> Vgl. Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik, S. 437/438.

<sup>442</sup> Vgl. ebd., S. 422.

<sup>443</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 1/47, vom 10.01.1947.

<sup>444</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 2/47, vom 25.01.1947.

Selbstbewusstsein der Frauen zu stärken und sie dazu aufzufordern, sich bei der Betriebsrätewahl zu beteiligen, eigene Ansprüche im Betrieb durchzusetzen<sup>445</sup> oder sich selbst zur Wahl zur Betriebsrätin zu stellen, da die Frau mit dem Mann gleichgestellt sei.<sup>446</sup>

Für die Vertretung der Frauen in der Öffentlichkeit sah sich der BGB als „die allein zuständige Vertretung für die im Berufs- und Wirtschaftsleben stehenden Frauen.“<sup>447</sup> Aus diesem Verständnis heraus setzte er sich für die Frauen ein und stellte Forderungen. Wichtigster Punkt dabei war unter dem Motto „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“<sup>448</sup> die Gleichstellung der Frauen bei den Löhnen. Eine Forderung, die im Vergleich zur Weimarer Republik neu war.<sup>449</sup> Dabei stand der BGB auch dem Doppelverdienenden von Frau und Mann innerhalb einer Familie positiv gegenüber und sprach sich gegen Ergänzungslöhne für verheiratete Frauen aus. Denn die Frau leiste gleiche Arbeit und auch die Waren würden nicht billiger verkauft werden, weil eine Frau sie herstelle.<sup>450</sup> Aus diesem Grund versuchte er auch, die Vertretung der weiblichen Interessen im Arbeitsleben zu fördern. Bei den Betriebsrätewahlen 1947 setzt er sich unter dem Motto „Kein Betriebsrat ohne die Vertretung der Frau“ für die Wahl weiblicher Betriebsräte ein.<sup>451</sup>

Um den Haushaltspflichten nachkommen zu können, setzte sich der Bayerische Gewerkschafts-Bund darüber hinaus für einen bezahlten

---

<sup>445</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 8/47, vom 25.04.1947.

<sup>446</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 3/46, vom 20.09.1946.

<sup>447</sup> Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 166.

<sup>448</sup> Vgl. ebd., S. 166-167.

<sup>449</sup> Vgl. Losseff-Tillmann, Gisela: Frauenemanzipation und Gewerkschaften, S. 492-492.

Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 8/46, vom 05.12.1946.

<sup>451</sup> Vgl. Schneider, Linda: Frauenpolitik des DGB, S. 31.

Hausarbeitstag für die berufstätigen Frauen ein. An diesem sollten die Frauen ohne Lohnausfall nicht bei ihrer Arbeitsstätte erscheinen, um sich um ihr Heim und andere Angelegenheiten kümmern zu können.<sup>452</sup> Diese Forderungen stellte der BGB hauptsächlich in der Gewerkschaftszeitung, auf den Bundestagen und bei den Demonstrationen zum 1. Mai, bei denen meistens eines der Hauptthemen die Gleichstellung der Frau in der Wirtschaft war, dar.<sup>453</sup> Allerdings konnte der BGB, mit Ausnahme von Lohnerhöhungen für die Frauen, die jedoch nicht das Lohnniveau der Männer erreichten, seine Forderungen nicht durchsetzen.

Neben den Forderungen wurde der BGB auch selbst aktiv. Nach Empfehlung des Frauenausschusses versuchte er daran mitzuwirken, soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Nähstuben, gemeinsame Waschküchen oder Wasch- und Badegelegenheiten in den Betrieben zu schaffen, um auf diesem Wege die Frau zu entlasten, auch wenn sich die Umsetzung dessen aufgrund des Rohstoffmangels als schwierig erwies.<sup>454</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich der BGB für die Rechte und Gleichberechtigung der Frau in der Wirtschaft, besonders auf dem Gebiet des Gehalts einsetzte. Er vertrat zwar weiterhin das traditionelle Bild der Hausfrau, versuchte den Frauen aber durch die Forderung eines Haushaltstages und durch den Aufbau sozialer Einrichtungen die Doppelbelastung von Arbeit und Hausfrauendasein zu erleichtern. Daher präsentierte sich der BGB, auch im Vergleich zu

---

<sup>452</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 3/46, vom 20.09.1946. Auch: Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 166.

<sup>453</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, Nr. 8/49, Zweite April-Hälfte 1949.

<sup>454</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1947, S. 112-116.

anderen Organisationen, zu der Zeit fortschrittlich und emanzipatorisch. Dennoch scheinen bei den großen deutschlandweiten Frauenkongressen der Nachkriegszeit in Bad Boll, Bad Pyrmont und Frankfurt keine Mitglieder des BGB anwesend gewesen zu sein, obwohl es Ziel der Organisatoren war, Teilnehmerinnen aus alle Parteien und kulturellen Institutionen dabei zu haben. Die Nicht-Teilnahme könnte daran gelegen haben, dass sich gerade der erste Kongress 1947 in Bad Boll mit eher allgemeinen Themen wie Völkerverständigung und Atomenergie befasste, als klassischen Gewerkschaftsthemen, die in der Situation des Wiederaufbaus wichtiger waren. So nahmen insgesamt nur 5 Gewerkschafterinnen überhaupt Teil.<sup>455</sup>

### 3. Innergewerkschaftliche Politik

Die innergewerkschaftliche Politik ist ein Bereich, der sich mit politischen Entscheidungen beschäftigt, die zunächst nur die Gewerkschaften und ihre Mitglieder betrafen, wie die Rückgabe des DAF-Vermögens. Darüber hinaus sind die beiden Punkte der Aktions- und Bildungspolitik zwar zunächst innergewerkschaftlich, aber besonders die Aktionspolitik tritt aus diesem Feld heraus, da durch Streiks und andere Maßnahmen zunächst zwar nur die Gewerkschafter betroffen waren, diese Aktionen aber auch eine Wirkung nach Außen in die Öffentlichkeit besaßen.

---

<sup>455</sup> Vgl. Ziegl,Christl: Frauenkongreß in Bad Boll 1947. Auftakt zu internationalen Frauenkongressen in den Westzonen nach 1945, in: Paul Ciupke / Karin Derichs-Kunstmann (Hrsg.): Zwischen Emanzipation und „besonderer Kulturaufgabe der Frau“. Frauenbildung in der Geschichte der Erwachsenenbildung (Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 13), Essen 2001, S. 207-210.



### 3.1. Die Rückgabe des DAF-Vermögens

Mit der Gleichschaltung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten im Mai 1933 ging das gewerkschaftliche Vermögen in den Besitz der DAF über. Dieses Vermögen versuchte der Bayerische Gewerkschafts-Bund nach dem Krieg zurückzubekommen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Gewerkschaftshäuser und Grundstücke, Büchereien und Archive, Bildungs- und Erholungsheime, Bar- und Kassenbestände, Wertpapiere und Anlagen sowie Beteiligungen an Gewerkschafts- und Genossenschaftsunternehmungen. Es ging aber auch um ganz einfache Mobilien in den ehemaligen Gewerkschaftshäusern wie Druckmaschinen, Kameras, Bilder, Stühle, Tische oder Möbel.<sup>456</sup> Eine Zusammenstellung aller Vermögenswerte ergab, dass alle Gewerkschaften der Weimarer Republik zusammen vor der Gleichschaltung im Mai 1933 ein Vermögen von 459.290.942,42 RM besaßen, welches in die DAF einging.<sup>457</sup> Der BGB kam für sich in einer Aufrechnung auf einen Wert von 16.367.347,95 RM, die ihm aus dem DAF-Vermögen zustehen würden.<sup>458</sup> Die Rückgabe des DAF-Vermögens an die Gewerkschaften war aus dem Grund wichtig, da der BGB ohne diese Immobilien Räume anmieten musste. Neben den dadurch entstehenden Mietkosten kam erschwerend hinzu, dass, um den Wiederaufbau Bayerns und Deutschlands zu fördern, eine zusätzliche Bauabgabe bei Mietverhältnissen erhoben wurde. Der BGB stellte zwar einen Antrag auf Befreiung von der Abgabe, dieser wurde

---

<sup>456</sup> Vgl. AdMA, VTG, VTG gemischt Nr. 2.

<sup>457</sup> Vgl. AdMA, VTG, VTG gemischt Nr. 1.

<sup>458</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 40-41.

jedoch nicht genehmigt. Entbunden wurden nur Organisationen, die soziale Zwecke erfüllten. Die Gewerkschaften wurden so nicht eingestuft. Für das Jahr 1949 hatte der BGB dadurch zusätzliche Kosten in Höhe von ca. 5.500 DM.<sup>459</sup>

Eine Entschließung, das gewerkschaftliche Vermögen zurückzugeben, beziehungsweise die Anerkennung des Vorrechts der Gewerkschaften auf dieses Vermögen, hatten die Militärregierung und das Land Bayern bereits im Juli 1946 getroffen.<sup>460</sup> Dennoch bekamen die Gewerkschaften ihr Vermögen noch nicht sofort zurück. Dies lag zum einen daran, dass sich zwar der Vorläufige Ausschuss um die Rückführung des Gewerkschaftsvermögens kümmern sollte, er aber noch nicht die rechtliche Stellung besaß, die Rückführung auch durchzuführen.<sup>461</sup> Zum anderen überschrieb die Militärregierung erst mit der Kontrollratsdirektive 50 vom 29. April 1947 und dem Durchführungsgesetz (Nr. 58) vom 5. Juli 1947 offiziell das ehemalige DAF-Vermögen den neugegründeten Gewerkschaften.<sup>462</sup>

Die Rückgabe des Gewerkschaftsvermögens sollte durch eine Treuhand-gesellschaft abgewickelt werden.<sup>463</sup> Um nach der Anerkennung durch die Militärregierung keine weitere Verzögerung zu haben, gründete der BGB die „Vermögens- und Treuhandgesellschaft der Gewerkschaften in Bayern m.b.H.“, die im gemeinnützigen Interesse aller Landesgewerkschaften aufgebaut war.<sup>464</sup>

Der Aufbau musste nach Vorgaben der Militärregierung natürlich demokratisch sowie paritätisch zwischen den Landesgewerkschaften

---

<sup>459</sup> AdMA, VTG, VTG gemischt Nr. 2.

<sup>460</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 169.

<sup>461</sup> Vgl. ebd., S. 41.

<sup>462</sup> Vgl. Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 201.

<sup>463</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 40-41.

<sup>464</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000174.

und dem BGB als Dachverband sein. Im Vorstand befanden sich daher zunächst drei Mitglieder für den Bund, Lorenz Hagen, Gustav Schiefer und Jochen Amberger, sowie sechs Vertreter der Landesgewerkschaften und zwei sogenannte „Neutrale“, die keine Gewerkschaftsmitglieder waren. Die Mitglieder des Bundes waren als Gesellschafter mit jeweils 15.000 RM beteiligt, die der Landesgewerkschaften mit 10.000 RM. Bis 1949 änderte sich dies jedoch. Im Vorstand gab es mehrere Veränderungen, so dass zu den erwähnten auch noch Max Wönner, Heinrich Schmitt und Josef Schilling für den BGB im Vorstand saßen wohingegen die „Neutralen“ ausschieden. Auch die Gesellschaftersummen stiegen bis auf 60.000 DM für die Mitglieder des Bundes und 30.000 DM für die Mitglieder der Landesgewerkschaften.<sup>465</sup>

Dennoch dauerte es noch bis zum 1. April 1948, bis mit dem Gewerkschaftshaus in Hallthurm das erste Gebäude aus dem Vermögen an den BGB übergeben wurde.<sup>466</sup> Dass es bei der Rückgabe des Gewerkschaftsvermögens zu weiteren Verzögerungen kam, lag hauptsächlich an der amerikanischen Militärregierung, die Probleme damit hatte, das Gewerkschaftsvermögen zu sortieren. Dies geht aus einem Brief von General Clay an Mr. Matthew, den Vizepräsidenten der amerikanischen Gewerkschaft AFL, welche sich für die deutschen Gewerkschaften einsetzte, hervor: „Es war eine schwierige, komplizierte Aufgabe, das Gewerkschaftsvermögen auszusondern und zu bestimmen, welchen Gewerkschaften es zurückgegeben werden sollte. Tatsächlich musste sie schließlich durch willkürliche

---

<sup>465</sup> Vgl. AdMA, VTG, VTG Bayern Finanzen/Allgemein.

<sup>466</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr. 8/48, Zweite April-Hälfte 1948.

Maßnahmen gelöst werden.“<sup>467</sup> Eine solche Durchführung war natürlich nicht im Sinne der Gewerkschaften. Erschwert das Verfahren als die Militärregierung beschloss, dass das Vermögen zuerst an das bayerische Finanzministerium gegeben werden sollte und von dort aus an die Gewerkschaften. Dies führte dazu, dass teilweise Landesbeamten versuchten, die Mobilien aus den Gewerkschaftshäusern zu entfernen. Dies geschah insbesondere Fürth. Der Ortsausschuss beschwerte sich daraufhin beim Vorstand des BGB. Dieser handelte schließlich mit dem Finanzministerium aus, dass die Mobilien war offiziell diesem gehörten, aber zur Nutzung in den Räumlichkeiten der Gewerkschaft verbleiben sollten.<sup>468</sup>

Als der BGB im Dezember 1948 bei der Militärregierung nachfragte, wie die Rückgabe des DAF-Vermögens genau ablaufen sollte und inwiefern die vom BGB eingereichten Listen mit Vermögenswerten bereits bearbeitet worden seien, bekam er als Antwort zurück, dass die Rückgabe durch deutsche Gesetze geregelt werden solle. Grundsätzlich sollte zwar die Rückgabe an Nachfolgeorganisationen der Gewerkschaften der Weimarer Republik erfolgen. Wer jedoch eine solche Nachfolgeorganisation sei, sollte ebenfalls durch die deutsche Rechtsprechung bestimmt werden. Die Militärregierung wollte sich demnach fortan daran nicht mehr beteiligten. Daraufhin fanden sich Georg Reuter und Lorenz Hagen zu einer Besprechung bei Lucius Clay am 1. Februar 1949 ein. Lorenz Hagen erklärte Clay, dass sie diese Rückgabeverfahren als langwierig und problematisch ansehen, da es über Gesetze und Gerichtsverfahren verlaufen müsse. Andere Verfahrensabläufe wären dagegen schneller. Der BGB würde von sich

---

<sup>467</sup> Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 2. Jahrgang, 2. Aprilhälfte 1948, Nr. 18, S. 170.

<sup>468</sup> Vgl. AdMA, VTG, VTG Bayern Finanzen/Allgemein.

aus bereits schon nicht erwarten, dass auch das komplette Vermögen zurückgegeben werden würde. Clay verwies jedoch abermals nur auf die Bestimmungen der Militärregierung und meinte, dass sich der BGB Anwälte für die Durchsetzung ihrer Interessen nehmen sollte. Hagen sagte daraufhin, dass diese zu teuer für die Gewerkschaften seien. Clay entgegnete, dass der BGB dann auf kostenlosen Rechtsbeistand der Gerichte zurückgreifen könne.<sup>469</sup> Clay, Hagen und Reuter konnten sich also nicht einigen und die Besprechung verlief ergebnislos. Auch weitere Bemühungen des BGB waren nicht von Erfolg gekrönt. Erst im April 1953 gab es ein Urteil des Gerichts in Nürnberg, dass das durch das NS-Regime okkupierte Vermögen an die Nachfolgeeinrichtungen zurückgegeben werden solle.<sup>470</sup>

### 3.2. Gewerkschaftliche Informations- und Aktionspolitik

Um seine Mitglieder über das aktuelle gewerkschaftliche Geschehen zu informieren, veröffentlichte der BGB nach Genehmigung der Militärregierung zweimal im Monat ab August 1946 die Gewerkschaftszeitung. Allerdings konnten aufgrund des Papiermangels zunächst nur 40.000 Exemplare gedruckt werden,<sup>471</sup> so dass es viel zu wenige Zeitungen für die große Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder gab.<sup>472</sup> Mit dem Beginn des Jahres 1948 wurde die Gewerkschaftszeitung umgestaltet. Es gab eine Kürzung der Seitenzahlen, um eine Auflage

---

<sup>469</sup> Vgl. AdMA, VGT, MRG 59.

<sup>470</sup> Vgl. ebd.

<sup>471</sup> Vgl. 29.05.1946: Anweisung von OMGUS über gewerkschaftliche Publikationen (Dok. 133), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 6), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 473.

<sup>472</sup> Vgl. Die Gewerkschaftszeitung, 2. Jahrgang, Nr. 7/47, vom 10.04.1947.

von 130.000 Exemplaren erstellen zu können. Zusätzlich wurde monatlich die „Beilage für die Jugend“ einmal hinzugefügt. Hinzu kam mit der Zeitung „Die Quelle“, in der es hauptsächlich um organisatorische Fragen ging, eine extra Zeitung für alle Gewerkschaftsfunktionäre.<sup>473</sup> Darüber hinaus informierte der „Informations-dienst“, ein Rundschreiben des Bundesvorstands, von dem es zwölf verschiedene Serien nach Empfängergruppen sortiert gab, die einzelnen Gremien, Vorstände, Ortsausschüsse und Sekretariate.<sup>474</sup> Die Gewerkschafts-Zeitung sollte „[i]m Kampf gegen die Nöte des Alltag, im Widerstreit der Meinungen gegen üble Zeiterscheinungen, im Suchen nach einem festen Anhaltspunkt unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Wiederaufbau, im Erkennen unserer nächsten drängenden Aufgaben, denen wir unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, in der Zielsetzung unserer Aufbauarbeit wird sie uns Diskussionsgrundlage sein.“<sup>475</sup>

Um eine breitere Basis zu erreichen, bekam der BGB jeden Sonntag 15 Minuten Sendezeit im Radio. Diese Zeit wurde mit der Sendung „Die Gewerkschaft ruft!“ gefüllt, in der es um aktuelle gewerkschaftliche und politische Probleme ging. Als 1948 der Sender „Radio München“ zurück in die deutsche Verwaltung gegeben werden sollte, wurde im Sender ein Rundfunkrat eingeführt in den für den BGB Max Wönner und Thea Hartmuth eintraten, um gewerkschaftlichen Belangen mehr Sendezeit geben zu können. Unterstützt werden sollten diese beiden Vertreter durch einen gewerkschaftlichen Rundfunkbeirat, der das Programm mitgestalten sollte.<sup>476</sup>

---

<sup>473</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr. 1/48, Erste Januar-Hälfte 1948.

<sup>474</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 80-82.

<sup>475</sup> Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 1/46, vom 20.08.1946.

<sup>476</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000036

Einen wichtigen Punkt in der gewerkschaftlichen Informations- und Aktionspolitik nahm der 1. Mai ein, zu dessen Teilnahme in der Gewerkschafts-Zeitung aufgerufen wurde.<sup>477</sup> Mit den Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai zeigte sich der Bayerische Gewerkschafts-Bund der Öffentlichkeit und warb für seine Forderungen von Völkerfrieden, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechten, dem Schutz der Arbeitskraft 1948<sup>478</sup> oder Gleichberechtigung von Frau und Mann, Wirtschaftsdemokratie und sozialer Gerechtigkeit 1949.<sup>479</sup>

Eine besondere Stellung nahm der 1. Mai 1947 ein, der zum ersten Mal nach der bayerischen Verfassung des Jahres 1946 ein gesetzlicher Feiertag war. Dies löste bei den Gewerkschaftern große Freude aus: „Uns Deutschen wurde dieser Tag im Jahr 1933 gestohlen [...]. Unser 1. Mai ist wiedergeboren!“<sup>480</sup> Besonders im Vordergrund stand an diesem 1. Mai das Motto „Nie wieder Krieg – Nie wieder Diktatur!“ und damit einhergehend die Abgrenzung zu den Jahren 1933 bis 1945 und die Aufforderung, darüber nachzudenken, wie es zur NS-Zeit kommen konnte.<sup>481</sup> Auch im Nachbericht zum 1. Mai 1947 wurde diese Abgrenzung hervorgehoben und ausdrücklich verdeutlicht, dass eine Demonstration zum 1. Mai nichts mit Aufmärschen und Umzügen der NS-Zeit zu tun habe: „Es war kein Marschieren im monotonen Gleichschritt vergangener Zeiten, es war ein Kommen, gleichsam, wir

---

<sup>477</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 8/47, vom 25.04.1947. Auch: Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr. 8/48, Zweite April-Hälfte 1948.

<sup>478</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung. Beilage für die Jugend. Organ der Bayerischen Gewerkschaften, Nr.4/8 1948, April 1948.

<sup>479</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, Nr. 8/49, Zweite April-Hälfte 1949.

<sup>480</sup> Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 8/47, vom 25.04.1947.

<sup>481</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 8/47, vom 25.04.1947.

wollen mit dabei sein, die Forderungen der Arbeiterschaft zu unterstützen [...].“<sup>482</sup>

### 3.3. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Der Bayerische Gewerkschafts-Bund setzte sich auch für die Bildung seiner Mitglieder ein, denn sein Ziel war es, „[a]us Untertanen denkende und verantwortungsbewusst handelnde Staatsbürger zu erziehen!“<sup>483</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, richtete der BGB extra ein Bildungssekretariat ein, welches die innergewerkschaftliche Bildung organisieren und sich mit anderen Gewerkschaften über Gewerkschaftslehrgänge austauschen sollte.<sup>484</sup> Diese Gewerkschaftslehrgänge fanden hauptsächlich in der Bundesschule in Kochel am See<sup>485</sup> und auf dem Raintaler Hof an der Zugspitze statt und dauerten bis zu zwei Wochen. Unterrichtet wurden unter anderem Nationalökonomie, Lohn- und Tarifwesen, Arbeitsrecht und Arbeiterschutz und die Übung im Schriftverkehr. Die Kosten eines solchen Lehrgangs wurden von der Gewerkschaft übernommen und währenddessen auch der Lohn weitergezahlt. Zusätzlich dazu fanden spezielle Lehrgänge für die Jugend sowie für die Frauen statt.<sup>486</sup>

Auch mit der Gewerkschafts-Zeitung versuchte der BGB seine Mitglieder weiterzubilden, indem wichtige politische Geschehnisse erklärt und erläutert wurden. Weiterhin gab es, besonders 1946 und zu

---

<sup>482</sup> Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 9/47, vom 10.05.1947.

<sup>483</sup> Geschäftsbericht 1947, S. 103.

<sup>484</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1948, S. 118-119.

<sup>485</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 3. Jahrgang, Nr.4/48, Zweite Februar-Hälfte 1948.

<sup>486</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 5/46, vom 20.10.1946; Schneider, Linda: Gewerkschaftliche Frauenbildungsarbeit im DGB Bayern, S. 264



Beginn des Jahres 1947, Einführungen in die englische Sprache, um in der Kommunikation mit der amerikanischen Militärregierung oder bei Anweisungen dieser sie besser verstehen oder bei Problemen sich an diese wenden zu können.<sup>487</sup>

Darüber hinaus versuchte der BGB auch Einfluss an den Volkshochschulen zu gewinnen, um dort gezielt gewerkschaftlich ausgerichtete Kurse anbieten zu lassen. So wurden Musterlehrpläne erstellt und aufgefordert, in die Betriebe zu gehen und dort für die Volkshochschule zu werben.<sup>488</sup>

#### 4. Der BGB und andere Organisationen/ Institutionen

Während der Jahre 1945 bis 1949 kam der Bayerische Gewerkschaftsbund in Kontakt mit verschiedenen Organisationen und Institutionen. Durch seine politischen Aktivitäten konnten dabei ein reger Kontakt und Beziehungen zu Parteien und dem bayerischen Staat, zur Militärregierung als oberster behördlicher Institution in Deutschland und zu den Unternehmern als Gegenpart zu den Gewerkschaften entstehen.

##### 4.1. Parteien und Staat

Das Ende der nationalsozialistischen Diktatur bedeutete, dass die politische Landschaft Deutschlands wieder durch demokratische Parteien geprägt werden konnte. Grundsätzlich lautete das Gebot der

---

<sup>487</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 1/46, vom 20.08.1946.

<sup>488</sup> Vgl. AdMA Informationsdienst des BGB. Der Bundesvorstand, Rundschreiben Nr. 28, Serie A, vom 21.10.1947.

Einheitsgewerkschaft die politische Neutralität gegenüber den Parteien aller Richtung zu wahren und sich nicht für oder gegen eine demokratische Partei auszusprechen, um nicht wieder politische Richtungsgewerkschaften wie in der Weimarer Republik zu bekommen und die Gewerkschaftsbewegung zu spalten. Das bedeutete jedoch nicht, dass die Gewerkschafter nicht Mitglied einer Partei sein durften. Die politische Neutralität bezog sich nur auf die Politik der Gewerkschaft. Für den BGB war es logisch, dass Gewerkschafter auch in Parteien aktiv sind, denn die Einheitsgewerkschaft „nimmt jedoch nicht weg, dass es Mitglieder und auch ehrenamtliche oder berufsmäßige Funktionäre der Gewerkschaften gibt, die als Abgeordnete in den Parlamenten sitzen. Solche Abgeordnete gibt es in verschiedenen politischen Parteien. Das ist erklärlich. Menschen, die rege in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, sind auch interessiert an den politischen Geschehnissen ihrer Umwelt.“<sup>489</sup>

Gewerkschafter in den Parteien und Parlamenten zu haben, sah der BGB sogar als Vorteil an, denn nur so könnten die Gewerkschaften Einfluss auf die Politik gewinnen und ihre Ziele erreichen.<sup>490</sup> Dafür wurde sogar als Ziel ausgegeben, dass in allen Parteien Gewerkschafter Mitglied sein müssten, denn „[d]ie Arbeitnehmer in Bayern, mit ihren Angehörigen bald zwei Drittel der Wähler, geben ihre Stimme nicht einigen wenigen Parteien, sondern verteilen sie auf alle Parteien ohne Ausnahme.“<sup>491</sup> Diese Auffassung hatte jedoch nicht zur Folge, dass der BGB eine aktive Politik zur Förderung von Gewerkschaftern in den

---

<sup>489</sup> Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 2. Jahrgang, Nr. 13/14, 1. und 2. Julihälfte, S. 289.

<sup>490</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 2. Jahrgang, Nr. 3/47, vom 10.02.1947,

<sup>491</sup> Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 2. Jahrgang, Nr. 16/17, 2. August- und 1. Septemberhälfte, S. 361.

Parteien betrieb, denn das hätte das Gebot der politischen Neutralität missachtet.

Dass sehr viele Gewerkschaftsfunktionäre parteilich organisiert waren, zeigen Statistiken: Vom Vorstand des BGB waren 6 Mitglieder in der SPD, 1 in der KPD, 1 in der CSU und 1 parteilos. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Bezirksleiter und deren Vertreter: 7 SPD, 0 KPD, 0 CSU, 4 parteilos. Auch die Vorstandsmitglieder der 14 Landesgewerkschaften<sup>492</sup> waren größtenteils Parteimitglieder: 48 SPD, 11 KPD, 9 CSU, 35 parteilos.<sup>493</sup> Im April 1948 erhob der BGB eine Statistik, welche Parteizugehörigkeit die Vorstände der Ortsausschüsse und Unterortsausschüsse haben.<sup>494</sup> Es ergab sich folgendes Bild: 72 SPD, 8 KPD, 5 CSU, 41 parteilos.<sup>495</sup>

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass ein Großteil der Gewerkschaftsfunktionäre parteilich organisiert war. Dabei fällt auf, dass überproportional viele Gewerkschaftsfunktionäre Parteimitglieder der SPD waren. Dies liegt zum einen an der traditionellen Nähe der Gewerkschaften zur SPD, wie es auch schon im Falle des ADGB der Weimarer Republik war. Zum anderen können auch die schlechten Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit der KPD in Weimar dafür verantwortlich gemacht werden, so dass die Gewerkschafter der KPD

---

<sup>492</sup> In die Statistik fließen nur 13 Landesgewerkschaften ein, da die parteiliche Zugehörigkeit der Vorstandsmitglieder IG Chemie, Leder, Keramik nicht ermittelt worden ist.

<sup>493</sup> Vgl. Gerstenberg, Günther: Trümmer, Hunger, Solidarität: Gewerkschaften in München 1945 bis 1950 (Münchner Skizzen 2), München 1997, S. 77.

<sup>494</sup> Von dieser Erhebung sind nur noch die Statistiken von 6 Ortsausschüssen vorhanden. Es handelt sich dabei um die Ortsausschüsse Altötting, Eilheim, Freilassing, Mühldorf am Inn, Pfaffenhofen/Schrobenhausen/Aichach und Wolfratshausen.

<sup>495</sup> Vgl. DGB 5/DGBF000109, Bl. 1-8.

nun skeptisch gegenüberstanden und ein Übergang zur SPD, als alternative Arbeiterpartei möglich war.

Neben der Stärke der SPD fällt allerdings auch auf, dass äußerst wenig Gewerkschafter in der CSU organisiert waren, obwohl diese gute Wahlergebnisse, bei der Landtagswahl 1946 erreichte sie 52,3 %, erzielte <sup>496</sup> und somit auch in der Arbeiterschaft eine breite Wählerschaft gehabt haben muss. Woran dies liegt, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Ein Grund ist mit Sicherheit die Skepsis der christlichen Arbeiter gegenüber dem Bayerischen Gewerkschafts-Bund und dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft und der damit nicht-vorhandenen Mitgliedschaft im BGB.<sup>497</sup>

Inwiefern die Parteimitgliedschaft trotz aller politischen Neutralität Einfluss auf die Politik innerhalb des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes hatte, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Lorenz Hagen betonte auf einer Besprechung zwischen SPD-Vertretern und sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertretern über die Stellung der SPD in den Gewerkschaften im Juli 1947 zwar, dass die Parteifunktionäre den Einfluss der Kommunisten in den Betrieben

---

<sup>496</sup> Vgl. Gelber, Karl Ulrich: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel, S. 684-685.

<sup>497</sup> Inwiefern es Probleme bei der Organisation christlich geprägter Arbeitnehmer im BGB gab, lässt sich anhand der Quellen nicht feststellen. Dass es diese Probleme aber gegeben hat, lässt sich an einer Stellungnahme christlich orientierter Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Jahre 1948 ablesen, in der diese sich für den BGB und die Einheitsgewerkschaft aussprachen und die christlich orientierten Arbeiter zum Gewerkschaftsbeitritt aufriefen. Vgl. Februar 1948: Stellungnahme christlich orientierte ehren- und hauptamtlicher Funktionäre des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes gegen parteipolitische Eingriffe in die Einheitsgewerkschaft (Dok 107), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 7), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 390.

zurückdrängen könnten, wie es kürzlich in Nürnberg der Fall gewesen sei, es aber keine besondere Gewerkschaftsarbeit der Partei geben dürfe. Ein Punkt, in dem ihm Hans Böckler, Vorsitzender des DGB (brit.), zustimmte. Er sagte, die Einheitsgewerkschaft dürfe unter keinen Umständen gefährdet werden.<sup>498</sup> Die Einheitsgewerkschaft war für die Gewerkschafter also wichtiger als mögliche parteiliche Maßnahmen.

Einen anderen Eindruck vermittelt dagegen ein Brief Georg Reuters an den Landesverband Bayern der SPD. In diesem schrieb er: „Alle 6 Bezirksleiter sind von mir in Vorschlag gebracht worden und alle 6 sind Sozialdemokraten. [...] Der Landesausschuss soll wissen, da ich darüber zu keiner Zeit gesprochen habe, weil ich dies nicht für notwendig hielt, dass ich mittelbar und unmittelbar dafür gesorgt habe, dass der Personalkörper des Bundes und der Landesgewerkschaften dem entsprach, was ein Organisator zu tun hat, wenn er Sozialdemokrat ist.“<sup>499</sup> Hieraus lässt sich auf eine Bevorzugung von Sozialdemokraten durch Georg Reuter als Generalsekretär des BGB schließen. Allerdings kann diese Leseart seiner Aussage auch relativiert werden. Zwar hatte Georg Reuter als Generalsekretär viel Einfluss innerhalb des BGB und konnte Kandidaten für Ämter vorschlagen - was neben ihm auch allen anderen Delegierten des Bundestags zustand - allerdings wurden sämtliche Funktionäre demokratisch in ihre Ämter gewählt. Darüber hinaus erscheint die Wahrscheinlichkeit, dass ein Sozialdemokrat in ein Amt des BGB

---

<sup>498</sup> Vgl. 30.7.1947: Besprechung zwischen Vertretern der SPD und sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertretern über Aktivitäten der SPD in Gewerkschaften und Betrieben (Dok. 126), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 7), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 441-444.

<sup>499</sup> DGB 5/DGBF000078, Bl. 354.

gewählt wurde, aufgrund der hohen Mitgliedsrate von Gewerkschaftern in der SPD, als sehr hoch. Deswegen scheint diese Aussage vielmehr dazu zu dienen, um eigene Interessen Reuters bei seiner Partei durchsetzen zu können, denn dieser Brief stand im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Georg Reuter und Max Wönner um ihre Positionierung auf der Parteiliste für die Bundestagswahl 1949. Es ist daher wahrscheinlich, dass Georg Reuter gegenüber der SPD seine Verdienste verdeutlichen wollte, um so sein Ziel des besseren Listenplatzes vor Max Wönner zu erreichen, zumal darüber hinaus weitere Aussagen im Hinblick eine auf Bevorzugung von SPD-Mitgliedern im BGB nicht zu finden sind.

Dennoch war gerade die KPD ein Dorn im Auge des Vorstandes. Zwar hatte es im Sommer 1945 eine „Aktionsgemeinschaft SPD – KPD“ gegeben, die in wichtigen gewerkschaftlichen Organisationen für eine paritätische Zusammensetzung der Vorstände aus sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Vertretern bestehen sollte, zum Tragen kam diese Vereinbarung jedoch nie.<sup>500</sup> Gerade die KPD war für die Gewerkschafter als antidemokratische Partei gekennzeichnet und eine Kooperation daher unmöglich. Dies drückte insbesondere Gustav Schiefer im Sommer 1946 aus: „Ich habe letzthin gesagt, wenn das nicht aufhört, dann flieht ihr hinaus. Ich lasse mir mein Lebenswerk nicht zerschlagen [...] Die Katze läßt das Mäusen nicht. Für uns SPD-Leute ist die Demokratie eine Lebenshaltung, eine Form zu denken und danach zu handeln. Bei der KPD ist Demokratie nur ein Mittel zum Zweck [...] Wir wollen nicht fragen, woher sie ihre Geldmittel haben. Ihnen ist jedes Mittel recht,

---

<sup>500</sup> Vgl. Gerstenberg, Günther: Wiederaufbau der Münchner Gewerkschaftsbewegung, S. 25-26.

wenn sie nur zur Macht kommen können!“<sup>501</sup> Die antidemokratische Haltung der KPD scheint der Grund gewesen zu sein, weshalb sie von den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft zurückgedrängt wurden, kaum Führungspositionen und keinen Einfluss auf die gewerkschaftliche Ausrichtung inne hatten.

Auch wenn der BGB aufgrund der politischen Neutralität für die Bundestagswahl 1949 keine Wahlempfehlung einer Partei aussprechen konnte, wollte er dennoch seine Interessen auf andere Weise im neuen Bundestag gewahrt wissen. Dazu stellte er ein Mindestprogramm mit 10 Punkten auf, dem sich die Kandidaten der einzelnen Parteien verpflichten sollten. Das Mindestprogramm sah wie folgt aus: 1. Einführung einer Schlichtungsordnung, um Streiks entgegen zu können. 2. Einführung eines deutschlandweiten Betriebsrätegesetzes. 3. Ein Gesetz zur Anpassung der Renten an das Verhältnis von Lohn und Lebenserhaltungskosten. 4. Paritätische Regelung des Lehrlingswesens. 5. Mutterschutz und freier Haushaltstag für die Frauen. 6. Ein gerechter Lastenausgleich. 7. Stärkere Kontrolle der Buch- und Betriebsprüfung. 8. Lebensmittelbewirtschaftung bei Mangelwaren, 9. Herstellung der Vollbeschäftigung, und 10. Verstaatlichung der Bergwerke und Hüttenwerke in ganz Deutschland aufgrund ihrer begrenzten Anzahl und wichtigen Stellung für die Industrie.<sup>502</sup>

Um den Gewerkschaftern zu zeigen, welche Kandidaten sich diesem gewerkschaftlichen Mindestprogramm verpflichtete hatten, hängte der BGB Plakate bei den Ortsausschüssen auf, auf denen die Namen dieser Kandidaten standen.<sup>503</sup> Damit erhielt sich der BGB seine politische Neutralität, da er keine Wahlempfehlung für eine einzige Partei gab,

---

<sup>501</sup> Zitiert nach: Ebd., S. 83.

<sup>502</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, Nr. 12/49, Zweite Juni-Hälfte 1949.

<sup>503</sup> Vgl. Geschäftsbericht 1949, S. 68.

sondern eine allgemeine Wahlempfehlung für Kandidaten von Parteien, die sich zum gewerkschaftlichen Programm bekannt hatten und damit im Sinne des BGB agierten. Schließlich wurden 30 Kandidaten, die das Mindestprogramm unterzeichnet hatten, direkt in den Bundestag gewählt. Ein Ergebnis, mit dem der BGB nicht zufrieden war, da dieser sich eine Wahl von 40 Kandidaten erhofft hatte.<sup>504</sup>

Dem neugegründeten bayerischen Staat stand der Bayerische Gewerkschafts-Bund positiv gegenüber. Besonders zufrieden war der BGB mit dem bayerischen Arbeitsministerium und hob explizit die gute Zusammenarbeit mit diesem hervor.<sup>505</sup> Dass auch die bayerische Landesregierung den BGB schätzte, lässt sich daran ablesen, dass viele wichtige Vertreter aus den einzelnen Ministerien und auch Ministerpräsident Hans Ehard an den Bundestagen des BGB teilnahmen.<sup>506</sup>

Dennoch war der BGB etwas über die neue bayerische Landesverfassung enttäuscht. Der BGB hatte während der Konstituierungsphase inhaltliche Vorschläge zur neuen Verfassung abgegeben, die nicht alle berücksichtigt worden waren. Besonders enttäuscht war der BGB über die Nicht-Aufnahme seiner Vorschläge zur Wirtschaftsordnung. Hier hatte er auf eine stärkere Verpflichtung der Wirtschaft zur Sicherung der Lebenshaltung gehofft und auf eine stärkere Überwachung der Wirtschaft, die nicht nur teilweise und zur Deckung des Lebensbedarfs, sondern in allen Teilen Aufsicht und Lenkung des Staates unterstünde, womit sich, wie weiter oben beschrieben, eine der frühesten Nachkriegsforderungen der

---

<sup>504</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, Nr. 16/49, Zweite August-Hälfte 1949.

<sup>505</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 43.

<sup>506</sup> Vgl. ebd., S. 187-188. Auch: Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 320-322.



Gewerkschaften endgültig nicht durchgesetzt hatte. Daher setzte der BGB seine Hoffnungen auf eine zukünftige gesamtdeutsche Verfassung.<sup>507</sup>

## 4.2. Militärregierung ab Mitte 1946

Während der Jahre 1945 bis 1949 existierte praktisch kein deutscher Staat und keine deutsche Regierung. Das Deutsche Reich war untergegangen, die Bundesrepublik noch nicht gegründet, Deutschland von den Siegermächten besetzt. So bestimmte für Bayern die amerikanische Militärregierung das politische Leben, weshalb es natürlich regen Kontakt zwischen dieser und dem BGB gab und ein gemeinsames Auskommen wichtig war. Nachdem wie bereits beschrieben die Beschränkungen und die uneinheitliche Linie der amerikanischen Militärregierung beim Gewerkschaftsaufbau dazu geführt hatte, dass die Gewerkschaften die Anordnungen in den Jahren 1945 und Anfang 1946 als Behinderung wahrnahmen, änderte sich das Verhältnis zur Militärregierung. Spätestens ab dem Zeitpunkt, ab dem Gewerkschaften einem demokratischen Aufbau „von unten“, also von den Ortsausschüssen hin zum Dachverband, forcierten, war dies der Fall. Das zeigt sich unter anderem darin, dass Clarence M. Bolds als Vertreter der Militärregierung auf dem ersten Bundestag sagte, die Militärregierung setze große Hoffnungen auf den BGB.<sup>508</sup> Auf dem zweiten Bundestag äußerte er sich dagegen viel offener und mit noch größerer Wertschätzung, indem er sagte, der BGB repräsentiere das eigentliche Rückgrat der deutschen Demokratie und sei eine der

---

<sup>507</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 7/46, vom 20.11.1946.

<sup>508</sup> Vgl. Protokoll des Ersten ordentlichen Bundestags, S. 10.

stärksten Kräfte auf dem Weg zur Neuerrichtung eines unabhängigen, freien und friedliebenden Volkes.<sup>509</sup>

Das verbesserte Verhältnis zeigt sich auch im politischen Alltagsgeschehen. So war der BGB, in einigen Punkten, besonders in den traditionellen gewerkschaftlichen Feldern wie in der Tarif- und Lohnpolitik, ein wichtiger Ansprechpartner für die Militärregierung. Auch bei Diskussionen, beispielsweise um Lohnerhöhungen, konnten sich die beiden Parteien oft zur jeweiligen Zufriedenheit einigen.

Trotz solch gelungener Verhandlungen auf Augenhöhe mit der amerikanischen Militärregierung war sich der BGB dennoch bewusst, dass er immer noch in einer Abhängigkeit zu ihr stand, so lange es keinen neuen deutschen Staat gab. Davon zeugen die Aussagen zur Durchführung des „Marshall-Plans“, den die Militärregierung auch ohne Zustimmung der Gewerkschaften durchgeführt hätte, oder die Angst während der Ernährungskrise, durch Streiks die Militärregierung zu verärgern und deswegen möglicherweise weniger Hilfen zu bekommen. Auch der vergebliche Einsatz des BGB bei den Demontagen, beispielsweise beim Abbau des Ofenhauses der Aluminiumwerke in Töging, symbolisiert, dass der BGB nicht zwingend Einfluss auf die Entschlüsse der Militärregierung hatte, sondern dass sie, wenn sie etwas durchsetzen wollte, dies auch trotz Widerspruch tat.

#### 4.3. Unternehmer

Der natürliche Gesprächspartner und teilweise auch Widerpart von Gewerkschaften sind die Unternehmen beziehungsweise Arbeitgeberverbände. Das Verhältnis des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes zu

---

<sup>509</sup> Vgl. Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags, S. 10.

den Unternehmern beziehungsweise Unternehmervereinigungen kann grundsätzlich als schlecht bezeichnet werden. Ein Grund dafür sind die bereits erläuterten unterschiedlichen Vorstellungen in Bezug auf die Wirtschaftsordnung und eine mögliche Parität zwischen Unternehmern und Gewerkschaften darin. Die Gewerkschafter besaßen den Eindruck, die Unternehmer würden sich über sie hinwegsetzen, wie Lorenz Hagen in einem Interview erläuterte: „Der größte Teil der Unternehmerschaft steht heute noch auf dem Standpunkt des Herr im Hause’ und neigt zu einer patriarchalischen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, wobei dem Unternehmer jedes Mitbestimmungsrecht, ja, jede Tätigkeit des Betriebsrates ein Dorn im Auge ist.“<sup>510</sup> In dieser Aussage klingt auch der Vorwurf einer nicht-demokratischen Grundhaltung der Unternehmer an. Dies ist der zweite Grund des schlechten Verhältnisses. Der BGB hatte den Eindruck, die Unternehmer würden sich noch genau so verhalten wie zu Zeiten der Weimarer Republik und während des NS-Regimes. Aus dieser Sicht heraus äußerte sich Lorenz Hagen sogar dahingehend, dass der nach dem Krieg gegründete „Wirtschaftsausschuß der deutschen Industrieverbände“ genau so denken würde wie sein Vorgänger, der „Reichsverband der Deutschen Industrie“.<sup>511</sup>

Zur Bundestagswahl im Jahr 1949 trat der Konflikt zwischen Unternehmern und BGB offen hervor. In einem offenen Brief behaupteten die Gewerkschaften, dass Unternehmerorganisationen bürgerliche Parteien mit Spenden für den Wahlkampf unterstützen würden, und dies ein Rückfall in alte Zeiten und eine Gefahr für die Demokratie sei und die Länderregierungen diese Spenden deswegen

---

<sup>510</sup> Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, 2. Jahrgang, 1. und 2. Dezemberhälfte, Ntr. 23/24, S. 506.

<sup>511</sup> Vgl. ebd., S. 506.

beschlagnahmen und dem sozialen Wohnungsbau zu kommen lassen sollten.<sup>512</sup> Die Unternehmer äußerten dagegen, dass der Industrieausschuss der Bizone lediglich 2-3 Millionen DM spenden würde, die Gewerkschaften dagegen 5 Millionen DM. Ein Vorwurf, der Seitens der Gewerkschaften als falsch deklariert wurde, da sie nach eigenen Angaben kein Geld an Parteien zahlen würden.<sup>513</sup>

Der BGB behauptete sogar, dass der Direktor der Spinnerei Neuhof jedes Unternehmen der nordbayerischen Industrie dazu aufgerufen habe, 5 DM pro Arbeiter zu spenden. So rechnete der BGB aus, falls die Unternehmer dem gefolgt wären, hätten es allein in Bayern Spenden in Höhe von 3 Millionen DM und in der ganzen BRD von 30 Millionen DM sein können.<sup>514</sup> Der BGB führte die Spenden der Unternehmer auf Angst vor einem guten Wahlergebnis sozialistischen Parteien wie der SPD und damit einer starken Arbeiterschaft und Gewerkschaftsbewegung zurück.<sup>515</sup> Der Konflikt endete jedoch ohne Ergebnis, kann aber als weiteres Beispiel für das schlechte Verhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaften stehen.

---

<sup>512</sup> Vgl. 8.7.1949: Offener Brief der Gewerkschaften zur Wahlunterstützung bürgerlicher Parteien durch Unternehmerorganisationen (Dok. 116), in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Bd. 7), hrsg. v. Siegfried Mielke, S. 410.

<sup>513</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, Nr. 15/49, Erste August-Hälfte 1949.

<sup>514</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, Nr. 16/49, Zweite August-Hälfte 1949.

<sup>515</sup> Vgl. Die Gewerkschafts-Zeitung, 4. Jahrgang, Nr. 15/49, Erste August-Hälfte 1949. Inwiefern die gegenseitigen Beschuldigungen der Wahrheit entsprachen, lässt sich nicht feststellen. Zumindest in den offiziellen Bilanzen des BGB lassen sich keine Anzeichen auf Parteispenden finden.

## Teil VI. Abschlussbetrachtung

Mit dem 1. Januar 1950 und der somit erfolgten Gründung des Landesbezirks Bayern im gesamtdeutschen Deutschen Gewerkschaftsbund gingen schließlich fast fünf ereignisreiche Jahre mit Gewerkschaftsaufbau in der Nachkriegszeit mit 3 ½ Jahren des Bayerischen Gewerkschaftsbund bzw. seines Vorläufigen Ausschusses an der Spitze der Bayerischen Gewerkschaftsbewegung, für die Gewerkschafter in Bayern zu Ende. Dabei kam es besonders in den Jahren 1945 und 1946 zu Problemen beim Aufbau der Gewerkschaften, die in den unterschiedlichen Anweisungen der Militärregierung während des „grassroots“-Konflikts begründet lagen, aber auch durch die unterschiedlichen Vorstellungen des Aufbaus zwischen einigen Gewerkschaftern und der amerikanischen Militärregierung, wie in München und Nürnberg, begünstigt wurden. Daher wurde von den Gewerkschaftern in der frühen Phase die Militärregierung als hinderlich angesehen.

Das Verhältnis änderte sich jedoch, nachdem die Gewerkschafter auf das Prinzip eines demokratischen Aufbaus von den Ortsausschüssen zu einem Dachverband umschwenkten. Der Aufbau verlief ab dann in einem Dreischritt, auch wenn das Ziel eines Dachverbandes bereits von Beginn an feststand: Zuerst wurden Ortsausschüsse gegründet, danach organisierte ein gewählter vorläufiger Ausschuss den Aufbau von Landesgewerkschaften, mit denen dem Wunsch der Militärregierung nach dem Industrieverbandsprinzip nachgekommen wurde, und in einem dritten Schritt gründeten diese mit dem Bayerischen Gewerkschaftsbund einen gewerkschaftlichen Dachverband für ganz Bayern, der sich dem von allen Gewerkschaftern zunächst

befürworteten Prinzip der Einheitsgewerkschaft und somit der politischen Neutralität verpflichtet sah.

Die Organisationsstruktur des BGB erwies sich insgesamt als erfolgreich. Besonders durch die deutschlandweit einmalige gemeinsame Kassen- und Geschäftsführung entwickelte sich ein starker Dachverband, der sowohl bei der amerikanischen Militärregierung als auch bei der bayerischen Staatsregierung geschätzt wurde und somit seine Interessen gut vertreten konnte. Darüber hinaus führte das Prinzip der gemeinsamen Kassen- und Geschäftsführung dazu, dass der BGB viele Ortsausschüsse, auch in abgelegenen oder ländlichen Regionen betreiben konnte, um so nah an den Menschen und Mitgliedern zu sein und die Mitgliederzahl zu steigern. Dennoch nahm der BGB bei der Gründung des Deutschen Gewerkschafts-Bundes eine untergeordnete Rolle ein. Zwar war mit Georg Reuter ein Vertreter des BGB im Vorbereitenden Ausschuss vertreten, aber auf dem Gründungskongress selbst konnte der BGB keinen seiner Anträge durchsetzen.

Der parallel zum Gründungsprozess ablaufende Konflikt um die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft zeigt, dass das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, zumindest bei den Angestellten, die sich von der Arbeiterschaft abheben wollten, nicht unumstritten war. Die harte Position des BGB gegenüber der DAG trug dazu bei, dass diese nicht mit in den DGB aufgenommen wurde und es zum Bruch zwischen Gewerkschaften und Angestellten-Gewerkschaften kam.

Bei seiner Politik trat der Bayerische Gewerkschafts-Bund gegenüber der Militärregierung, dem bayerischen Staat und den Unternehmern mit großem Selbstvertrauen auf. Dabei versuchte er auch Politik abseits der klassischen gewerkschaftlichen Gebiete zu machen und ging damit über die von der Militärregierung im „free trade

unionism“ festgelegten Bereiche der gewerkschaftlichen Politik hinaus. Allerdings konnte der BGB in diesen Bereichen, wie beispielsweise der Währungsreform, dem Lastenausgleich, dem Marshall-Plan oder der Entnazifizierung, keine großen Erfolge erzielen.

Anders sah es dagegen auf den klassischen gewerkschaftlichen Politikfeldern aus. Auf dem Gebiet der Lohn- und Tarifpolitik konnte der BGB trotz des Lohnstopps immer wieder die Möglichkeit von Lohnerhöhungen gegenüber der Militärregierung, unter anderem durch die Einführung der Bezeichnung so genannter „Problem-Industrien“, oder auch die Erlaubnis, eine 15 %ige Lohnerhöhung im Frühjahr 1948 mit den Unternehmern auszuhandeln, durchzusetzen. Allerdings wird hier besonders deutlich, was für die gesamte Politik des BGB galt: Eine Abhängigkeit von der Militärregierung. Der BGB konnte oftmals nur in dem Rahmen handeln, den ihm die Militärregierung vorgab beziehungsweise den der BGB mit ihr ausgehandelt hatte.

Dennoch konnte der Bayerische Gewerkschafts-Bund weitere politische Ziele auf dem Gebiet der Sozialpolitik durchsetzen. So setzte er sich erfolgreich für eine Verbesserung der Zustände in den Flüchtlingslagern und für eine rasche Hilfe für die von den Demontagen betroffenen Arbeiter ein. Seine größten Erfolge hatte der BGB aber während der Zeit der Ernährungskrise. Er half dort die Lebensumstände und die Versorgungslage der Arbeiter zu verbessern. Im Mittelpunkt der Erfolge standen dabei die Mepro-Aktion des Jahre 1947 und der Generalstreik von 1948.

Weniger erfolgreich dagegen waren die Bestrebungen des BGB bei der Frauenpolitik. Dort konnte er sein Ziel der Gleichheit der Frau in der Wirtschaft nicht erreichen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass er eine fortschrittliche Auffassung zu diesem Thema besaß.

Ebenfalls konnte der Bayerische Gewerkschafts-Bund seine wirtschafts-theoretischen Vorstellungen, die Einführung einer Wirtschaftsdemokratie und die Einrichtung von paritätischen Wirtschaftsinstitutionen, nicht durchsetzen, was hauptsächlich daran lag, dass die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des BGB, besonders in dem Punkt der Planwirtschaft, nicht mit denen der Militärregierung, der bayerischen Regierung und der Unternehmer übereinstimmten. Trotz dieser unterschiedlichen Wirtschaftsauffassungen war der BGB in seinen Ansichten her demokratischen und bekannte sich öffentlich zur Demokratie.

Erstaunlich ist, dass es im Bereich der gewerkschaftlichen Politik starke Differenzen über mögliche Maßnahmen zwischen dem Bundesvorstand - besonders zu erwähnen sind hier Lorenz Hagen, Gustav Schiefer und Georg Reuter - und der Basis gab, die sich vor allem im Konflikt um die wilden Streiks während der Ernährungskrise zeigten. Insgesamt waren Hagen, Schiefer und Reuter die führenden Kräfte im Bayerischen Gewerkschafts-Bund, die auch trotz Kritik von der Basis unangetastet blieben. Dass es aber dennoch eine Opposition zu ihnen gegeben zu haben scheint, zeigt der Konflikt zwischen Max Wönner und Georg Reuter, in dem auch zur Sprache kam, dass Wönner mit den Personen Schiefer und Hagen Probleme hatte.

Die Politik des BGB verursachte nicht nur interne, sondern auch externe Konflikte, besonders mit den Unternehmern. Im Mittelpunkt standen hier die unterschiedlichen Wirtschaftskonzepte und eine Parität in der Wirtschaft sowie ein möglicher Einfluss auf Parteien durch Spenden im Vorfeld der Bundestagswahl 1949. Aber auch Vorteile und Vergleiche des Verhaltens der Unternehmer mit dem Verhalten von Seiten der Gewerkschaften während der Weimarer Zeit belasteten das Verhältnis.



Nicht nur mit Blick auf das Verhältnis zu den Unternehmern, sondern auch insgesamt waren die Gewerkschafter der Jahre 1945 bis 1949 in Bayern stark von den Erfahrungen der Weimarer Republik beeinflusst. Besonders im Fokus der Gewerkschafter stand dabei das Konzept der politisch und religiös neutralen Einheitsgewerkschaft, um die Zersplitterung in Richtungsgewerkschaften wie in Weimar zu überwinden und eine einzige starke Gewerkschaftsbewegung zu bilden. Ein Konzept, dass überall auf Zustimmung stieß und daher erfolgreich durchgesetzt werden konnte und auch, trotz des Konflikts um die DAG und eine eigene Gewerkschaft für die Angestellten, Bestand hatte. Eine Idee, die ihren Ursprung schon bei den Angestellten-Bünden der Weimarer Zeit hatte.

Eine weitere Erfahrung aus den Geschehnissen der Weimar Republik war die Skepsis gegenüber den Kommunisten beziehungsweise der KPD, nachdem diese sich von den Freien Gewerkschaften in Weimar abgespalten hatten und gegen sie agierten. Die voreingenommene Haltung gegenüber den Kommunisten taucht dabei immer wieder auf. So wird sie unter anderem bei der Gewerkschafts-gründung in Nürnberg deutlich, als diese nicht am Aufbau der Gewerkschaft beteiligt wurden, aber auch im Konflikt zwischen Max Wönner und Georg Reuter, sowie beim Aufhängen der Plakate zur Bundestagswahl 1949, als Reuter sich darüber echauffierte, dass auf den Plakaten auch Mitglieder der KPD stünden.

Nicht nur Lehren wurden aus der Weimarer Republik gezogen, sondern auch Aspekte übernommen. So beruhte das Konzept der Wirtschaftsdemokratie und der Parität in der Wirtschaft des BGB auf Diskussionen, die Ende der 20er Jahre im ADGB geführt wurden. Ebenfalls wurde versucht, im Bereich der Betriebsräte mit Blick auf das Betriebsrätegesetz von 1920 auf Grundlagen aus der Weimarer

Republik zurückzugreifen. Letztlich wurde innerhalb des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes auch im Bereich des Personals für die wichtigsten Ämter innerhalb des BGB auf die schon in Weimar aktiven und somit erfahrenen Gewerkschaftsfunktionäre Lorenz Hagen, Gustav Schiefer und Georg Reuter vertraut.

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Ungedruckte Quellen:

*Archiv der Münchner Arbeiterbewegung e. V., München (AdMA)*

Informationsdienst des BGB. Der Bundesvorstand,  
Sonderrundschreiben, Serie A, Januar 1947 – Juni 1947.

AdMA Informationsdienst des BGB. Der Vorläufige Ausschuss,  
Rundschreiben Nr. 11, Juli 1947 – Januar 1949.

Protokoll über die Delegiertenkonferenz des Ortsausschusses Nürnberg  
am 10. August 1949, 14 Uhr, im grossen Saal des Gewerkschaftshauses.

Vermögensstreuhandgesellschaft (VTG), Kartons:

VTG Allgemein/Gemischte Nr. 1

VTG Allgemein/Gemischte Nr. 2

VTG Allgemein/Gemischte Nr. 3

VTG Bayern Finanzen/Allgemein

MRG 59

*Archiv des Deutschen Gewerkschafts-Bundes (DGB) im Archiv der  
sozialen Demokratie, Bonn*

Aktenordner des Landesbezirks Bayern

5/DGBF000026

5/DGBF000036

5/DGBF000049

5/DGBF000052

5/DGBF000078

5/DGBF000097

5/DGBF000101

5/DGBF000109

5/DGBF000130

5/DGBF000131

5/DGBF000172

5/DGBF000174

Nachlass Georg Reuter

Ordner 1

Ordner 3

Aktenordner Nachlass Alois Wöhrle

5/IGMA45420202

5/IGMA45420203

5/IGMA45420206

5/IGMA45420207

5/IGMA45420208

### Gedruckte Quellen:

Amtsblatt des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fürsorge, hrsg. v. Bayerischen Arbeitsministerium.

Auf geht's: Rama dama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über den Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949, hrsg. v. Michael Schröder, Köln 1984.

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Nr. 1945/1946, hrsg. v. d. Bayerischen Staatskanzlei, München.

Die Gewerkschafts-Zeitung. Organ der Bayerischen Gewerkschaften, Erster Jahrgang, 1946.

Die Gewerkschafts-Zeitung. Organ der Bayerischen Gewerkschaften, Zweiter Jahrgang, 1947.

Die Gewerkschafts-Zeitung. Organ der Bayerischen Gewerkschaften, Dritter Jahrgang, 1948.

Die Gewerkschafts-Zeitung. Organ der Bayerischen Gewerkschaften, Vierter Jahrgang, 1949.

Die Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Jugendbeilage, Vierter Jahrgang, 1949.

Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, Organ des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, 1. Jahrgang, 1948.

Die Quelle für Gewerkschafts-Funktionäre, Organ des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, 2. Jahrgang, 1949.

Geschäftsbericht des Bayerischen-Gewerkschaftsbundes 1947, hrsg. v. Vorstand des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 1948.

Geschäftsbericht des Bayerischen-Gewerkschaftsbundes 1948, hrsg. v. Vorstand des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 1959.

Geschäftsbericht des Bayerischen-Gewerkschaftsbundes 1949, hrsg. v. Vorstand des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 1950.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe. Stand: Juli 1998.

Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien (Theorie und Praxis der Gewerkschaften), hrsg. v. Ulrich Borsdorf, Frankfurt/M. 1977.

Protokoll des Ersten ordentlichen Kongreßes der Landesgewerkschaften Bayerns, zugleich Ester ordentlicher Bundestag des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 27.-29.03.1947.

Protokoll des Zweiten ordentlichen Bundestags des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 23.-26. August 1948

Protokoll des Dritten ordentlichen Bundestags des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, München 13.-14. September 1949.

Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, München 12.-14. Oktober 1949.

Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert (Bd. 6). Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945-1949, hrsg. u. bear. v. Siegfried Mielke, Köln 1987.

Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert (Bd. 7). Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945 – 1949, hrsg. u. bear. v. Siegfried Mielke, Köln 1987.

Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert (Bd. 8). Die Gewerkschaften und die Angestelltenfrage 1945 – 1949, hrsg. u. bear. v. Siegfried Mielke, Köln 1989.

Statistisches Jahrbuch für Bayern Nr. 24 (1952), hrsg. v. Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 1952.

Von den Arbeiterausschüssen zum Betriebsverfassungsgesetz. Geschichte der betrieblichen Interessensvertretung (Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 6), hrsg. v. Werner Milert/Rudolf Tschirbs, Köln 1991.

## Literatur

Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 3), Stuttgart 1982.

Benz, Wolfgang: Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945-1949, Berlin 2009.

Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz, u.a.: Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

Cieplik, Ulrich: Organisation und Funktion. Probleme gewerkschaftlicher Politik in Bayern 1945 bis 1949, Konstanz, Univ., Diss., 1973.



Detje, Richard / Bechmann, Reinhard, u. a.: Von der Westzone zum Kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1982.

Dittmar, Rupprecht: Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 50), Düsseldorf 1978.

Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943 – 1953, Stuttgart 2005.

Erker, Paul: Solidarität und Selbsthilfe. Die Arbeiterschaft in der Ernährungskrise, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Neuanfang in Bayern, München 1988, S. 82-102.

Fehrmann, Eberhard/Metzner, Ulrike: Angestellte und Gewerkschaften. Ein historischer Abriß (Geschichte der Arbeiterbewegung. Texte – Biographien – Dokumente), Köln 1981.

Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982.

Gelber, Karl Ulrich: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945-1978), in: Handbuch der Bayerischen Geschichte (Bd. IV/I). Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Staat und Politik, hrsg. v. Alois Schmid, 2. über. Auflage, München 2003, S. 635-956.

Gerstenberg, Günther: Der Wiederaufbau der Münchner Gewerkschaftsbewegung und der Bayerische Gewerkschaftsbund 1945 bis 1949, Magisterarbeit Univ. München, unveröffentlicht, 1984.

Gerstenberg, Günther: Trümmer, Hunger, Solidarität: Gewerkschaften in München 1945 bis 1950 (Münchner Skizzen 2), München 1997.

Gesch, Hans-Dieter: Die bayerische Wirtschaft in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, Bern, Univ., Diss., 1969.

Gömmel, Rainer: Gewerbe, Handel und Verkehr, in: Alois Schmid (hrsg.): Handbuch der Bayerischen Geschichte (Bd. IV/II). Das neue Bayern. Vom 1800 bis zur Gegenwart. Die innere und kulturelle Entwicklung, 2. über. Aufl., München 2007, S. 216-299.

Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007.

Ernst Günzner, Hinter den Kulissen des DGB-Gründungskongresses, in: Michael Schröder (Hrsg.) Auf geht's: Rama dama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949, Köln 1984, S. 210-232

Halberstadt, Gerhard: Die Angestellten und ihre Gewerkschaft. Stationen einer bewegten Geschichte, Freiburg i. Br. 1991.

Jaenicke, Wolfgang: Vier Jahre Betreuung der Vertriebenen in Bayern 1945-1949. Ein Bericht über den Stand der bisherigen Eingliederung und über ungelöste Probleme, anlässlich des vierten Jahrestages der Errichtung der bayerischen Flüchtlingsverwaltung, München 1950.

Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/1947 (Schriften der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg, Bd. 23), Hamburg 1972

Kempe, Margarete: Frauenarbeit in der Gewerkschaft, in: Michael Schröder (Hrsg.) Auf geht's: Rama dama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949, Köln 1984, S. 205-218.

Kleißmann, Christoph: Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1953, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5 (1979): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, S. 44-73.

Kock, Peter Jakob: Bayern Weg in die Bundesrepublik (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 22), Stuttgart 1983.

Koopmann, Klaus: Vertrauensleute. Arbeitervertretung im Betrieb, Hamburg 1981.

Kornrumpf, Martin: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen (Dokumente unserer Zeit, d. 3), München 1979.

Lanig-Heese, Claudia: Gewerkschaften in Bayern 1945 bis 1949 (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung), Marburg 1991, zugl. Würzburg, Univ. Diss., 1990.

Lehmann, Axel: Der Marschall-Plan und das neue Deutschland. Die Folgen amerikanischer Besatzungspolitik in den Westzonen, Münster 2000

Losseff-Tillmann, Gisela: Frauenemanzipation und Gewerkschaften (1800-1975), Bochum, Univ., Diss., 1975.

Merl, Wilhelm: Die arbeits- und lohnpolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften in Bayern nach 1945 bis Ende 1947, München, Univ., Diss., 1948.

Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften: Legenden und Wirklichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft Sonderheft 5 (1979): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, S. 74-87.

Milert, Werner/Tschirbs, Rudolf: Von den Arbeiterausschüssen zum Betriebsverfassungsgesetz: Geschichte der betrieblichen Interessensvertretung (Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 6), Köln 1991.

Moser, Eva: Unternehmer in Bayern. Der Landesverband der Bayerischen Industrie und sein Präsidium 1948 bis 1978, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund (Bd. 2). Gesellschaft im Wandel 1949-1973 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 53.) München 2002, S.25-86.

Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayern, Bonn 1982.

Niethammer, Lutz: Rekonstruktion und Desintegration: zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5 (1979): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, S. 26-43.

Palberg-Landwehr, Joachim: Die Freien Angestelltengewerkschaften zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlicher' Konkurrenz. Eine historisch-soziologische Studie über den Afa-Bund 1921-1933, Paderborn, Univ., Diss., 1993.

Pege, Wolfgang: Gewerkschaften und Angestellte (Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Bd. 72), Köln 1981.

Pfeifer, Sylvia: Gewerkschaften und Kalter Krieg 1945 bis 1959. Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaftsbünde, die Entwicklung des Weltgewerkschaftsbundes und der Ost-West-Konflikt, Köln 1980.

Pirker, Theo: Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. Teil 1. 1945-1952. Vom „Ende des Kapitalismus“ zur Zähmung der Gewerkschaften, Berlin 1979.

Potthoff, Heinrich: Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 82), Düsseldorf 1987.

Ross, Dietmar: Gewerkschaften und soziale Demokratie. Von der Richtungs- zur Einheitsgewerkschaft, von Weimar zur Nachkriegszeit. Untersuchungen zur gewerkschaftlichen Programmatik für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, Bonn, Univ., Diss., 1975, S. 39.

Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland (Theorie und Praxis der Gewerkschaften), 7. Aufl., Frankfurt/M. 1977.

Schneider, Linda: Frauenpolitik des DGB in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Stellung der Frau innerhalb der Gewerkschaften 1945-1960, Magisterarbeit, unveröffentlicht, Univ. München 1997.

Schneider, Linda: Gewerkschaftliche Frauenbildungsarbeit im DGB Bayern nach 1945. Der Beitrag Margarete Kempes, in: Paul Ciupke / Karin Derichs-Kunstmann (Hrsg.): Zwischen Emanzipation und „besonderer Kulturaufgabe der Frau“. Frauenbildung in der Geschichte der Erwachsenenbildung (Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 13), Essen 2001, S. 263-273.

Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften: Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 173.

Schönhoven, Klaus: Die Deutschen Gewerkschaften, Frankfurt/M 1987.

Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), München 1989.

Schönhoven, Klaus: Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Rollenverständnis und Funktionswandel der deutschen Gewerkschaften, in: Sigrid Koch-Baumgarten/Peter Rütters (Hrsg.): Pluralismus und Demokratie. Interessensverbände – Länderparlamentarismus – Föderalismus – Widerstand (Siegfried Mielke zum 65. Geburtstag), Frankfurt/M. 2006, S. 75-94.

Schreyer, Klaus: Bayern – ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem, München 1969.

Schröder, Michael: „In der vereinten Kraft muß unsere Stärke liegen!“ Zur Geschichte des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, Köln 1985.

Schröder, Michael: Vom BGB zum DGB – Die Neuorganisation nach 1945, in: Michael Schröder (Hrsg.): „Mit uns zieht die neue Zeit“: Kleine Geschichte der bayerischen Gewerkschaftsbewegung, Marburg 1990.

Wenzel, Rüdiger: Die große Verschiebung? Das Ringen um den Lastenausgleich im Nachkriegsdeutschland von den ersten Vorarbeiten bis zur Verabschiedung des Gesetzes 1952 (Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft, Bd. 70), Stuttgart 2008.

Willenborg, Karl-Heinz: Bayerns Wirtschaft in den Nachkriegsjahren. Industrialisierungsschub als Kriegsfolge, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern, München 1988, S. 121-142.

Ziegl,Christl: Frauenkongreß in Bad Boll 1947. Auftakt zu internationalen Frauenkongressen in den Westzonen nach 1945, in: Paul Ciupke / Karin Derichs-Kunstmann (Hrsg.): Zwischen Emanzipation und „besonderer Kulturaufgabe der Frau“. Frauenbildung in der Geschichte der Erwachsenenbildung (Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 13), Essen 2001, S. 207-214

## Internet:

[http://www.munzinger.de/search/document?coll=mol-00&id=00000004355&type=text/html&qid=query-simple&qnr=1&template=/templates/publikationen/document.jsp&prev](http://www.munzinger.de/search/document?coll=mol-00&id=00000004355&type=text/html&qid=query-simple&qnr=1&template=/templates/publikationen/document.jsp&preview=)  
iew= zuletzt eingesehen am 11.05.2010, 11:23 Uhr.



